

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 1,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, vierteljährlich 35 Pf. frei und franco. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntagsnummern mit Illustrationen 10 Pf. Postabonnements 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Preussische Provinzen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Gebühr
 Bezahlt für die sechsstelligen Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Pf. (zulässig 2 Zeilenbreite) jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 12. April 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Arbeiterprogramm und Revolutionsprozesse.

Vor fünfzig Jahren, am 12. April 1862, hielt in Berlin, im Handwerkerverein der Dranienburger Vorstadt, Ferdinand Lassalle seinen Vortrag „über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Gesellschaftsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes“, der dann, unter dem Titel „Arbeiterprogramm“ gedruckt, eine der wirksamsten Agitationschriften der beginnenden deutschen Arbeiterbewegung geworden ist und noch heute zu den besten Mitteln der Einführung in die Gedankenwelt des deutschen Sozialismus, insbesondere in seine historischen Gesichtspunkte, gehört. Dadurch ist das „Arbeiterprogramm“ in der Folge höchst bedeutungsvoll für unsere Partei geworden und markiert in vorderster Reihe unter jenen Lassalleschen Agitationschriften, deren Lektüre vor wenigen Jahren August Bebel einmal der heranwachsenden Generation vor allem in eindringlichen Worten ans Herz legte als Anleitung zum theoretischen Studium der sozialistischen Lehre. Jedenfalls gilt das für das „Arbeiterprogramm“ in höherem Grade als für das „Offene Antwortschreiben“ von 1863. Dieses übertrug wiederum das „Arbeiterprogramm“ im Hinblick auf unmittelbare Wirkung weit aus. Sofort zündend hat das „Arbeiterprogramm“ unter den Zuhörern des Lassalleschen Vortrages nicht gewirkt. Dafür standen die Berliner Maschinenbauer 1862 noch zu sehr im Banne der fortschrittlichen Lehre und Politik. Lassalle selber hat sich offenbar über die Empfanglichkeit der Versammlung für seine Ausführungen, die bereits die Notwendigkeit einer selbständigen Arbeiterbewegung nahelegten, keinen großen Illusionen hingeben; denn er erklärte sich für seinen Vortrag reich belohnt, wenn es ihm geglückt wäre, auch nur zwei oder drei seiner Zuhörer mit der Idee des Arbeiterstandes, die ihm faktisch mit dem Klassenkampf, dem proletarischen Emanzipationskampf identisch ist, zu erfüllen.

Wenn der sofortige Erfolg tatsächlich nicht größer gewesen sein mag, so hat dagegen weiterhin dieser gedankensreiche Vortrag Lassalles zahllosen Arbeitern die geschichtlichen Voraussetzungen des proletarischen Freiheitskampfes näherbringen helfen. Lassalle selber hat später einmal den Inhalt des „Arbeiterprogramms“ zusammengefasst als eine auf vierundvierzig Seiten zusammengedrückte Philosophie der Geschichte, beginnend mit dem Mittelalter und gehend bis auf die heutige Zeit. Tatsächlich kann man aus der kurzen Abhandlung mehr über den wirklichen Gang der historischen Entwicklung lernen, als aus manchem dickleibigen Geschichtswerke, das an der Oberfläche haften bleibt. Wenn Lassalle von Philosophie der Geschichte spricht, so erinnert das daran, auf die Tatsache hinzuweisen, dass auch das „Arbeiterprogramm“ hier und da Spuren des philosophischen Idealismus aufweist, den Lassalle nie ganz losgeworden ist. Das hat ihn aber nicht gehindert, den wirtschaftlichen Triebfedern der geschichtlichen Bewegung auf den Grund zu kommen und die herrschenden Ideen oder Prinzipien auf die ökonomischen Verhältnisse zurückzuführen. In manchen Punkten berührt sich das „Arbeiterprogramm“ eng mit dem „kommunistischen Manifest“. Wie es von diesem ergänzt wird, so kann wiederum das „Arbeiterprogramm“ vielfach zur Erläuterung des „kommunistischen Manifests“ dienen, durch das sich Lassalle zwar des öfteren angeregt zeigt, durch das sich aber wiederum der Anfänger weit leichter hindurchfindet, wenn er aus dem Lassalleschen „Arbeiterprogramm“ eine Vorstellung mitbringt, wie die verschiedenen Gesellschaftszustände seit dem Mittelalter sich voneinander unterscheiden und auseinander entwickelt haben. Die Lassallesche Kennzeichnung des mittelalterlichen Feudalismus mit seiner Herrschaft des Grundbesitzes ist in ihrer Kürze und Klarheit klassisch, und das gleiche gilt für die Schilderung des Emporkommens von Handel und Industrie, das die Zerschlagung der mittelalterlichen Staats- und Gesellschaftsordnung zur Folge hat und in gewaltigen sozialen Umwälzungen den Sturz von Adel und Geistlichkeit andahnt, ehe noch in der großen französischen Revolution die neue bürgerliche Gesellschaft zur Vollenbung gelangt. Diese gipfelt in der Kapitalherrschaft, die zwar das adlige Privileg, die ausschließende Herrschaft und Steuerfreiheit des feudalen Grundbesitzes beseitigt, aber dafür neue Vorrechte des Besitzes an die Stelle setzt, so die Ausschließung der Besitzlosen vom Wahlrecht, so die Abladung der öffentlichen Lasten auf die Masse durch das System der indirekten Steuern. Aber auch diese bürgerliche Periode ist im Begriff, durch eine neue Weltperiode abgelöst zu werden, deren Anbruch man schon überall beobachten kann, und deren herrschendes Gesellschaftsprinzip die weder an die Bedingung des Grundbesitzes noch des Kapitalbesitzes gebundene freie Arbeit sein wird.

Neben den vielen Vorzügen des „Arbeiterprogramms“ soll nun keineswegs verschwiegen werden, dass auch erhebliche Ausstellungen an der Lassalleschen Geschichtsbetrachtung zu machen sind. Von positiven Angaben darin kann nicht un widersprochen bleiben besonders die irrtümliche Auffassung des großen deutschen Bauernkrieges als einer innerlich revolutionären Bewegung. In Wahrheit war vielmehr die deutsche Volksbewegung von 1525 eine großartige Vorläuferin der späteren bürgerlichen Revolutionen, in der schon alles das

erstrebt worden ist, was wir 1789 zum Siege gelangen sehen. Von negativen Mängeln ist besonders zu konstatieren, dass überhaupt bis zur französischen Revolution hin die politischen Geschehnisse ungebührlich hinter den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen zurückgesetzt worden sind, woraus sich unleugbar in verschiedener Hinsicht ein schiefes Bild ergibt. Am empfindlichsten ist das gänzliche Schweigen über die speziell englischen Geschehnisse vor der industriellen Revolution, die in wesentlich anderem Lichte erschienen wäre, wenn Lassalle sie im Zusammenhang mit der großen englischen Revolution betrachtet hätte. Wenn aber auch gesagt werden muß, dass Lassalles Ausführungen in geschichtswissenschaftlicher, wie auch in dieser oder jener anderen Hinsicht keineswegs der Weisheit letzten Schluß darstellen, so bleibt es doch dabei, dass das „Arbeiterprogramm“ von den großen Grundzügen der modernen gesellschaftlichen Entwicklung ein glänzendes Gesamtbild gibt und ihre allgemeine Richtung auch in der Gegenwart deutlich erkennen läßt, mit einschneidenden Gründen darstellt, dass auch mit der bürgerlichen Gesellschaft die geschichtliche Entwicklung nicht zu Ende, sondern eine neue Umwälzung bereits eingeleitet ist, die unter der anfänglichen Form einer Herrschaft des vierten Standes aller Klassenherrschaft ein Ende machen und an die Stelle des Ausbeutungssystems der freien Konkurrenz ein System der allgemeinen Solidarität, der Gemeinlichkeit und Gegenseitigkeit, setzen wird, unter dem die Menschheit insgesamt zum höchsten Glück gelangen wird. Diese ihre Kulturmission legt Lassalle der Arbeiterklasse in patenden Worten ans Herz, die noch heute nicht von ihrer Frische und ihrem Eindruck verloren haben. Aktuell ist das „Arbeiterprogramm“ auch insofern noch immer, als es eindringlich die Wahlrechtsfrage aufrollt und schon dem „Offenen Antwortschreiben“ präjudiziert mit dessen Forderung einer Agitation zur Erringung des allgemeinen Wahlrechts. In diesem sieht Lassalle das formelle Mittel zur Durchführung der Befreiung der Menschheit. Wie das „Arbeiterprogramm“ dem Dreiklassenstadium eine eingehende Würdigung zuteil werden läßt, so betont es die Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts, ohne doch in Illusionen über die unmittelbaren Wirkungen dieses politischen Kampfmittels zu verfallen. Nachdrücklich stellt Lassalle unter Hinweis auf die französischen Erfahrungen von 1848 und 49 fest, dass das allgemeine Wahlrecht keine Wünschelrute sei, die vor momentanen Missgriffen schützen könne. Aber er sieht in ihm das einzige Mittel, das auf die Dauer von selbst wieder die Missgriffe ausgleiche, zu denen sein momentan irrtümlicher Gebrauch führen könne. Er vergleicht es darum mit jener Lanze, die selbst die Wunden wieder heile, die sie schlägt. Auf die Dauer müsse beim allgemeinen Wahlrecht der gewählte Körper das getreue Ebenbild sein des Volkes, das ihn wählt. Und so stellt Lassalle die allgemeine Maxime auf: „Das Volk wird daher jederzeit das allgemeine und direkte Wahlrecht als sein unerlässliches politisches Kampfmittel, als die allerfundamentalste und wichtigste seiner Forderungen betrachten müssen.“

Von aktuellem Interesse ist auch im „Arbeiterprogramm“ und den damit zusammenhängenden Erörterungen die Art, wie Lassalle die Worte Revolution und revolutionär gebraucht. Bekanntlich gehen die Gegner des kämpfenden Proletariats bis auf den heutigen Tag damit haufieren, dass die Sozialdemokratie eine Umsturz-, eine Revolutionspartei sei, wie sie sich ja selbst als revolutionär bezeichne. Dabei glauben diese Herrschaften, oder geben doch vor zu glauben, dass die Sozialdemokratie, wenn sie sich als revolutionär kennzeichne, sich damit zu der Absicht bekenne, bei erster Gelegenheit gewaltsam Revolution zu machen, während tatsächlich das ominöse Wort nur besagen will, dass die Sozialdemokratie eine soziale Revolution, eine gesellschaftliche Umwälzung, nämlich die aus dem Kapitalismus in den Sozialismus, zum Ziele hat. Dass dies der Sinn des Wortes revolutionär im Munde deutscher Sozialisten sei, hat Lassalle schon im Anschluss an sein „Arbeiterprogramm“ andauernd betont und in einer Weise, die für jeden unbefangenen Wahrheitsfreund“ vollkommen schlüssig ist. An das „Arbeiterprogramm“ schlossen sich für Lassalle wiederholte Gänge zum Stabi, weil es dem strebsamen Staatsanwalt v. Schelling beliebt hatte, in dem Vortrage besonders auch die Tendenz einer gewaltsamen Revolution zu entdecken. Zum Beweis berief sich der Staatsanwalt auf die Stellen des „Arbeiterprogramms“, wo von Revolution die Rede war. Freilich hätten eben diese Stellen den juristischen Scharfsinn des Herrn v. Schelling mit der Nase darauf stoßen müssen, dass Lassalle unter Revolution keineswegs bloß die Revolution im juristischen Sinne der Gewaltanwendung verstand, sondern auch und vor allem die großen wirtschaftlichen Umwälzungen der letzten Jahrhunderte, die der französischen Revolution vorausgingen und ihre Voraussetzung waren. Eine Revolution machen zu wollen erklärte Lassalle ausdrücklich für eine Torheit unreifer Menschen, die von den Gesetzen der Geschichte keine Ahnung hätten. Für ebenso unreif und ebenso kindisch erklärte er es freilich auch, eine Revolution, die sich bereits einmal in den Eingeweiden einer Gesellschaft vollzogen habe, zurückdämmen und sich ihrer rechtlichen Anerkennung widersetzen oder einer solchen Gesellschaft oder einzelnen, die sich bei diesem Gebannendienst beteiligten, den Vorwurf machen zu wollen, dass sie revolutionär seien. „Ist die Revolution darin in der Gesellschaft, in ihren tatsächlichen Verhältnissen, so muß sie, da hilft nichts, auch herauskommen und in die Gesammtheit übergehen.“

Herr v. Schelling machte zu einer Hauptstütze seiner Anklage „die mehrfach wiederkehrenden Hinweise auf eine demnächst bevorstehende soziale Revolution“. Als Lassalle am 16. Januar 1863 wegen des „Arbeiterprogramms“ vor Gericht stand und jene Verteidigungsrede hielt, die unter dem Titel „Die Wissenschaft und die Arbeiter“ gedruckt ist, da war es ihm ein Leichtes, zunächst einmal nachzuweisen, dass er gar nicht von einer bevorstehenden, sondern von einer „bereits eingetretenen sozialen Revolution“ gesprochen habe. Weiter aber machte er gar kein Hehl daraus, dass er sehr häufig das Wort revolutionär und Revolution gebrauchte. Diese Worte vermöge nun der Staatsanwalt nicht zu lesen, ohne geschwungene Heugabeln vor seiner Phantasie zu sehen. Demgegenüber konstatiert nun Lassalle, dass das Wort bei ihm einen anderen wissenschaftlichen Sinn habe und definiert diesen also: „Revolution heißt Umwälzung, und eine Revolution ist somit stets dann eingetreten, wenn gleichviel ob mit oder ohne Gewalt — auf die Mittel kommt es dabei gar nicht an — ein ganz neues Prinzip an die Stelle des bestehenden Zustandes gesetzt wird. Reform dagegen tritt dann ein, wenn das Prinzip des bestehenden Zustandes beibehalten und nur zu milderer oder konsequenterer und gerechterer Folgerungen entwickelt wird. Auf die Mittel kommt es wiederum dabei nicht an. Eine Reform kann sich durch Insurrektion und Blutergießen durchsetzen und eine Revolution im größten Frieden.“ Als geschichtliches Beispiel für eine „in der friedlichsten Weise sich vollziehende totale Revolution“ führt Lassalle die Entwicklung der modernen Großindustrie an. Indessen die einschneidenden Gründe Lassalles hinderten nicht, dass auch die Richter die Heugabeln bligen sahen, wenn sie von Revolution hörten, und Lassalle büßte die juristische Begriffstüchtigkeit mit seiner Verurteilung zu vier Monaten Gefängnis. Im Oktober 1863 hatte dann das Kammergericht in Sachen des „Arbeiterprogramms“ Gelegenheit, zu beweisen, dass es noch Richter in Berlin gebe. Auch hier, in seinem zweiten Revolutionsprozess, predigte Lassalle tauben Ohren, als er seine Auffassung vom weiteren Sinne des Wortes Revolution auseinandersetzte und jene berühmten Kapitularsätze über die soziale Revolution der Zukunft hinzufügte, von deren Bedorfen er sich überzeugt erklärte: „Sie wird entweder eintreten in voller Geseßlichkeit und mit allen Segnungen des Friedens, wenn man die Weisheit hat, sich zu ihrer Einführung zu entschließen beizeiten und von oben herab — oder sie wird innerhalb irgendeines Zeitraumes hereinbrechen unter allen Konvulsionen der Gewalt, mit wild wühendem Lodenhaar, erzene Sandalen an ihren Sohlen.“

Wenn Lassalle aber auch vor dem Kammergericht erzielte, dass seine Strafe auf 100 Taler Geldbuße herabgesetzt wurde, so waren doch die Juristen, auch die vom Kammergericht, bei ihrer Heugabelvorstellung von der Revolution geblieben. Das bewies Lassalles letzter Revolutionsprozess. Als er am 12. März 1864, des Hochverrats beschuldigt, wieder vor dem Kammergericht erschien, mußte er sich erneut gegen die Anklage, den Arbeitern Berlins die Revolution im juristischen Sinne gepredigt zu haben, durch Wiederholung seiner wissenschaftlichen Auffassung vom Wesen der Revolution verteidigen. Der Oberstaatsanwalt wollte aus Lassalles Haltung im Jahre 1848/49 den Schluß ziehen, dass er auch jetzt ein Revolutionär im damaligen Sinne des Wortes sei; aber sein Gegner fertigte ihn damit ab, dass er die Frage der Mittel für eine Frage der praktischen Zeitumstände, nicht der Prinzipien erklärte: „Meine Gesinnungen und Prinzipien, meine Herren, sind dieselben geblieben. In der Tat, ich verfolge so gut wie im Jahre 1849 ein neues Gesellschaftsprinzip... Aber die Frage der Mittel hängt von der politischen Konjunktur ab, von dem, was praktisch ist unter gegebenen Umständen. In den Jahren 1848 und 1849 war man bei den damaligen praktischen Umständen zu ganz anderen Mitteln aufgeleitet als jetzt. In bezug auf die Frage der Mittel, in bezug auf die Frage, ob und inwiefern Gewalt anzuwenden sei, behalte ich mir vor: mich jederzeit nach den jedesmaligen praktischen Umständen zu entscheiden. Es gibt nichts Schiefes, als hier eine Parallele ziehen zu wollen.“ Als ob all das nicht sonnenklar wäre, sah Lassalle sich nach ein paar Monaten genötigt, seine Anschauung in einer Zuschrift an die „Kreuz-Ztg.“ nochmals auseinanderzusetzen — mit den nämlichen Worten, die er vor dem Kammergericht gebraucht hatte; anders als mit der damaligen Alternative könne er die Frage nach den Mitteln gar nicht beantworten, weil er in ihrer Wahl nicht allein vom eigenen Willen abhängt, sondern davon, wie sich die Träger der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung verhalten — ob diese bei ihrer negativen Stellung zu dem gebieterischen, unbedingten politisch-sozialen Bedürfnis beharren oder nicht.

Bis zu Lassalles Zeiten, so ist die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur Revolutionsfrage geblieben. Bebel konnte auf dem ersten Jenaer Parteitag konstatieren, dass er und ebenso Vieblucht, von vornherein den gleichen Standpunkt wie Lassalle in dieser Hinsicht vertreten habe, dahingehend, dass Revolutionen nicht gemacht werden. „Wenn Revolutionen entstehen, dann sind immer diejenigen schuld, die dem notwendig aus der gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklung hervortretenden Bedürfnis der großen Masse mit Gewalt entgegenzutreten und ihm nicht gerecht werden.“ So entspricht auch die Bebel'sche Definierung der sozialdemokratischen Vorstellung

dem Begriff revolutionär, da er sich in den Zielen, nicht in den Mitteln dokumentiere, nur aus der Auffassung, die Lassalle schon im „Arbeiterprogramm“ und den anschließenden Kontroversen vertreten hat. Daraus hätten sich die antisozialistischen Weisen seit einem halben Jahrhundert belehren können, wie ihre Gegner tatsächlich gefonnen, daß es nicht an uns liegen wird, wenn die geschichtliche Entwicklung wieder die Gestalt von großen Katastrophen annähme. Die wahren Feinde einer friedlichen Entwicklung sind die reaktionären Gewaltmenschen, die da wähnen, durch mechanische Nachmittels der Geschichte ehernem Muß Trost bieten zu können. Das Rad der Geschichte wälzt sich deshalb doch hin, und sich selbst hat es zuzuschreiben, wer darunter kommt, weil er sich in den Weg zu werfen versucht hat, anstatt die Reibungen und Widerstände möglichst zu beseitigen. Das sind Wahrheiten, die Lassalle schon vor fünfzig Jahren den herrschenden Klassen gepredigt hat. Aber für sie ist er auch sonst ein Prediger in der Wüste geblieben. Sind doch noch heute sogar Leute, die sich salomonische Weisheit zutrauen, selbst darüber zu Tode erstaunt, daß die Sozialdemokratie auf historischer Grundlage steht, und doch würde die bloße Lektüre von Lassalles „Arbeiterprogramm“ darüber belehren. Aber sie haben Augen und sehen nicht, sie haben Ohren und hören nicht. Es ist die alte Geschichte von der Verblendung herrschender Klassen, deren Uhr am Abklingen. Sie sind unempfänglich für die Lehren der Vergangenheit, von der Lassalle im „Arbeiterprogramm“ gesagt, daß sie richtig verstanden, die Bedeutung der Gegenwart aufschleife und die Umrisse der Zukunft vorauszeige. In diesem Sinne ist Lassalle ein rückwärts gewandter Prophet gewesen und sein „Arbeiterprogramm“ eine geschichtsphilosophische Leistung, aus der noch heute für den Freiheitskampf des Proletariats reicher Nutzen zu ziehen ist.

Eine separatistische Gegenkandidatur.

Aus Wien wird uns geschrieben:

II.

Wie ist nun diese Gegenkandidatur zu erklären — denn trotz aller Verfallsymptome, die wir an der tschechoslowakischen Sozialdemokratie wahrnehmen, ist dieser Ueberfall, wie man die separatistische Gegenkandidatur nennen muß, eine so unsozialdemokratische Sache, daß er auch von Separatisten unsagbar erscheint. Die Gegenkandidatur will sich damit rechtfertigen, daß sich die deutsche Partei gegen die tschechische Arbeiterschaft nicht so verhalten habe, wie es die Pflichten einer Bruderpartei vorschreiben. Nun wollen wir gar nicht leugnen, daß es auch in Wien in dem letzten Jahre anders geworden ist, daß insbesondere alle Parteibeziehungen mit der tschechischen Organisation aufgehört haben, wollen auch zugeben, daß in und außer Klum gesündigt worden ist. Aber durch wessen Schuld? Wer hat in Wien ein Verhältnis, das durch lange Jahre das beste war, in schier unbegreiflicher Reichfertigkeit gestört und ins Gegenteil verzerrt? Das wird der unbefangene Geschichtsschreiber feststellen: die Störer waren die Separatisten; und wenn die deutschen Organisationen mit ihnen nun alle Beziehungen abgebrochen haben, so ist es ihre Schuld allein! Wie war es denn früher in Wien? Einmal hat es hier überhaupt nur Sozialdemokraten, nur Sozialdemokraten schlechtweg, gegeben, und die Unterscheidung der sozialdemokratischen Arbeiter nach Nationen und ihre Sonderung in nationale Parteien ist ausschließlich das Werk der Tschechen. Dafür gibt es einen unwiderleglichen Beweis: man braucht sich nur zu erinnern, daß in Wien im Jahre 1897 von den fünf Kandidaten der fünften Kurie der eine der Genossen Anton Remec war, jener Remec, der sich seither zum Erzewangelisten des Separatismus entwickelt hat. Wohl beachtet: das war nicht etwa eine Wahlkandidatur, die man der tschechischen Partei zugebilligt hätte, sondern damals gab es in Wien eben nur eine Sozialdemokratie, und da der Genosse Remec damals einer der tüchtigsten Agitatoren der internationalen Sozialdemokratie war — er ist doch nicht lange vorher noch ebenso ein Deutscher wie ein Tscheche —, so wurde er in einem der aussichtsreichsten von den fünf Wahlbezirken, die Wien im Gebiete des allgemeinen Wahlrechtes hatte, mit der Kandidatur beauftragt. Daß mit der Verbreitung unseres Wirkens und durch die immer fortschreitendere Nationalisierung des Staates die ursprüngliche Einheit der österreichischen Sozialdemokratie nicht aufrecht erhalten werden konnte, und daß die Teilung in autonome Gruppen, die sich allmählich zur Scheidung in selbständige Gruppen entwickelte, unaufhaltbar werden mußte, ist natürlich nicht zu bezweifeln; aber das rechtfertigt noch lange nicht den tschechischen Separatismus in Wien, der schon längst vorhanden war, bevor er zur Sprengung der Partei gedieh. Nachdem nämlich die alten und neuen Internationalen, die einstmal die Wiener tschechische Bewegung geleitet hatten, enternit worden waren, wie es z. B. dem seither verstorbenen Genossen Kravka geschah, und wie nach und nach die neue Richtung in der tschechischen Partei aufkam, die das Tschechische über das Sozialdemokratische stellt, trat die Tendenz auf, in allem und jedem, wie man es nannte, „selbständig zu werden“. Anfänglich sollte die Sprache ein Werkzeug des Sozialismus sein, das Nationale sollte nur soweit gelten, als es der Sozialdemokratie diene; nun wurde das Sozialdemokratische zum Werkzeug des Nationalen, und während die tschechische Agitation zuerst nur das Mittel sein wollte, um der Sozialdemokratie Anhänger zu werben, wurde allmählich die Sozialdemokratie zum Mittel und ist es jetzt vollständig, um dem nationalen Tschechentum in Wien exaltierte Befölkerer zuzuführen. Dazu war natürlich vor allem notwendig, daß in Wien die Einheit der Partei geleugnet, ihre Einheitlichkeit an allen Punkten beseitigt wurde. Mit der selbständigen politischen tschechischen Organisation begann es, setzte sich in der Forderung nach eigenen tschechischen Ortsgruppen der Gewerkschaften fort und ruhte nicht eher, bis jede Gelegenheit, daß deutsche und tschechische Arbeiter zusammenkommen, gründlich beseitigt war. Nicht einmal in dem proletarischen Touristenverein durften die tschechischen Arbeiter gelassen werden; auch diese Gemeinsamkeit vertrat der pathologische Drang der Tschechen nach „Selbständigkeit“ nicht. Dennoch hat es die deutsche Partei gegenüber den Tschechen an Freundschaft nie fehlen lassen. Sie hatten Sitz und Stimme in unserer politischen Organisation, waren in der Landespartei vertreten, bei allen größeren Aktionen wurden sie gefragt, sie berieten und beschloßen mit; die Separatisten sind nicht imstande, auch nur eine Tatsache anzuführen, die ihre Forderung rechtfertigen, ja nur entschuldigen könnte. Es ist auch nicht mehr als eine von ihrer Abkehr von der internationalen Sozialdemokratie erfundene Lüge, daß es die deutsche Sozialdemokratie an proletarischer Treue für die Kulturbestrebungen

der tschechischen Genossen hätte mangeln lassen. Daß wir nicht alle ihre chauvinistischen Vordränge mitmachen konnten und nicht mitgemacht haben, ist selbstverständlich; aber daß die deutsche Partei mit ihrer Unterstützung immer zur Stelle war, wenn den Tschechen irgendein Unrecht geschah, kann niemand leugnen, dem es um die Wahrheit ernstlich zu tun ist. Wir haben ihnen geholfen, als ihnen das Recht bestritten ward, in ihrer Sprache in Versammlungen zu reden — der Genosse Adler hat sich dabei vier Wochen Arrest geholt —, wir haben die Unzufriedenheiten und Ungehelichkeiten, die gegen sie bei der Volkszählung, bei der Errichtung von Privat-schulen verübt werden, mit aller Energie gebrandmarkt; wir haben ihnen mit Vergnügen unsere Arbeiterheime zu tschechischen Theatervorstellungen zur Verfügung gestellt; wir haben das alles getan, obwohl wir uns nicht im unklaren waren, daß wir den Gegnern damit billige Vorwände zu Angriffen wider uns lieferten. Ihren Kulturansprüchen hat die deutsche Partei die wertvollste Hilfe nie geweigert; mit ihrem nun immer offenkundiger auftretenden Nationalismus, mit einer Tendenz, die die hehren Gedanken des Sozialismus zur plumpen nationalistischen Propaganda mißbraucht, können wir natürlich nichts zu schaffen haben. Und daß sich die Wiener Arbeiterschaft, nicht bloß die deutsche, sondern auch große Teile der tschechischen, zur entschiedenen Abwehr gesammelt hat, als der freule Versuch gemacht wurde, die Seuche des gewerkschaftlichen Separatismus auch nach Wien zu verschleppen, die Einheit des proletarischen Lebens in Wien in Frage zu stellen und damit die Kraft des Wiener Proletariats an ihrer Wurzel angzugreifen: das ist so selbstverständlich, daß es keiner Erklärung bedarf. Deshalb läßt sich auch niemand in Wien über die wahre und eigentliche Natur dieser separatistischen Gegenkandidatur: daß sie ein nationalistischer Vorstoß ist, mit dem sich die Tschechoslowaken, wenigstens in Wien, gradaus von der internationalen Sozialdemokratie lossagen.

Und wenn darüber noch der leiseste Zweifel bestehen sollte, so haben die Separatisten dafür gesorgt, daß er verschwinde: sie haben sich nämlich zu dem Ueberfall gegen die Sozialdemokraten mit den Tschechisch-Bürgerlichen verbunden. Es ist, obwohl es geleugnet wird — weil die Geschichte so zweideutig ist, daß auch die separatistischen Arbeiter ruhig werden könnten —, ein förmliches Kompromiß und dessen eingestandener Zweck, die Tschechen in Wien „zu zählen“. Die Tschechen — worin nun jeder Klaffengegenstand ausgelischt ist, worin das Sozialdemokratische keinen Platz mehr hat, daß sich in Wien, wo die gemeinsame Abstimmung für die sozialdemokratischen Kandidaten, die Arbeiter zu zählen haben — das sieht die Separatisten nicht an, und an der Zählung von Sozialdemokraten haben sie kein Interesse. Die Tschechen wollen sie zählen — das Nationale geht ihnen über das Proletarische. Man muß nun die Struktur des Wiener Tschechentums kennen, um zu begreifen, was für Gemeinsamkeit hier vorgelegt wird. Was von dem Wiener Tschechentum nicht proletarisch ist, ist reaktionär, arbeitserfeindlich bis in die Knochen. Die bürgerliche Hauptsicht sind tschechische Kleingewerbetreibende, die christlichsozial und Scharfmacher ärgster Art sind; und mit ihnen sollen tschechische Arbeiter nun die Gemeinsamkeit vorstellen! Und angeführt wird das Wiener bürgerliche Tschechentum von Merkmalen und feudalen Adligen — auch eine Schicht, die sich zur proletarischen Gemeinsamkeit vortrefflich eignet. Daß ein wahrhaftiges Kompromiß vorliegt, geht daraus hervor, daß der separatistische Kandidat, der die tschechischen Stimmen in allen Bezirken sammeln soll — es ist der Abgeordnete Tomasek, der einstmal ein wackerer proletarischer Kämpfer war, nun aber in der nationalistischen Flut ganz versunken ist —, in allen Arbeiterbezirken auch der gemeinamen Kandidat der Bourgeoisie ist, weshalb sich auch das Wiener Separatistenblatt jedes wie immer gearteten Angriffes gegen das tschechisch-bürgerliche Lager längst und peinlich enthält. So ist die separatistische Gegenkandidatur ein Gleichnis der traurigen Entwicklung geworden, die die tschechoslowakische Partei zum schmerzlichen Bedauern der gesamten Weltinternationalen genommen hat. Den Zusammenhang mit den Arbeitsbrüdern der anderen Nationen verlieren sie und geben ihn auf, und den Zusammenhang mit der bürgerlichen Welt ihrer Nation suchen sie und haben sie gefunden! Daß sich, was innerlich schon längst der Fall, nun auch äußerlich vollzieht, daß sie, nachdem sie die Internationale in Oesterreich ruiniert haben, nun zum offenen Kampf gegen die Bruderpartei ausholen, wird wohl die Erkenntnis über die tschechoslowakische Sozialdemokratie allerorten reifen lassen. Und vielleicht ruft die Größe ihres Verfalls die Antriebe zur Umkehr hervor.

Der Wahlkampf in Serbien.

Man schreibt uns aus Belgrad:

Am Sonntag, den 14. April, finden in Serbien die allgemeinen Wahlen statt, bei denen alle 100 Parlamentsmitglieder gewählt werden sollen. Diese Wahl ist das wichtigste politische Ereignis im Staatsleben, da das Parlament (Skupština), beim Fehlen einer Ersten Kammer und auf Grund des parlamentarischen Regierungssystems, der ausschlaggebende Faktor für die ganze Staatspolitik ist.

Die sozialdemokratische Partei Serbiens nimmt auch an dem Wahlkampf teil. Seit ungefähr zehn Jahren ihres Bestehens stellte die Partei nur in einigen städtischen Wahlkreisen ihre Kandidaten auf. Die Zahl ihrer Stimmen wuchs ständig, im Parlament wurde aber die Partei nur durch einen Abgeordneten vertreten, der in Krugujewag, wo sich eine große staatliche Waffenfabrik befindet, gewählt wurde. Jetzt zum erstenmal beteiligt sich die Partei auch in sechs ländlichen Wahlbezirken (es sind deren 21). Seit zwei Jahren, nachdem die städtischen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen befestigt wurden, dehnte sich die Parteifunktion auch über das Land aus. Bei den proletarisierten Volksmassen fand man einen sehr günstigen Empfang. Überall wurden Bildungsvereine oder politische Organisationen gegründet, durch die die sozialistische Presse und Literatur erfolgreich verbreitet wurde. Erst nachdem diese Organisationsarbeit einen festen Boden gefunden hatte, konnte man mit der Sicherheit an die Aufstellung sozialistischer Kandidaten auch in den ländlichen Wahlkreisen gehen. Allen früher hier und da aufgetauchten wilden Kandidaturen ist von der Partei energisch entgegengetreten. Die sechs Wahlkreise, in welchen unsere Partei mitbeteiligt ist, sind solche, in denen die Industrialisierung schon ziemlich weit vorgeschritten ist und wo die Gefahr vorhanden ist, daß bei dem Fehlen der sozialdemokratischen Kandidaten die Arbeitermassen in das Schlepptau der bürgerlichen Parteien geraten. In den ländlichen Wahlkreisen besteht eine Listenwahl; 6 bis 12 Abgeordnete werden nach dem Proporzverhältnis gewählt. Die Zahl ist von der Menge der Wahlberechtigten in dem betreffenden Bezirk abhängig. In den Städten

aber, ausgenommen Belgrad, wo vier, Krugujewag und Nisch, wo je zwei Abgeordnete listenmäßig gewählt werden, besteht die Einzelwahl.

Ein erbärmliches, heilloses Bild läßt sich in dem Wahlkampf betrachten. Wie bis jetzt ging es in den bürgerlichen Versammlungen so stürmisch zu, wie wurden die angesehensten Politiker von der Menge ausgeführt und von der Tribüne weggetrieben, wie befanden sich die bürgerlichen Parteien in einem solchen Zerlegungsprozeß, wie es diesmal der Fall ist. Und da gibt es keinen Unterschied zwischen regierenden und oppositionellen Parteien. In Serbien nämlich bestehen vier verschiedene bürgerliche Parteien: eine konservative und eine nationalistische, von Hause aus die Vertreter des Fortschritts, die Ueberbleibsel des ehemaligen persönlichen Regiments, die sich, um die Existenz aufzubewahren, jetzt im ganzen Lande koalitiert haben; dann noch eine alt- und eine jungradikale Partei, zwei Teile ein und derselben Partei, die groß geworden ist in dem Kampfe gegen die Willkürherrschaft der Bourgeoisie und für die parlamentarische Herrschaft, die sich aber spaltete, als sie den Sieg erobert hatte. Obgleich sich die Jungen die Demokraten nennen, haben sie sich seit drei Jahren mit den Alten koalitiert, mit diesen die gemeinsame Politik getrieben, so daß es sehr schwer wäre, einen programmatischen Unterschied zwischen diesen beiden radikalen Parteien herauszufinden. Zwar ist der Kampf zwischen ihnen jetzt sehr erregt, aber nur deshalb, weil die Alten unmittelbar vor der Wahl die Jungen aus der Regierung ausgestoßen haben, um die eigenen Wahlausichten zu verbessern.

Die allgemeine Erregung der Volksmassen über die ganze bürgerliche Politik findet ihre Erklärung in den veränderten wirtschaftlichen Existenzbedingungen dieser Massen. Seitdem in Mitteleuropa die Schutzzölle und das Agrarierturn die Oberhand gewonnen hat, hat sich in den baltischen Agrarstaaten als Ueberwachregel die Tendenz „der ökonomischen Emanzipation“ durch die Entwicklung der eigenen Industrie herausgebildet. Man schuf die neuen Zolltarife mit wohnsinnig hohen, prohibitiven Zollsätzen, man gab den Kapitalisten lukrative Konzessionen, man schenkte ihnen die Staats- und Gemeindegüter, ließ ihnen die Steuern nach, verbilligte die Verkehrsstarke, gewährte ihnen bei den Lieferungen für die öffentlichen Körperschaften hohe Profite, stellte ihnen sogar das Geld aus der Staatskasse zur Verfügung, unterdrückte auf ihren Wunsch die Arbeiterbewegung — kurz und gut, in den letzten Jahren sind die baltischen Staaten nichts anderes als Anstalten für die künstliche Züchtung von Kapitalisten. Die Furcht vor dem Kapitalmangel war schnell überwunden. Denn sobald die wirtschaftlichen und rechtlichen Grundlagen für die Gewinnung großer Profite geschaffen waren, floß das europäische Kapital frommweise nach dem Balkan. In der kurzen Zeit entstanden in Belgrad neben den einheimischen große ausländische und internationale Geldinstitute, das Land wurde mit Geld überschwemmt; in allen Ecken und Enden fing man mit dem Bau der Eisenbahnen an; eine Menge von neuen Kohlen-, Kupfer- und Bleigruben wurden eröffnet; die kapitalistische Art verwüstet die Urvälder; kurz, die großen kapitalistischen Unternehmungen blühten überall auf. In diesem sehr rasch vor sich gehenden Prozeß der wirtschaftlichen Umwälzung befindet sich die ganze Balkanhalbinsel.

Was waren die Folgen davon? Die Zerstörung der alten Ideale des Agrarstaates. Gemeinsam mit dem Eindringen des Kapitalismus wurde der bürgerliche Nationalismus wach. Man küßt sich in den jetzigen Staatsgrenzen zu eng; man sieht, daß eine volle wirtschaftliche Entwicklung nur durch Verdrängung der Staatsgrenzen möglich ist; man schreit nach dem Ausgang „an das freie Meer“ als nach einer Lebensfrage. Das zu erreichen, spannt man die ganze Kraft an, um den Militarismus groß zu machen.

Gemeinsam mit der Bourgeoisie regen sich auch die wirtschaftlich Miniersten und durch den schweren Druck der indirekten Steuern überbelasteten Massen des Proletariats. Da aber diese ganze Entwicklung zu rasch vor sich geht, so daß sie nicht von der Umwälzung in dem Bewußtsein der Bevölkerung begleitet werden kann, so sehen die Massen das Uebel nur in der Schlichtigkeit der Führer; durch ihr wütendes und zorniges Auftreten in den Versammlungen geben sie ihren Haßwillen kund.

Es ist in diesen Tagen die historische Aufgabe der Sozialdemokratie, die dunkle Unzufriedenheit der proletarisierten Massen in die klare politische Stellungnahme zu verwandeln, sie von den bürgerlichen Parteien abzutrennen, ihren Kampf gegen den heranwachsenden Kapitalismus zu organisieren, die bestehenden Klassen-gegenstände durch den Klassenkampf zum Ausdruck zu bringen.

An diese wichtige Arbeit ist unsere Partei mit voller Kraft und mit klarem Zielbewußtsein herangetreten. Es ist erwähnenswert, daß die heutige Wahlpolitik genau nach deutsche Muster eingerichtet ist. Noch immer wirkt der glänzende Sieg der deutschen Sozialdemokratie und mit ihm die Ueberzeugung, daß nicht zum mindesten dieser Sieg der strammen Organisation der Partei zu verdanken ist. Wir haben an diesem glorreichen Beispiel gelernt und wir geben uns die Mühe, wenigstens im sozialistischen Eifer unseren deutschen Genossen nachzuahmen. Eine solche Agitation, wie sie jetzt von unserer Partei getrieben wird, hat die Welt in Serbien noch nicht gesehen. Ueber eine halbe Million Flug- und andere Druckschriften sind unter den Massen verbreitet; die Agitatoren reisen von Dorf zu Dorf, von Haus zu Haus; die Versammlungen werden überall abgehalten und der ungeachtete Zustrom der Massen setzt die Bürgerlichen in Entsetzen. Ein richtiger Orientaler bleibt starr vor dem ungläublichen Schauspiel: die verflochtenen Frauen in den Dörfern nehmen massenhaft an den sozialistischen Versammlungen teil, verlangen von ihren Schülern, ihnen die Zeitungen und die Agitationsbroschüren vorzulesen und fordern auch für sich — das Wahlrecht! Leider wird sich diese politische Umwälzung in dem Wahlausfall nicht so deutlich zeigen können, wie sie sich schon jetzt in der Zunahme der Organisationen und der Verbreitung der Presse zeigt. Denn — Serbien hat kein allgemeines Wahlrecht. Wahlberechtigt ist nur derjenige Bürger, der in der Wahlgemeinde drei Jahre wohnt, da eingebürgert ist und mindestens einen Betrag von 15 Frank an direkten Steuern zahlt. Durch diese Bestimmungen sind die Arbeiter größtenteils politisch entrecht. Und eben deshalb wirkt die sozialistische Hauptforderung in diesem Wahlkampf: das allgemeine Wahlrecht für alle Männer und Frauen, so außerordentlich stark auf die Massen und fordert sie von den bürgerlichen Parteien ab, die vom allgemeinen Wahlrecht nichts wissen wollen. Neben dem Wahlrecht stellt die Partei in den Vordergrund des Interesses: die Schaffung und Sicherstellung der Arbeiterschutzes, die Abschaffung des Militarismus und den Zusammenschluß aller Balkanstaaten in eine föderative Republik. Da wir aber jetzt zum erstenmal vor die großen Massen treten, so wird in jeder Versammlung planmäßig das Endziel der Sozialdemokratie, die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel, ausführlich besprochen. Weit davon entfernt, durch diese Betonung des Endzweckes unsere Agitation zu schwächen, erreichen wir gerade durch sie am besten unsere Aufgabe in diesem Wahlkampf: die proletarischen Massen dem Einfluß der Bourgeoisie zu entziehen. Denn nichts ist so gut geeignet, eine unüberbrückbare Scheidung

gischen Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien zu ziehen und die politische Gleichartigkeit der Bürgerlichen zu demonstrieren, als die allgemeine sozialistische Stellungnahme, das Endziel. Bei den proletarisierten Massen findet es das Verständnis und die Begeisterung, und sind sie dafür gewonnen, so sind sie für den Klassenkampf gewonnen, so gehen sie der bürgerlichen Welt endgültig verloren. Eine Vermehrung der proletarischen Klassenkämpfer wird sicher die jetzige Wahlbewegung mit sich bringen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. April 1912.

Zur Krise in der nationalliberalen Partei.

Die Tagesordnung für den Vertretertag der Nationalliberalen, der am 12. Mai, vormittags 10 Uhr, in Berlin in den Kammerläden, Zeltower Straße, stattfindet, lautet:

1. Eröffnung durch den Zentralvorstand, Wahl des Bureau's, 2. Begrüßungsansprache, 3. Aenderung der Parteilagungen. Dem Vertretertag geht am 11. Mai eine Sitzung des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei voraus.

Die Verhandlungen sind öffentlich, die Presse aller Parteien hat gegen Andweiskarten Zutritt, die vom Zentralbureau ausgegeben werden.

Die Frist bis zum 12. Mai wird von dem Linken wie dem rechten Flügel der nationalliberalen Partei mit Eifer dazu benutzt, ihre Kräfte zum Kampf zu sammeln, so daß sich voraussichtlich auf dem Parteitag die Jungen und die Alten wie zwei feindliche Heere gegenüberstehen werden. Der „Mannheimer Generalanzeiger“, das Leiborgan Wasserhans', fordert bereits die Friedberger und Führer auf, gefälligst aus der Partei auszutreten. Das Blatt schreibt:

„Der Vertretertag erwartet, daß alle diejenigen Einzelmitglieder, Organisationen und publizistischen Organe der Partei, die mit ihren politischen Anschauungen die genaueste und stimmungsgemäße Vertretung dieser volkstümlichen, daher entschieden liberal und großzügig sozial gerichteten, nationalliberalen Politik nicht vereinbaren können, es als eine Pflicht der politischen Reife und Gewissenhaftigkeit betrachten, sich und ihre anders gerichteten Bestrebungen nicht mehr, in einer irreführenden, unberechtigten und die Geschlossenheit der Partei fortwährend gefährdenden Weise als nationalliberal zu bezeichnen.“

Dem reaktionären Flügel, nach den Konservativen hinüber-schiebenden Flügel paßt natürlich diese Aufforderung nicht. Er erklärt diese Zumutung offen für eine Unverschämtheit der Wassermänner. So schreiben die „Hamburger Nachrichten“:

„Das ist doch eine ganz unerhörte Zumutung, die hoffentlich gebührende Zurückweisung findet. Kein einsichtiger Patriot kann sich darüber täuschen, daß, wenn die nationalliberale Partei den Mannheimer Ausschlägen folgen wollte, sie sich auf eine schäbige Ebene begäbe, auf der sie keinen Haß mehr fände und sehr bald soweit herabglitte, daß sie nicht nur das Lob des „Genossen“ Scheidemann ebenfalls ernten, sondern wahrlich auch sehr bald Zustimmung zu dessen Pariser Aeußerungen bekunden würde, in denen er bekanntlich den Wahlsieger der sozialistischen Partei als Vorkampfer des deutschen Nationalgefühls bezeichnete und hinzufügte, eine Regierung, die sich derartigen Kräften gegenüberstehe, könne sich auf keinen Krieg einlassen; die regierenden Massen sollten sich in acht nehmen; wenn sie alles auf die letzte Karte eines europäischen Krieges setzten, würden sie die allgemeine Revolution heraufbeschwören.“

Wir erwarten, daß die Demaskierung des „Mannheimer Generalanzeigers“ diejenigen Folgen nach sich ziehen wird, die im Interesse des nationalliberalen Partei zu wünschen sind.“

Protektionspatent.

Den auf neue Kolonialerwerbungen erpichten imperialistischen Sponzerplänen und Kolonialprotektionen genügen die von der Regierung geplanten Heeresvermehrungen nicht; sie fordern im Interesse des „teuren Vaterlandes“ bezw. ihres Profits weitere Aufstellungen. Allen voran markiert natürlich in dieser Hinsicht die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Organ der Bechen- und Eisenwerkbesitzer, das seinen Forderungen folgende niedliche Begründung anhängt:

Tirpitz oder Weismann! Diese Frage aus der März-Reisewecke scheint noch ungelöst zu sein. Und doch kann es kein Schwanken geben. Wir können wohl zu wenig, aber niemals zu viel rüsten. In dem unausbleiblichen Zukunftskrieg können wir siegen oder untergehen. Siegen wir, so werden wir darüber nicht klagen, daß wir etwa drei Schiffe zuviel oder zwei überflüssige Armeekorps haben. Unterliegen wir aber den besser gerüsteten Feinden, so fällt die volle geschichtliche Schuld auf jene, die die deutsche Rüstung um drei Schiffe und zwei Armeekorps vergrößerten. Die Jahre 1866 und 1870 im Vergleich unserer Bewehrung und jener der Oesterreicher und Franzosen ergeben unüberlegbare Tatsachen. Aus ihnen kann auch Herr Weismann Holzweg lernen, denn aus ihnen spricht der Geist Bismarck's, der Preußen groß und Deutschland einig machen konnte, weil er dem Reichsmann, dem Kriegsmann, dazu verholfen hatte, die Wehrkraft auf den höchstmöglichen Stand zu bringen.

Zwei Armeekorps und einige Schiffe mehr spielen für die Kohlen- und Eisenmagnaten keine Rolle — vorausgesetzt, daß die breite dumme Masse die sich alljährlich auf Hunderte von Millionen Mark belaufenden Kosten zahlt.

Was steckt dahinter?

Was hinter der angeblichen Aufhebung der Liebesgabe steckt, darüber läßt sich ein Fachmann in der „Rheinischen Volkszeitung“ wie folgt aus:

„Die Verrückung des Kontingents unter gleichzeitiger Beibehaltung des im Gefolge von 1909 eingeführten Durchschnittsbrandes und des Vergällungszwanges überliefert alle Spirituskonsumierenden Kreise noch mehr wie bisher der Willkür der Spirituszentrale. Die Spirituszentrale selbst konnte ihre Macht- und Monopolstellung nur dadurch erreichen und erringen, daß in dem neuen Branntweinsteuer-gesetze der Durchschnittsbrand und vor allen Dingen der Vergällungszwang eingeführt wurde. . . Die Spirituszentrale wird von der Reichsregierung begünstigt, weil sie als Vorstufe zum Staatsmonopole dienen soll. Alle an der Spirituszentrale beteiligten Kreise haben Interesse daran, jetzt möglichst hohe Dividenden herauszuwirtschaften, um bei der geplanten Einführung des Staatsmonopoles . . . auf Kosten der Steuerzahler ungezählte Millionen Abfindungen zu erhalten.“

Die Dividenden der Spiritwerke bewegen sich jetzt zwischen 12 bis 25 Proz. Eine Abfindung nach solchen Sätzen würde der gemeinen, adligen und fürstlichen Schnapsbrenner nationale Besitztümer um mindestens 1000 Proz. steigern und das gewöhnliche Paß müßte berappen.

Pfarrerstandale.

Die „Rheinische Zeitung“ berichtet über das plötzliche Verschwinden eines katholischen Pfarrers aus dem Kreise Rheinbach. Der Geistliche soll wegen fittlicher Verfehlungen, bei denen junge Penitente, 13-15 jährige Knaben, und das Dienstmädchen des Pfarrers eine Rolle spielen, von seiner kirchlichen Behörde in ein Kloster außerhalb der Grenze interniert worden sein. Schon in einer früheren Stellung soll sich der Pfarrer fittlicher Verfehlungen schuldig gemacht haben. Trotzdem wurde er

nicht nur zum Seelsorger bestellt, sondern auch von der Regierung zum Lokalschulinspektor ernannt — von der nämlichen Regierung, die jeden Sozialdemokraten grundsätzlich als fittlich unfähig erachtet, in der Schulverwaltung zu sitzen. Und die Kirche, der die Vergangenheit des Geistlichen bekannt war, hat die Anstellung als Schulinspektor ruhig gebildet. Die Regierung hat mindestens fahrlässig gehandelt bei der Prüfung der Qualifikation des Mannes.

Die Fälle, daß die Kirche Geistliche der strafenden „weltlichen“ Justiz entzieht, häufen sich, ebenso die Fälle, wo Geistliche, die Sittlichkeitsvergehen begangen haben, nachher wieder in Ämter gesetzt werden, wo sie auf Grund der gerade in der katholischen Kirche so ungeheuerlich großen Macht eine ständige Gefahr für die ihnen anvertrauten „Schafe“ bilden. Die Kirche beansprucht für ihre Geistlichen ein Ausnahmerecht und verdammt den, der es wagt, einen Pfarrer vor Gericht zu ziehen. Der Vatikan hat erst vor wenigen Monaten durch sein Motuproprio den Mannsack erneuert, der denjenigen trifft, der einen Pfarrer anklagt. Das in Donauwörth erscheinende, bischöflich approbierte fromme Blättchen „Süddeutsche Post“ hat dazu:

„Fluch jenen Lippen, die eine heimliche Sünde des Pfarrers ans Licht ziehen oder sogar ein etwaiges großes Vergerniß des Seelsorgers anderen mitteilen.“ („Schupengelbriese“ Nr. 89.)

Es sei auch daran erinnert, wie die Kirchenbehörde im Falle Münsters und im Falle Scheuer dem Staatsanwalt eine Kröte gedreht hat, und wie in der Affäre Palmert sich herausstellte, daß der Geistliche bereits früher Sittlichkeitsverbrechen verübt hatte, aber dennoch wieder auf eine Gemeinde losgelassen worden war. In der Erzdiözese Köln, wo der eingangs erwähnte Fall spielt, sind ähnliche Fälle gleichfalls früher vorgekommen: Ein Geistlicher hatte sich in einem Anabenkonvikt fittliche Verfehlungen zuschulden kommen lassen. Nachdem er einige Zeit im Auslande war, wurde er in eine Vikarstelle an der rheinisch-holländischen Grenze gesetzt. Ebenso hatte der Pfarrer Ripenhoff, der von der Staatsanwaltschaft ständisch verfolgt wurde, schon vor der neuen Tat Sittlichkeitsverbrechen begangen, die die kirchliche Behörde aber nicht abgehalten hatten, ihn wieder in eine Pfarrerstelle zu setzen.

Vom Spielteufel.

Im lieben deutschen Vaterlande werden dem Spielteufel durch die staatlichen und die behördlich sanktionierten Lotterien weitgehende Konzessionen gemacht. Sie genügen aber offenbar der Spielbegeisterung noch nicht, und so müssen denn die ausländischen Spielhöhlen zu Hilfe genommen werden. Einer, den vermuthlich die Erinnerung an Monaco oder Monte Carlo noch schmer brüdt, entriest sich nun über die Summen, die die deutschen Spieler in den ausländischen öffentlichen Spielbanken lassen. Er rechnet aus, daß die Deutschen an der französischen Riviera jährlich 12 Millionen, in Monte Carlo 30-35 Millionen, an der italienischen Riviera, besonders in San Remo, 12 Millionen, in den Spielbanken an den italienischen Seen Jahr für Jahr etwa fünf Millionen lassen. Im ganzen verlieren nach den Ausführungen dieses Kenners der Verhältnisse die Deutschen jährlich 64 Millionen in ausländischen Spielbanken!

Der Verfasser der Zuschrift im „Lokal-Anzeiger“ fragt: „Ist diese freiwillige Steuer, zudem in fremde Taschen, wirklich notwendig? Sollen hier unsere Reichsteuereinsparner ein neues Feld ihrer Tätigkeit ausfindig machen? Möglich ist schon, daß die Alldeutschen die Idee aufgreifen, die bekanntlich allem Fremdländischen gegenüber feindselig gesinnt sind und vor wenigen Tagen sogar den fittlichen Vorschlag durch die alldeutsche Presse gehen ließen, die Firmenschilder mit fremdsprachigen Bezeichnungen zu besteuern. Die Herren aber mit dem vollen Portemonnaie werden sich trotz alledem nicht abfinden lassen, das Geld, das im Vaterlande erst durch den Schweiß deutscher Arbeiter zusammengebracht wurde, dorthin zu bringen, wo ihnen ihr Vergnügen winkt.“

Ein schwarzer Schwindel.

Anfangs Januar verbreitete die Zentrumskorrespondenz eine kurze Nachricht, nach der der Zentrumskandidat für den Reichstagswahlkreis Weiden, Dr. Pfleger, beinahe das Opfer eines Unfalls geworden wäre. Es seien auf der Straße zwischen Leuchtenberg und Bernberg (Oberpfalz), die das Auto des Dr. Pfleger passieren mußte, 30 bis 70 Zentimeter hohe Steine und ein mit Nägeln beschlagenes Stirnblatt gelegt gewesen. Außerdem seien große Löcher in die Straße gegraben gewesen, die mit Schnee überdeckt waren; nur der Vorhut des Chauffeurs sei es zu danken, daß kein Unglück passierte. Diese Nachricht hatte auch die „Frankische Tagespost“ übernommen und von einem gemeinen und niederträchtigen Anschlag auf einen Reichstagskandidaten gesprochen und bedauert, daß man den Täter nicht feststellen konnte.

Run hatte die Zentrums-Presse die Unverschämtheit, den Vorfall politisch auszuschlachten und die Tat kurzerhand den Sozialdemokraten zuzuschreiben, ohne auch nur den Schein eines Beweises dafür zu haben. Der schwarze „Oberpfälzer Kurier“ brachte einen Artikel mit der Ueberschrift: „Sozialdemokratische Kampfesweise“, in der die Geschichte von den großen Steinen, es war sogar von „Granitblöcken“ die Rede, sowie von dem Stirnblatt (Zugloch) und natürlich auch von den in die Straße gegrabenen Löchern aufgeklappt war. Es war sogar von einem „Mordanschlag“ die Rede, der den Sozialdemokraten in die Schuhe geschoben wurde. Es hatte nämlich am Tage des Vorfalls in Leuchtenberg eine Zentrumsversammlung stattgefunden, in der Dr. Pfleger referierte, und es sollte dort von Sozialdemokraten gelärmt, gepfiffen und die Versammlung roh gestört worden sein. Die schwarze „Amberger Volkszeitung“ und andere Zentrumsblätter brachten den Verleumdungsartikel nach. Einige Tage darauf brachte die „Frankische Tagespost“ einen Abwehrartikel, in dem sie feststellte, daß weder Löcher in die Straße gehauen noch ein Stirnblatt hingelegt war und daß nicht „Granitblöcke“, sondern Schottersteine auf der Straße lagen und daß es gänzlich unwahr sei, wenn die Zentrums-Presse behauptete, es hätten neben der Straße am Waldrand die Täter („Genossen“ hieß es in der Zentrums-Presse) gestanden und „höhnisch gelacht“. Insbesondere wies es die „Frankische Tagespost“ energisch zurück, daß die Sozialdemokratie etwas damit zu tun habe. Im Schlußsatz hieß es, „da sich somit die ganze Nachricht als nichts anderes als eine elende und niederträchtige Verleumdung der Gemeinde Leuchtenberg herausstellte, so beabsichtigt diese, sich in einer öffentlichen Erklärung gegen die ihr von dem Zentrums-kandidaten und seinen Helfershelfern angetane Schmach und Herabsetzung zu wenden.“

In diesem Sah erblühte der jetzige Abgeordnete Dr. Pfleger eine Weileidigung seiner Person; er strengte deshalb gegen den verantwortlichen Redakteur der „Frankischen Tagespost“, Genossen Schneider, Weileidigungsklage an. In der Verhandlung vor dem Nürnberger Schöffengericht behauptete Dr. Pfleger, er sei nicht der Veronasser des fraglichen Artikels in der Zentrums-Presse. Er habe nach dem Vorfall weder von „Granitblöcken“ noch von einem „Stirnblatt“ gesprochen, sondern lediglich erzählt, daß Steine auf die Straße gelegt waren; den Pressausführungen, die nach dem Vorfall folgten, siehe er fern. Die Steine, die auf der Straße lagen, schätzte er auf 35 Zentimeter. Durch eine umfangreiche Zeugenaufnahme wurde festgestellt, daß keine Löcher und kein Stirnblatt auf der Straße lagen. Wohl alle Zeugen waren Zentrumsleute, einer dieser Zeugen ging kurz vor dem Auto des Dr. Pfleger über die Steine, ohne etwas besonderes wahrzunehmen; er glaubte, die Steine seien von Schulkindern

hingelegt gewesen. Ohne daß an der Straße etwas aufgerammt wurde, passierte die Stelle ein Postwagen! Von anderen Zeugen wurde bekundet, daß die Steine Faustgröße gehabt hätten. Der Berichtsvorstehende warf dozwischen, daß die Steine doch von halbwüchsigen Burschen oder Trunkenbolden hingelegt sein könnten.

Niemand hat an der Straße Leute stehen sehen; auch von dem „höhnischen Lachen“ wußte keiner der Zeugen etwas! Dr. Pfleger, der angab, daß er stark kurzsichtig sei, hatte von einem „großen Lärm“ in jener Versammlung gesprochen, er hätte „so etwas noch nie gesehen“. Mehrere Versammlungsbesucher (Zentrumsleute) gaben an, daß es ruhig war und daß sie von einem besonderen Lärm nichts hörten. Einige wußten nur, daß es in einer Ecke etwas laut herging, es wurde „geschallert“, die ganze Versammlung, so sagte ein Zeuge, war schwarz.“

Genosse Schneider wurde zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, Dr. Pfleger habe nicht hinter der falschen Berichterstattung der Zentrums-Zeitungen gestanden. Wären die scharfen Ausdrücke der „Frankischen Tagespost“ nicht gegen Dr. Pfleger, sondern gegen die Zentrums-Presse gerichtet gewesen, so hätte eine Strafe nicht erfolgen dürfen.

Es ist also jetzt gerichtlich festgestellt, daß die Zentrums-Presse erbärmlich log und eine Wagnis-telle, die, wie der Berichtsvorstehende sagte, von halbwüchsigen Burschen oder Trunkenen verursacht sein konnte, fürchterlich aufbaute, um, ohne jeden Beweis, die Sozialdemokratie verdächtigen zu können.

England.

Die Home-Rule-Bill im Unterhaus.

London, 11. April. Unterhaus. Premierminister Asquith brachte heute die irische Home-Rule-Bill ein. Das Haus war dicht besetzt, aber doch nicht so stark, wie bei der früheren Einbringung der Vorlage in den Jahren 1866 und 1868. Redmond, der Führer der irischen Nationalisten, Carson, der Führer der irischen Unionisten, Bonar Law, Führer der Konservativen, und Premierminister Asquith wurden bei ihrem Eintritt in das Haus von ihren Anhängern laut begrüßt. Bei der Einbringung der Bill, welche „Bill der Regierung von Irland“ (government of Ireland bill) genannt wird, erklärte Asquith, er möchte das Haus ersuchen, zu erwidern, wie sich die Lage für oder gegen die Home-Rule-Bill durch die Ereignisse seit 1893 gestaltet habe. Das Verlangen der Iren nach Home-Rule habe alle politischen Veränderungen seit 1893 unverändert überdauert. Asquith betonte dann den gewichtigen Charakter der für Home-Rule eintretenden irischen Stimmen und beschäftigte sich mit den Einwendungen der Unionisten von Ulster gegen die vorgeschlagene Aenderung. Er hätte niemals die Kraft und Entschiedenheit ihres Widerstandes gegen Home-Rule unterschätzt, und die Regierung habe sie bei der Abfassung der Bill wohl gekannt. Aber die Regierung könne einer relativ geringen Majorität, namentlich wenn für die Wahrung ihrer besonderen Interessen gesorgt worden sei, der ungeheuren Majorität ihrer irischen Landsleute gegenüber kein Veto recht einräumen. Asquith fuhr fort: Home-Rule für Irland ist der erste Schritt zu einer umfassenderen Politik der Befreiung des Reichsparlaments von der Notwendigkeit, sich mit rein irischen Angelegenheiten der verschiedenen Teile des Vereinigten Königreichs zu befassen, und zur Uebertragung dieser Angelegenheiten auf deren Sondervertreter. Das irische Parlament wird aus einem Senat und einem Hause der Gemeinen bestehen, doch wird die höchste Autorität des Reichsparlaments unbeeinträchtigt bleiben.

Asquith fuhr fort: Das Haus der Gemeinen wird aus 164 Mitgliedern bestehen, von denen 99 Ulster vertreten werden. Es ist sehr erwünscht, daß auch Vertreter der Minorität in Irland in den Senat kommen, der aus 40 Mitgliedern bestehen wird. Mit Rücksicht auf die besondern Verhältnisse Irlands wird der Senat zum erstenmal von der Reichsregierung für eine bestimmte Zahl von Jahren ernannt werden, doch werden diese Mitglieder in einem gewissen Turnus auscheiden und ihre Plätze durch von der irischen Exekutive ernannte Mitglieder ausgefüllt werden. Das irische Unterhaus wird nur die Befugnis zur Gesetzgebung über Fragen, die ausschließlich Irland betreffen, besitzen. Für den Schutz der religiösen Gleichberechtigung werden besondere Bestimmungen getroffen. Der Lordleutnant von Irland, der an der Spitze der irischen Exekutive stehen wird, wird die Vollmacht haben, gegen jedes Gesetz auf Anweisung der Reichsregierung sein Veto einzulegen oder dessen Geltung aufzuschieben. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Senat und Gemeinen werden die beiden Häuser eine gemeinsame Sitzung abhalten, gemeinschaftlich beraten und abstimmen.

Asquith fuhr weiter fort: Irland wird nur 42 Vertreter im Westminster-Palace haben. Das irische Parlament wird die Machtbefugnis besitzen, innerhalb gewisser Grenzen die Reichsteuern herabzusetzen oder aufzuheben und die Verbrauchsteuern zu ändern. Asquith kam dann auf die finanzielle Frage zu sprechen und sagte, augenblicklich bestünde in der irischen Verwaltung ein Defizit von 1 1/2 Millionen Pfund Sterling. Bei der Bill sei der Zeitpunkt zugrunde gelegt, wo es kein Defizit mehr geben würde. Inzwischen würden aber alle Steuern weiter an den Reichsschatz gezahlt werden und eine Summe in Höhe der irischen Verwaltungskosten werde vom Reichsschatz an den irischen Schatz gezahlt. Ferner werde im ersten Jahre an Irland eine Summe von 500 000 Pfund Sterling überwiesen werden, die sich jährlich um 50 000 Pfund verringern werde, bis der Betrag von 200 000 Pfund Sterling erreicht sei. Irland werde die Zinsen aller Ersparnisse in seiner Verwaltung erhalten.

Asquith schloß, indem er die Unterstellung entschieden zurückwies, daß die Regierung die Bill unter dem Druck der Nationalisten eingebracht habe und daß sie den Ueberzeugungen der Nationalisten ihre persönliche und ihre politische Ehre ausgeliefert hätte. Die Regierung habe diese Bill eingebracht als die Verkörperung ihrer ehrlichen und überlegten Meinung. (Lebhafte Weisfall bei den Ministerialen.) Asquith sprach zwei Stunden.

Hierauf erklärte Carson im Namen der Opposition die Bill für lächerlich und phantastisch und bezeichnete die in der Bill gegebenen Bürgschaften als Täuschungen.

Marokko.

Der Widerstand gegen das Protektorat wächst.

Ukdaba, 10. April. Eine Schar von etwa 200 Angehörigen des Stammes Beni Katatin (im Kuluja-Gebiete) machte gestern bei Tagesanbruch bei Rahidja am Ruffe Hammam, etwa 11 Kilometer von Debbu entfernt, einen äußerst heftigen Angriff auf eine Erkundungs- und Verleumdungs-Abteilung unter dem Oberbefehl des Oberleutnants Heraud. Heraud ging energisch zur Offensive über, gezeichnete die Schar und verfolgte sie etwa 10 Kilometer weit. Die Schar ließ zahlreiche Tote auf dem Kampfplatz. Die Franzosen sollen etwa 20 Tote gehabt haben, darunter einen Offizier und vier Unteroffiziere, und 63 Verwundete, darunter drei Offiziere und einen Unteroffizier.

Gewerkschaftliches.

Die feindlichen Freunde.

Zwischen den Verbänden der christlichen und der Hirsch-Dunderschen Metallarbeiter sind vor einiger Zeit verträglich — unter Brief und Siegel — Freundschaftsverträge abgeschlossen worden. Man kam überein, sich nicht „persönlich“ zu bekämpfen. Hinter der Sache steckte die „Gesellschaft für soziale Reform“, die ja gern so tut, als ob sie etwas läte. Bei dem Vergarbeitsstreik — und auch schon bei den Reichstagswahlen — war der Freundschaftsbund bedenklich am Wadeln. Daß die Hirsch-Dunderschen die „christlichen“ Verräterei beim Vergarbeitsstreik nicht als edle Heldentaten tagieren, wird von den Christen sehr übel vermerkt. Da die Zentrumschriften die Hirsch-Dunderschen nicht vor den Zentrumschriften spannen konnten, haben sie kein Interesse an der Verbrüderung. Der „Deutsche Metallarbeiter“, das Blatt der Zentrumschriften, schreibt in der Nummer 14 vom 6. April:

„Solange die auf Betreiben der Gesellschaft für soziale Reform zustande gekommenen Vereinbarungen zu Recht bestehen, müssen wir uns ganz entschieden die — man verzeihe den Ausdruck — grobköfige Sprache verbitten, die dieses Blatt (der „Gewerksverein“) gelegentlich der Vorgänge im Ruhrrevier gegen die christlichen Gewerkschaften anzuschlagen beliebte. Die christlichen Gewerkschaften verzichten auf Vereinbarungen, die nicht beachtet werden.“

Nun wissen die Hirsch-Dunderschen Bescheid. Rom und die Zentrumschriften wollen immer ihren Nutzen bei einem Ding haben. Im vorliegenden Fall sollen die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereiner nichts sagen, was den Zentrumschriften nicht gefällt. Sonst geht die dünne Freundschaft aus dem Leim.

Berlin und Umgegend.

Zur Aufklärung. Zu Ostern beendeten wieder Tausende von Handlungslehrlingen ihre Lehrzeit und viele junge Mädchen treten als jugendliche Angestellte in kaufmännische Geschäfte ein. Da ist es Zeit dafür zu sorgen, daß diese jungen Leute nicht jenen kaufmännischen Vereinen zum Opfer fallen, von deren Anhängern die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft ständig bekämpft und beschimpft wird. Heute kann man leider immer noch sehr oft beobachten, daß auch Arbeiterjöhne und -töchter, die als Handlungsgehilfen tätig sind, sich aus Unwissenheit von jenen arbeiterfeindlichen Vereinen ins Schlepptau nehmen lassen. Die Arbeiter sollten daher nicht die Gelegenheit verpassen ihre Kinder und Geschwister aufzuklären, daß, soweit sie als männliche und weibliche Handlungsgehilfen tätig sind oder im Versicherungsgewerbe beschäftigt werden, nur der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen als Organisation in Frage kommen kann. Dieser Verband kämpft für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage seiner Berufsgenossen, und zwar Schulter an Schulter mit den Arbeitern anderer Berufe. Anmeldungen nimmt entgegen: Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands, Bezirk Berlin; Geschäftsstelle C. 25, Rönigstraße 20 II.

Der Fleischermeister Wilhelm Fischer Reulöns, Niehenstr. 51, befreit in Nr. 85 des „Vorwärts“, daß er einen Verbandsvertreter erklärt habe: „Die Beschlüsse der Innung seien ihm mehr wert als seine Parteigebörigkeit.“ Wir bemerken hierzu, daß Herr Fischer dies im Beisein des Bezirksführers, der wegen des Tarifs verhandeln wollte, erklärt hat, die Behauptung also nicht aus der Luft gegriffen ist. Auf dem letzten Jahlabend ist dies Herr Fischer vom Unterzeichneten vorgehalten worden, und er hat nicht den Mut gehabt, dies in Gegenwart der Parteigenossen zu bestritten! Ebenso wie Herr Fischer nicht bestritten kann, daß auch er einer von denen ist, die sich zehn Jahre schämen würden, wenn die Gesellen eine zwölfstündige Arbeitszeit erhalten. Auch von den anderen im „Vorwärts“ angeführten Gründen hat Herr Fischer auf dem Jahlabend nichts gesagt, obgleich ihm ziemlich Verbalhalten wegen seines Standpunktes gemacht worden sind. Ja, er mußte sich sogar von dem Fleischermeister Johannmann sagen lassen, daß er im Irrtum sei, wenn er glaube, eine zwölfstündige Arbeitszeit sei nicht möglich; es liege nur an den guten Willen, in seinen Betrieben führe er sehr gut damit. Die Behauptung, daß er durch die zwölfstündige Arbeitszeit ruinert würde, ist unzutreffend. Bedauerlich ist daß Herr Fischer, der seit acht Jahren Mitglied der Partei ist und ein Freund der Jugendbewegung, sich weigert, organisierte Gesellen zu beschäftigen und die private Stellenvermittlung unterstützt, ja sich sogar weigert, mit der Organisation zu verhandeln. Das ist nicht der Standpunkt eines Parteigenossen. Herr Fischer demonstriert am 1. Mai für den Achtstundentag, und seine Gesellen läßt er am liebsten 16 Stunden arbeiten. Wenn Herr Fischer glaubt, durch diese „Erklärung“ die verlorenen Kunden wieder zu gewinnen, so wird er sich täuschen. Die Parteigenossen haben ihm am Mittwoch ungewidmet zu versichern gegeben, wie sie über ihn denken trotz seiner achtjährigen Mitgliedschaft.

Bevollmächtigter des Verbandes der Fleischer.

Paul Bergmann.

Der Streik im Rowanwerter Dachdeckerberuf ist jetzt in ein neues Fahrwasser eingetreten. Die Unternehmer haben den von den Arbeitern vorgelegten neuen Vertragsentwurf, der eine dreijährige Tarifperiode sowie einige Verbesserungen bezüglich Arbeitszeit und einer Steigerung des Stundenlohnes für die Gesellen auf 75 Pf., für Hilfsarbeiter auf 55 Pf. und für ungebildete Arbeiter auf 50 Pf. vorsah, nach längeren Verhandlungen abgelehnt und einen eigenen Tarif ausgearbeitet, den sie den Arbeitern aufzwingen möchten. Sie haben damit den Beweis erbracht, daß es ihnen nicht um das Zustandekommen eines den berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung tragenden, den Frieden im Gewerbe sichernden Tarifvertrages zu tun war, sondern lediglich darum, die Arbeiter durch langwierige Verhandlungen so lange hinzuhalten, bis es ihnen gelungen wäre, die notwendigen Arbeiten fertigzustellen, um dann den Arbeitern ihren Willen zu diktieren. Diesen Plan haben die Arbeiter nun durch die Arbeitseinstellung zum Scheitern gebracht und sehen der weiteren Entwicklung der Dinge mit Ruhe entgegen. Schon jetzt haben die Arbeiter einen teilweisen Erfolg errungen, da einer der beiden hauptsächlich in Betracht kommenden Unternehmer, der Dachdeckermeister Müller, am Donnerstag die Forderungen bewilligt hat.

Deutsches Reich.

Ein Streik der Kellner ist im Gothaer Volkshaus ausgedrungen. Der an sich recht bedeutungslose Fall — in genannten Betriebe arbeiten selbst an Sonntagen nur 3—5 Mann — wird von der bürgerlichen Presse dermaßen aufgebauscht, daß sich eine genoue Darstellung notwendig macht.

Die Verhandlungen, die zwischen der Verwaltung des Volkshauses und dem Verband der Gastwirtsgehilfen seit längerer Zeit schwebten, endeten mit einer Verständigung bis auf einen Punkt. Die Kellner verlangten einen Minimallohn von 50 Pf. pro Stunde bei täglicher Abrechnung; die Volkshausverwaltung wollte diesen Lohn wohl garantieren, aber bei monatlicher Aufrechnung. In der letzten Sitzung, die vor dem Konflikt stattfand, erklärte noch der Vertreter des Verbandes, der Vorsitzende der Erfurter Verbandsfiliale, der die Gothaer Mitglieder angeht, man wolle versuchen, mit den Jugendanrainen, die die Volkshausgesellschaft gemacht habe, auch ohne formellen Tarifabschluß wenigstens für ein Jahr auszukommen. Die Zustimmung der Mitglieder seiner Filiale mußte er aber erst dazu einholen. Die Gastwirtsgehilfen lehnten aber den Vorschlag ab, und auf Wunsch der Gehilfen sollte sich eine außerordentliche Sitzung des Gothaer Gewerkschaftsartikels mit der Frage befassen. Die Sitzung hat stattgefunden, und das Kartell

Verantw. Redakteur: Albert Bachs, Berlin. Inzeratenteil veranlt.

wählte eine Kommission, die die ganze Sache eingehend nachprüfen sollte.

Seit dieser Zeit war Ruhe über den Wassern. Da erkrankte am Vorabend des Osterfestes der Erfurter Filialleiter des Gastwirtsgehilfenverbandes und forderte abends gegen 6 Uhr vom Vorsitzenden der Gesellschaft die Unterschrift zu einem Tarifvertrag, den er gleichzeitig vorlegte. Da dies abgelehnt wurde, so wurden die Gesellschaftler zusammengetrommelt und abends gegen 9 Uhr konnte endlich die ganz unvorbereitete Sitzung beginnen. Nach mindestens 1½stündiger Beratung einigte man sich dahin, daß die Volkshausgesellschaft auch die Garantielöhne bei täglicher Abrechnung bewilligte, sie wünschte aber, zumal da gar kein Tarifformular in Reinschrift vorhanden war (man hatte ja eben erst neue Forderungen beraten und bewilligt), daß die Tarifunterzeichnung auf 8 Tage verschoben würde. Man erklärte sich auch bereit, diese Abmachung schriftlich zu bescheinigen. Gesellschaftler und Gewerkschaftsvertreter traten zu einer kurzen getrennten Rücksprache auseinander. Als nun die gemeinsame Sitzung fortgesetzt werden sollte, präsentierten die Gastwirtsgehilfen einen neuen Vertrag mit Forderungen, die während der ganzen Verhandlungen noch nicht erwähnt worden waren. Der Erfurter Verbandsvertreter erklärte: „Wenn Ihr diesen Vertrag nicht unterschreibt, so stellen die Gehilfen morgen (ersten Feiertag) die Arbeit ein!“

Die Gesellschaftler erklärten darauf: „Unter diesen Umständen müssen wir für diese Nacht jede weitere Verhandlung abbrechen.“

Dadurch ließen sich die Gastwirtsgehilfen aber nicht verblüffen. Noch ehe sie überhaupt an diesem Tage in die Verhandlungen eingetreten waren, hatten sie sich in der Druckerei der Erfurter „Tribüne“ ein Flugblatt folgenden Inhalts anfertigen lassen:

Volkshaus Gotha.

Achtung!

Hier wird gestreikt!

Schon seit Anfang November 1911 streiken die organisierten Gastwirtsgehilfen zwecks Abschlußes eines Lohntarifs mit der Geschäftsleitung in Unterhandlung.

Es war uns nicht möglich, Forderungen, die in Privatbetrieben schon bewilligt und in anderen Volkshäusern um die Hälfte höher sind, zu erhalten. Unter den jetzigen Verhältnissen ist es vorgekommen, daß Familienväter mit 45—75 Pf. Tagesverdienst zufrieden sein mußten.

Es werden mit Vorliebe Nichtorganisierte beschäftigt, während wir oft viele Arbeitslose haben.

Durch das halbschlarige Verhalten der Geschäftsleitung wurden wir zum letzten Mittel, dem Streik, getrieben.

Wir bitten die Arbeiterschaft um Unterstützung unserer Sache. Es lebe die Solidarität!

Verband der Gastwirtsgehilfen

Die Streikleitung.

Es braucht wohl kaum verifiziert zu werden, daß die Behauptungen dieses Flugblattes unrichtig sind. Am schlimmsten ist die Behauptung, daß Familienväter mit einem Tagesverdienst von 45 Pf. hätten zufrieden sein müssen. Der einzige vollbeschäftigte Tageskellner hat einen garantierten Monatsverdienst von 120 M. In Wirklichkeit hat er stets mehr verdient. Dazu kommt aber noch die volle freie Kost. Die anderen Kellner sind nichtschadmannische Hilfskellner, die in ihrem Beruf arbeiten und nur während der Abendstunden bei Versammlungen, Konzerten usw. und an Sonntagen tätig sind. Ein zweiter Kellner, der nur die Sonntage voll arbeitet, hat nie unter 8 M. und fast ausnahmslos zwischen 10 und 14 M. an diesen Tagen verdient. Die Durchschnittsverdienste der übrigen, nur wenige Abendstunden beschäftigten Kellner betrug je nach Leistung zwischen 4,25 und 2,70 M. pro Schicht.

Eine am Dienstag tagende Sitzung des Gewerkschaftsartikels beurteilte das Vorgehen der Gastwirtsgehilfen auf das entschiedenste. Der anwesende Gauleiter des Verbandes erklärte, diese Arbeitsunterbrechung sei ohne seine Kenntnis und ohne sein Einverständnis erfolgt. Der Berliner Zentralvorstand des Gastwirtsgehilfenverbandes ließ durch den Mund des Gauleiters gleichfalls erklären, daß er diesen Streik entschieden mißbillige und seine Kenntnis davon gehabt habe, sonst hätte er ihn zu verhindern gesucht. Eine am Abend desselben Tages einberufene, sehr stark besuchte öffentliche Versammlung sprach der Volkshausverwaltung einstimmig ihr Vertrauen aus und mißbilligte das Vorgehen der Kellner.

Mittwochabend ist der Streik vollständig beendet worden. Der Vertreter des Gastwirtsgehilfenverbandes veröffentlicht folgende Erklärung:

„Nach näherer Prüfung kann der Inhalt des Flugblattes, das von den streikenden Kellnern des Volkshauses zu Gotha gegen dieses herausgegeben wurde, nicht aufrechterhalten werden.“

Verband der Gastwirtsgehilfen. Gau Sachsen-Thüringen.

Th. Engel.“

Die Einigung kam auf folgender Grundlage zustande: Sämtliche Kellner werden sofort wieder eingestellt. Sie nehmen die Arbeit zu den von der Volkshausgesellschaft dem Verband vor Ausbruch des Streiks zugestandenen Bedingungen wieder auf. — Wir haben eine ausführliche Darstellung des Falles gegeben, weil sich der Reichsverband sicher diesen seltenen Bissen von den „45 Pf.-Tagelöhnen“ in „sozialdemokratischen Betrieben“ nicht entgehen lassen wird, und weil die Sache unseren agitatorisch tätigen Genossen, wie auch den Gewerkschaftsführern und -beamten, die mit Unternehmern wegen Lohnkämpfen zu verhandeln haben werden, noch hundert Male um die Ohren geschlagen werden dürfte. Diese sind nun über den wirklichen Sachverhalt unterrichtet.

Lohnbewegung im Hamburger Hafen.

Die Forderungen der Seeleute, die dem Verein Hamburger Reederei und den einzelnen dem Verein nicht angehörigen Reedereien zugegangen sind, lauten in der Hauptsache:

1. Für die große Küstenfahrt ist die Feuer mit derjenigen für die transatlantische Fahrt gleichzustellen;

2. auf allen Hamburg-Altonaer Schiffen und auf allen Fahrten beträgt der Ueberstundenlohn 50 Pf., der bis zu 30 Minuten mit einer halben und über 30 Minuten mit einer vollen Stunde berechnet wird;

3. in das Besoldungswesen ist der Mannschaft Einbild zu gewähren darüber, was für Proviant an Bord geliefert und wieviel für den einzelnen Mann berechnet wird. Zur besseren Kontrolle wird eine Mengenkommision eingestellt, die aus einem Mitglied des Deckpersonals, einem Mitglied des Maschinenpersonals und einem Offizier besteht;

4. Vertretung der Seeleute in der Beschwerdekommision;

5. Einlegung einer Schlichtungskommision zur gütlichen Regelung von vorkommenden Differenzen;

6. Festlegung der Kündigungsfrist.

Die Küchener (Zurichter und Futterarbeiter) in Weidenfels überreichten am 14. März den Unternehmern einen Entwurf für einen neuen Tarifvertrag. Da die Unternehmer die Verhandlungen in die Länge zogen, legten 150 organisierte Küchener, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, nach Ablauf der vierzehntägigen Kündigungsfrist am 6. April die Arbeit nieder. Die im Gewerbeverein organisierten, etwa 40, hatten eine Woche später gekündigt und werden diese am 13. April die Arbeit niederlegen. Verlangt wird eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9½ Stunden, wie solche eine längere in anderen Orten für Küchener schon seit Jahren besteht, sowie eine dementsprechende Erhöhung des Tarifs bezw. des Lohnes.

Wingerbewegung im Rheingau.

Ein Teil der Weinbergarbeiter im Rheingau hatte an die Weingutsbesitzer die Forderung auf Erhöhung der Afford- und Tagelöhne gerichtet. Die Weingutsbesitzer haben durch das neue Weingesetz ihre Profite ungeheuer erhöht, während die Löhne der Winger die gleichen geblieben sind. Die Arbeit in den Weinbergen wird im Frühjahr meist im Afford vergeben; ein Winger, der die Bestellung eines Weingutes oder eines Teiles desselben übernimmt, hat alle nötigen Arbeiten: Hacken, Schneiden, Pfosten usw. bis zur Weinlese für einen bestimmten Affordlohn, bezogen nach Morgen

oder Reibhäden, zu verrichten. Daneben wird für besondere Arbeiten ein Tagelohn bezahlt, der sich seither auf 2,50—2,80 M. belief, während der Affordarbeiten in 11—12stündiger Arbeitszeit ein Tagesverdienst bis 4,50 M. erzielt werden konnte.

Die Winger befinden sich seit langem in großer Abhängigkeit von den Weingutsbesitzern. Sehr viele sind die Hypothekenschuldner der Unternehmer. Die meisten Winger sind als Besitzer kleiner Weinparzellen im Herbst darauf angewiesen, daß ihnen der Unternehmer das bisherige Entgelt vom eigenen Stück abnimmt und sofort in bar bezahlt. Dabei werden natürlich stets die niedrigsten Preise gezahlt, während der große Weingutsbesitzer die denart zusammengekauften Weine später mit seinen eigenen zu recht hohen Preisen an den Mann zu bringen weiß. Die in den letzten Jahren gegründeten Wingergenossenschaften, die den direkten Verkauf dieser kleinen (unbekannten) Weine der Tagelöhner und Winger betreiben sollen, werden von den großen Besitzern und Händlern in der schärfsten Weise bekämpft. Die Rheingau-Wingergenossenschaft, eine Zentrumsgründung ist vor einigen Jahren nach erheblichen Unterhaltungen ihres Direktors sämtlich zusammengebrochen.

Dem gewerkschaftlichen Organisationsgedanken standen die Winger im Rheingau bisher fremd gegenüber. Die katholischen Geistlichen mußten mit ihren bekannten Mitteln alles fernzubalten, was das „gute Einvernehmen“ zwischen Gutsbesitzer und Winger fördern könnte. In diesem Frühjahr nun erhoben die Winger in verschiedenen Orten Lohnforderungen. Der Sommertagelohn soll auf 3,50 M., der Wintertagelohn, soweit ein solcher in Betracht kommt, auf 3 M. erhöht werden. Die Arbeitszeit soll im Sommer von 7—11 und 1—6 Uhr mit zwei halbstündigen Frühstück- und Vesperpausen; im Winter von 8—11 Uhr und 1—5 Uhr mit zwei Pausen von je 20 Minuten festgesetzt werden. Die Affordlöhne sollen ebenfalls entsprechend um 25—50 Proz. erhöht werden. Die Weingutsbesitzer nahmen in einer Versammlung, die vor Ostern in Rudesheim stattfand, zu den eingereichten Forderungen Stellung und beschloßen, sie nicht zu beantworten, da, wie festgestellt, die Winger mangels einer Organisation doch nicht imstande seien, ihre Forderungen durchzusetzen. Die Kapläne hatten mittlerweile im Interesse der Gutsbesitzer dafür gesorgt, daß in einigen Weinbergen die „auffässigen“ Winger in die Pferde der christlichen Organisation hineingetrieben wurden. In einem Wingerstreik ist daher im Rheingau nicht zu denken. Entgegen den zahlreichen irreführenden Meldungen bürgerlicher Blätter ist festzustellen, daß die Arbeit nirgends eingestell wurde. Dagegen sollen in verschiedenen Weinbergen einige hundert Rebstöcke von den über ihre Ohnmacht erbitterten Winger zerstört worden sein. In Hochheim a. M. hatten die Winger mit der Arbeit in den Domänenweingärten nicht rechtzeitig begonnen, nachdem sie ebenfalls eine 25—50prozentige Lohnerhöhung gefordert hatten. Die Weinbauaktion ließ die nötigen Arbeiten jedoch von Wingern verrichten, die aus Rheingau überführt waren herangeholt wurden. So war auch hier die Bewegung ohne Erfolg.

Ehe die Winger nicht die Notwendigkeit streifer gewerkschaftlicher Organisation begriffen haben, werden sie eine Verbesserung ihrer Lebenslage nicht erreichen können.

Ausland.

Die italienische Arbeiterkonfederation im Jahre 1911.

Das Zentralorgan des italienischen Arbeiterbundes veröffentlichte den Bericht des Direktionsausschusses über das Jahr 1911. Danach stieg die Zahl der der Konfederation angeschlossenen Gewerkschaftsmitglieder im Berichtsjahre um 28 000. Der Mitgliederbestand war in den letzten vier Jahren: 1908: 282 006; 1909: 302 962; 1910: 356 420; 1911: 384 446. Nach der Schätzung des Genossen Rigola, der den Bericht des Ausschusses verfaßt hat, sind das vier Fünftel aller organisierten Arbeiter Italiens überhaupt. Die früheren Mißbilligkeiten zwischen den nationalen Föderationen (Zentralverbänden) und den lokalen Arbeitsskammern (zu vergleichen etwa mit unseren Gewerkschaftsartikeln) sind im Abnehmen begriffen. Jurtzeit gehören 52 Arbeitskammern und 20 Föderationen dem Bunde an.

Ueber Streiks und Ausperrungen wird gesagt, daß bei diesen Kämpfen die Unterstützung der Konfederation (also der Gesamtarbeiterchaft) nur noch in wenigen Fällen in Anspruch genommen worden sei, daß die Verbände finanziell und auch sonst immer mehr in die Lage kämen, ihre Kämpfe aus eigenen Kräften zu führen. So hätten die Bauarbeiter ihren großen Kampf in Bologna selbständig geführt, ebenso die Textilarbeiter, Metallarbeiter usw. Selbst der große Agrarstreik von Ferrarese, der die ganze Ernting in Mißleidenschaft zog, sei von den Beteiligten allein durchgeführt worden.

Am 22. Januar wurden auf Veranlassung der Konfederation im ganzen Königreich Versammlungen abgehalten, die zu den hohen Lebensmittelpreisen Stellung zu nehmen hatten. Ferner sprachen sich diese Versammlungen für das allgemeine Wahlrecht mit dem Proportionalwahlverfahren aus. Eine für den April geplante internationale Kundgebung in Rom, an der die italienischen und österreichischen politischen und ökonomischen Arbeiterorganisationen teilzunehmen beabsichtigten, mußte wegen der österreichischen Wahlen unterbleiben. Dagegen wurde am 26. März, am Jahrestag der Erhebung Roms zur Hauptstadt Italiens, eine Manifestation der sozialistischen Partei und der Gewerkschaften in Rom glänzend durchgeführt. Schließlich der Generalstreik von 24 Stunden als Protest gegen den Beutezug nach Tripolis am 27. September. Dieses Mal sei es nicht bloß die reaktionäre Presse gewesen, die sich bemühte, den Streik zu bekämpfen, sondern auch Blätter und Politiker der radikalen und selbst der sozialistischen Partei. Rigola will den 24stündigen Proteststreik nur mit großer Vorsicht angewandt wissen, aber das gute Recht, durch einen 24stündigen Generalstreik gegen die Eroberungstrüge der herrschenden Klasse Protest einzulegen, müsse dem Proletariat, das die Kosten des Krieges zu tragen habe, auf jeden Fall zustehen.

Letzte Nachrichten.

Die Home-Rule-Bill im Unterhause.

London, 11. April. (B. T. Z.) Im Namen der Nationalisten begrüßte Redmond die Bill als ein großes Werk, das geeignet sei, die Absichten der Regierung zu verwirklichen, wenn die Bill am 25. April der irischen Nationalisten-Konvention zur Annahme unterbreitet werde. Er werde der Konvention dringend empfehlen, die Bill gutzuheißen. Redmond begrüßte die Bill im Namen der Arbeiterpartei. (Siehe auch unter England.)

Bergarbeiterbewegung in Mähren.

Mähr.-Odrau, 11. April. (P. C.) Die heute zwischen den Grubenbesitzern und den Vertretern der Bergarbeiter stattgefundenen Beratungen sind ergebnislos verlaufen, sie sollen jedoch morgen fortgesetzt werden. Sollte dann keine Einigung zustandekommen, so ist der Streik im hiesigen Revier unvermeidlich.

Drei Arbeiter verurteilt.

Fosen, 11. April. (B. T. Z.) Aus Reserich wird gemeldet, daß in einem Mordschlag bei Levis drei Arbeiter verurteilt wurden. Einer wurde tot, die beiden anderen lebensgefährlich verletzt geborgen. Der Schachmeister konnte sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Opfer des Sturmes.

Pola, 11. April. (B. T. Z.) Der in der letzten Nacht hier wütende Sturm hat vier Menschenopfer gefordert. Eine Fischerbarke des Fischers Julina, an deren Bord sich außer dem Besitzer dessen beide Söhne Anton und Jörg sowie ein Matrose befanden, ist gesunken. Alle vier Personen sind ertrunken.

Gaul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsk.

Der Krieg.

Festsetzung der Italiener auf der Karawanenstraße nach Tunis.

Rom, 11. April. Die amtlich gemeldete Besetzung eines strategisch bedeutsamen Punktes bei Juara...

Das bei Sidi Said gelandete Korps besteht aus einer ganzen Division unter dem Befehl des Generalleutnants Giarioni...

Die Revolution in China.

Beschwerden der fremden Konsula gegen einen chinesischen Minister.

London, 11. April. Die „Times“ melden aus Peking vom 10. d. M.: Das diplomatische Korps hat gestern über eine Meldung der Konsula in Shanghai beraten...

Agrarier und Kapital.

In den beliebtesten Schlagworten unserer Junker und Junkerinnen gehört, daß die Landwirtschaft der reichsten und notwendigsten Erwerbszweig eines Volkes sei...

Der Bund der Landwirte verfügt über eine besondere genossenschaftliche Organisation, deren Spitze die Genossenschaftliche Zentralkasse des Bundes der Landwirte bildet.

Kleines feuilleton.

Die Kuktion Vegas. Am 15. d. Mts. wird im Berliner Kunstauktionshaus, Zimmerstraße 13, die Versteigerung des Vegas'schen Nachlasses beginnen.

Kann man zu einer Operation gezwungen werden? Eine interessante Entscheidung, die in ihrer prinzipiellen Bedeutung in das moderne Wirtschaftsleben eingreifen kann...

15 124 000 Mark. Diese Haftsummen sind nicht wirklich eingezahltes Kapital, sondern bezeichnen nur die Grenze, bis zu welcher die 292 beteiligten Mitglieder haften.

Besondere Unterföhlung dieses Systems, das vom privatkapitalistischen Standpunkt aus als unsolid ist, besteht in der Preukasse Zentralkasse Genossenschaftskasse...

Von einer kapitalistischen Betätigung in ähnlichem Genre berichtet das „Verl. Tagebl.“ Kürzlich ist ein Verband der Güterinteressenten Deutschlands gegründet worden.

Interessant sind auch die Nebenabsichten der Gründer. Sie hegen den Plan, eine Zeitschrift ins Leben zu rufen und suchen bereits jetzt Inseratenaufträge zu erwerben.

Die Bergarbeiterbewegung.

Die Zechenbesitzer geben kein Pardon!

Bekanntlich wollen die Zechenbesitzer denjenigen Streikenden den Abzug der sechs Strafschichten erlassen, die laut Reversunterschrift erklärt, nur aus Furcht und gezwungen gestreikt zu haben.

dem Fabrikherrn die Kosten des ganzen Rechtsstreites auf. In der Urteilsbegründung führt der höchste Schweizer Gerichtshof aus, daß kein Bürger gezwungen werden könne, sich gegen seinen Willen operieren zu lassen.

Die ältesten Brieffrankierungen. Ueber den Ursprung der Brieffrankierung in Frankreich (und wahrscheinlich der Brieffrankierung überhaupt) macht ein Mitarbeiter des „Figaro“ anlässlich des bevorstehenden Jubiläums der Briefmarkenkunde interessante Mitteilungen.

Eine unterirdische Postbahn. Die Beförderung der Post durch die vom Verkehr überlasteten Straßen Londons erfordert zurzeit etwa 1000 Postwagen und einen Kostenaufwand von einer Million Mark im Jahre.

Christliche Werbeagenten für die Zechenherren.

Mäßige Summen Geldes werden von einer Anzahl Bergwerke des Ruhrgebiets für das Anwerben von billigen und willigen Arbeitskräften jährlich verausgabt.

Dieses Geschäft des Penteterbens für die Bergwerkunternehmer betreiben jetzt Agitatoren des „Christlichen“ Gewerkevereins der Bergarbeiter.

Dauernde Beschäftigung gegen hohen Lohn finden Arbeiter im Alter von 16 bis 40 Jahren. — Arbeitsuchende erfahren näheres beim Bergmann Franz Bischof.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind in Fulda, wie überhaupt in Hessen, die denkbar schlechtesten und so glaubte der „Christenführer“ Bergmann Franz Bischof aus Vottrup einen guten „Fischzug“ machen zu können.

„Es sind bis jetzt viele „Rote“ dort in Vottrup gewesen; diese sind aber beinahe heraus. Die letzten „Roten“ sollen herausfliegen und dafür neue Arbeiter eingestellt werden, die sich aber christlich organisieren müssen.“

Der Bergmann Franz Bischof aus Vottrup ist eine Lokalgröße des christlichen Gewerkevereins. Auch wird er von diesem als Redner benützt, um die Vergleute für die Streikbrüchigen des Gewerkevereins zu begeistern.

Einige Arbeiter, die sich nun mit einer Anfrage an den Pfarrer wandten, erhielten von dem geistlichen Herrn folgende Antwort:

Mein lieber Herr...

Vorausgesetzt, daß Sie recht gesund und noch im besten Alter stehen, können Sie hier jeden Tag an Hehe Arenberg-Portierung Arbeit erhalten; der Lohn ist ja nicht sofort so hoch, aber 4 M., und steigt bei Geübten bis 6 M. kommen Sie erst ohne Familie, um sich passende Wohnung, vielleicht mit Land und Stallung, zu suchen.

Besten Gruß! Neuhaus, Pfarrer.

Bringen Sie recht viele brave Leute mit! Wunderbar! So weit ist es also gekommen mit der ultramontanen Streikbrüchigkeit. Durch die Streikbrüchigkeit konnten die „Roten“ nicht vernichtet werden, so liefert jetzt der christliche Gewerkeverein den Unternehmern „gute brave Leute“, die an die Arbeitsplätze der „Roten“ gestellt werden und die selbstverständlich in den christlichen Gewerkeverein eintreten müssen.

Notizen.

- Eine „Dräiden-Ausstellung“ der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft findet von Freitag, den 12., bis einschließlich Sonntag, den 14. April, im Abgeordnetenhaus (Prinz-Albrecht-Str. 5) statt. Sie ist von 10-7 Uhr geöffnet.
- Eine Ausstellung des Instituts für angewandte Psychologie findet im Aulagebäude der Universität (Kaiser-Franz-Josef-Platz, ehemalige Igl. Bibliothek) am 12. und 13. April von 2-6 und Sonntag, den 14. April, von 11-2 Uhr statt. Sie ist allgemein und unentgeltlich zugänglich.
- Kunstchronik. Der Salon von Paul Cassier eröffnet am Freitag eine neue Ausstellung, die Bilder Paul Cézannes, Porträts, Landschaften und Stillleben enthält.
- Musikchronik. Franz v. Mion, der frühere Dirigent des Berliner Tonkünstlerorchesters, wird im nächsten Winter wieder in Berlin konzertieren.
- Holbein im Lande der Barbaren. Eines der berühmtesten Gemälde Holbeins, das „Porträt der Margarete Whitt“, ist an einen großen „Auktionierer“ nach New York zum Preise von 1 Million Mark verkauft worden.
- Eisenlager in Pennsylvania. Im Herzen des Staates Pennsylvania (200 englische Meilen von Philadelphia und von Pittsburg) sind gewaltige Ablagerungen reiner Eisenerzes aufgefunden worden, deren Umfang auf weit über eine Milliarde Tonnen geschätzt wird.

Bergarbeiter-Verband hielt. Wie die ultramontanen Herren den Begehren Liebedienste leisten, ist einfach rührend.

Streikjustiz und kein Ende.

Dortmund, 9. April. Mit verstärktem Eifer arbeitet die Justiz des Klassenstaates an der „Beruhigung“ der Bergarbeiterschicht. Seit dem Dienstag „arbeiten“ in Dortmund am Landgericht zwei Sonderstrafkammern. Kopspielig und schwer ist der Apparat, der oft bei den einfachsten „Vergehen“ in Szene gesetzt wird. Steht man doch an die hundert Zeugen im Für und in den Gerichtssälen. Daß ein Duzend Zeugen befragt werden, ob das Wort „Streikbrecher“ gefallen ist oder ob jemand den Mund zu einem „Pfi“ bewegt hat, ist nichts Besonderes mehr. Oft muß eine Sache dann noch vertagt werden, weil der Gendarm K. J. nach Weidenburg oder wohin abgereist ist und der Staatsanwalt „nicht verzicht“ will. Man schießt mit Kanonen, um einem Sperling das Zwitschern zu verbieten.

Die verurteilten Streikverbrecher sind ja durch die Bank arme, ausgebeutete Grubenproletarier, bei denen das Industriekapital derart „legentlich“ gewickelt hat, daß der Staat kaum je zu seinen Gerichtskosten kommen wird. Die Begehrenkapitalisten werden die Kosten ja nicht tragen, also sollen sie der Allgemeinheit zur Last. Die Allgemeinheit — das ist aber zum größten Teil wieder das schaffende und ausgebeutete Proletariat!

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, wo die „beleidigten“ Streikbrecher den Straf Antrag zurücknehmen. Dann versucht der Staatsanwalt, „aus § 153 der Gewerbeordnung“ doch noch anzuhaken, wenn der „Arbeitswiltige“ fest bleibt. In einem Falle, wo der Streikbrecher überdies auch nicht anfrecht erhalten konnte, daß ein bestimmter Angeklagter gerufen habe und wo aus diesem Grunde auch „aus § 153“ nichts zu machen war, sondern Freisprechung erfolgen mußte, wurden dem Streikbrecher die Kosten aufgebürdet, weil er mit der Anzeige „grob fahrlässig“ gehandelt hätte, wie es in der Urteilsbegründung hieß. Der Staatsanwalt hatte gemeint: „Wie kamen Sie denn dazu, den Mann zu beschuldigen? Sie sehen sich selbst der Gefahr aus, wegen falscher Anschuldigung angeklagt zu werden.“ Wühler nahm der Staatsanwalt an, daß der Streikbrecher die Anzeige wesentlich falsch gemacht habe!

Hier noch einige Fälle aus den letzten Dortmunder Gerichtstagen:

„Du Lump willst weiter arbeiten? Du sollst eher verrecken!“ Urteil: 6 Wochen Gefängnis. Da sich der Angeklagte nicht in den Förmlichkeiten der Verhandlung zurechtfinden konnte und oft dazwischen sprach — wofür doch wieder die mangelhafte Volksschule, wo es keine Rechtskunde gibt, verantwortlich ist — erhielt er noch eine sofort zu vollstreckende Haftstrafe von einem Tag.

Vier Vergeulte sollten Streikbrecher beleidigt und einen mißhandelt haben. Strafanträge fehlten. Einer der vier Angeklagten gab zu, einen Schlag gegeben zu haben. Urteil: drei wurden freigesprochen, der eine erhielt — vier Monate Gefängnis.

Ein Bergmann erhielt wegen Beleidigung und Bedrohung vier Monate Gefängnis. Wer einen Streikbrecher geschossen hatte, wurde nicht aufgeklärt. Viel Wahrscheinlichkeit sprach dafür, daß der Schuß von einem Streikbrecher abgegeben war.

Ein Steiger wurde auf dem Wege zur Reche angehalten und erhielt einen Stoß. Der Steiger schob, worauf ein Bergmann sagte, er werde seine „Axt“ holen und den Steiger über den Haufen schleifen. Zwei Bergarbeiter kamen deswegen auf die Anklagebank. Urteil: 1 Monat und 2 Wochen Gefängnis. Einem wurden drei Wochen der erlittenen Haft angerechnet, so daß noch eine Woche zu verbüßen war. Trotzdem widersprach der Staatsanwalt der Haftentlassung wegen „Fluchtverdacht“! Das Gericht beschloß die Aufhebung der Haft.

Ein betrunkenen Bergmann warf mit Steinen nach einem Gendarm, der Streikbrecher transportierte. In einem Hof wurde ein Schuß auf Kopf getroffen. Der Angeklagte hat auch nach einem Rutscher geworfen, als ihm dieser nicht mit auf den Wagen nehmen wollte. Bei der Verhaftung hat sich der Betrunkenen einem andern Gendarm widersetzt. Die Trunkenheit wurde festgestellt, es soll aber keine sinnlose gewesen sein. Der Staatsanwalt beantragte — 6 Monate, das Gericht erkannte auf 3 Monate Gefängnis und 8 Wochen Haft.

Bei einer angeklagten Frau wurde erwiesen, daß die Frau eines Streikbrechers die Angeklagte selbst mit „Schwein“ bezeichnet hat. Deshalb kam die Angeklagte mit 80 M. Geldstrafe davon. Sechs Angeklagte hatten einen Streikbrecher mit einem Summschlag und einem kleinen Tschin geschlagen und mit Steinen geworfen, die aber nicht trafen. Der Älteste soll der „Anführer“ gewesen sein. Urteil: Der „Anführer“ erhielt sechs Monate Gefängnis, drei andere je zwei Monate und die beiden letzten je drei Wochen.

Wenigerwert ist noch, daß ein Bergmann deshalb angeklagt worden war, weil er in einer Art gepfeiffen haben soll, daß es wie Pfi geklungen habe! Ungeahnte Möglichkeiten liegen da ja verborgen. Das Gericht hatte aber kein Verständnis für diese neuartige Form eines Streikverbrechens, es sprach den pfifenden Bergmann frei.

Ein neuer Einigungsversuch im westfälischen Kohlenrevier.

Trotzdem der Stand des Streiks im Zwickauer und Lugow-Delsnitzer Revier unüberwindlich ist, haben die Streikenden sich abermals entschlossen, einen Vermittlungsversuch anzubahnen. Die sächsische Regierung hatte bereits vor Ausbruch des Streiks durch den Ministerialdirektor Dr. W. a. h. l. e. sich erboten, wenn die gesetzliche Einigungsinstanz, das Kgl. Bergamt, versagen sollte, ihrerseits als Vermittlungsorgan an der Beilegung des Streiks mitzuwirken. Da der Einigungsversuch des Bergamts in der Osterwoche an den Bergherren gescheitert ist, hat am Donnerstag eine gemeinsame Revierkonferenz beschlossen, die von der Regierung angebotene Hilfe zur Vermittlung in Anspruch zu nehmen und anzufordern, ob der Minister des Innern bereit ist, eine Deputation der Streikenden zu empfangen. Als Mitglieder dieser Deputation haben die Streikenden in dieser Konferenz gewählt: den Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes, Reichstagsabgeordneten S. a. h. l. e., den Bezirksleiter des Zwickauer und Lugow-Delsnitzer Reviers, Strunz und Krause, sowie je ein Mitglied der beiden Zentralstreikkomitees. Die Deputation hat die Aufgabe, die wirtschaftliche Lage der Streikenden und die Situation des Kampfes zur Kenntnis der Regierung zu bringen und anzufordern, ob seitens der Regierung Geneigtheit zu einem Vermittlungsversuch besteht.

Einigungsverhandlungen im amerikanischen Bergarbeiterstreik.

New York, 11. April. Eine Kommission, bestehend aus vier Delegierten der Bergarbeiter und vier Vertretern der Grubenbesitzer ist zusammengesetzt, um über die Beilegung des Streiks zu beraten. Die Grubenbesitzer haben sich teilweise bereit erklärt, den Achtstundentag sowie eine zehnprozentige Lohnerhöhung zu bewilligen, doch bestehen die Arbeitnehmer auf Anerkennung ihrer sämtlichen Forderungen. Man hofft jedoch, daß die Kommission eine Basis finden wird, auf der eine Einigung beider Parteien zu ermöglichen ist.

18. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands.

Leiden, 7. April 1912.

Erster Tag.

Der diesjährige Parteitag der S. D. A. P. findet in der Universitätsstadt Leiden statt.

Welm Einleitend in die Verhandlungen werden auf wiederholtes Anbringen des Vorsitzenden Bliegen und entgegen der Befürchtung des Genossen Fortuna der Abteilung Amsterdam VI die vorliegenden Anträge betr. das Verhältnis von Partei und Gewerkschaftsbewegung an eine vom Parteivorstand und dem der Gewerkschaftszentrale bereits ernannte gemeinschaftliche Kommission verteidigt, welche ihre Ernennung an erster Stelle den während des Streiks der Seeleute im letzten Sommer zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten verdankt.

Auch bei der nunmehr folgenden Besprechung des Jahresberichts bezgl. der Parteileitung und der Kammerfraktion gibt der Seemannsstreik das Hauptmoment ab neben der erfolgten Weiterentwicklung seitens des Parteiführers Genossen P. J. Troelstra, als Referent in öffentlichen Versammlungen aufzutreten, wo der Genosse Wynloop, Vorsitzender und Propagandist der S. D. P. (der neuen Partei) als Diskussionsredner gegen ihn zugelassen wurde. Die betreffende Kritik, welche sowohl die Vormittags- wie die Nachmittagsführung anstellt, erfolgt in sehr gemäßigter Weise fast ausschließlich von Seiten der marxistischen, die Verteidigung der Haltung der Partei dahingegen von der revisionistischen Richtung und, insbesondere was den Seemannsstreik betrifft, in der allerhöchsten Weise von den Gewerkschaftsbeamten.

Betreffend den Seemannsstreik weist Genosse Jodelhoff-Vordrecht darauf hin, daß der Parteivorstand den Antrag des Vorstandsmitglied, Genossen Wibaut, die Streikenden zu Amsterdam gleich denen zu Rotterdam zu unterstützen, verworfen habe, obwohl er in seinem Beschluß ausdrücklich erklärt hatte, daß er dem ersteren ebenfalls sympathisch gegenüberstehe und hoffe, daß auch er gewonnen werde. (Der Amsterdamer Streik stand unter der Leitung der syndikalistisch gefärbten, der zu Rotterdam unter der der sogenannten „modernen“, das heißt generalistischen, beim R. V. angeschlossenen Organisation. Der Berichtshatter.) Redner hofft, daß die Partei in ähnlichen Fällen in Zukunft ihre Unterstützung nicht verweigere. Der Parteivorstand habe sich zudem mit dem R. V. identifiziert. Die Motive des letzteren könnten nicht immer für die Partei maßgebend sein. Die Sozialdemokratie umfasse mehr als den ausschließlichen politischen parlamentarischen Kampf. Ihre Aufgabe sei es an erster Stelle, Einheit in die Arbeiterbewegung zu bringen. Bei solch einem großen Klassenkampf, wie der Seemannsstreik, solle die organisatorische Scheidung der Arbeiter nicht ins Gewicht. Die ganze herrschende Klasse zeige völlige Einheit und scharte sich an die Seite der Hofkapitalisten. Diesen gegenüber standen die tapferen Seeleute, und die Partei habe, aus dem Bewußtsein der Klassenunterschiede heraus, unterstützen müssen. Auf Grund des sozialdemokratischen Prinzips sowohl, als auch aus taktischen Rücksichten hätte die Partei sekundäre Unterstützung verweigern müssen, obwohl die Amsterdamer Streikenden unter der von jedem Sozialdemokraten als beehrter erachteten syndikalistischen Leitung standen.

In der Nachmittagsführung werden neben wenig bedeutender Kritik auf die Kammerfraktion und deren Verantwortung seitens derselben auch einige Bemerkungen gemacht betreffs der Diskussionsweiterentwicklung seitens des Genossen Troelstra mit dem Genossen Wynloop von der S. D. P., die eigentlich nur von dem Genossen Fortuna-Amsterdam als unangehörig beurteilt wird, wobei dieser Redner vom Parteivorstand eine Aussprache dahin gewünscht hätte, daß jeder Genosse, der die Debatte vertweigere, von den Parteibehörden als Redner nicht angesehen werden dürfe. Statt dessen habe der Parteivorstand die Diskussionsfreiheit den Referenten als etwas, was diese persönlich angehe, anheimgegeben. Genosse Troelstra habe sich hiermit über die Partei gestellt.

Der übrige Teil der Nachmittagsführung ist dem Seemannsstreik gewidmet. Die lange und ziemlich erregte Debatte brachte die verschiedenartigsten Meinungen über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft zum Ausdruck.

Da, wie Genosse Wibaut zu Anfang seiner Rede konstatiert hatte, die Angelegenheit des Seemannsstreiks sich, anstatt zu einer Beratung über die Tätigkeit des Parteivorstandes, zu einem Anfall der Parteimehrheit auf deren Minderheit ausgewachsen hatte, den er in seiner Rede beantwortete, ergriff, zur Verteidigung der Mehrheit des Parteivorstandes noch Genosse Spiedemann-Rotterdam, Mitglied desselben, das Wort, und konstatierte, daß die übergroße Mehrheit der Partei die Stellungnahme des Vorstandes billige. Selbst wenn von der ernannten Kommission zur Beratung des Verhältnisses zwischen S. D. A. P. und R. V. B. eine bestimmte Haltung angenommen wird, so denke der Parteivorstand nicht daran, infolge eventuellen Beschlusses des R. V. B. oder eines Motivs desselben, in ökonomischen Konflikten, welche einen politischen Charakter annehmen, nach dessen Willen Beschlüsse zu fassen. Der Parteivorstand könne sich aber nicht vorstellen, daß er je eine andere Stellung einnehmen müsse, als das R. V. B., mit dem er selbstredend stets in Kontakt trete. Die Kommission sei eben ernannt, um Konflikte zwischen beiden Körpern vorzubeugen. — Da in der gemeinschaftlichen Beratung zwischen R. V. B. und Parteivorstand die Minderheit des letzteren der Ansicht gewesen sei, daß der Seemannsstreik einen politischen Charakter angenommen habe, und daß deshalb Unterstützung Pflicht sei, der R. V. B.-Vorstand aber sich dahin geäußert habe, daß er eine eventuelle von Seiten der Partei organisierte Unterstützungsbewegung als eine praktisch feindliche Stellungnahme gegenüber dem R. V. B. ansehen müsse, beschloß der Parteivorstand, diese zu unterstützen und die bekannte Erklärung abzugeben. Dieser Beschluß sei aber erst nach dem Weggange des R. V. B.-Vorstandes gefaßt worden, also selbständig.

Nach dieser Erklärung zieht Amsterdam VI ein zu Anfang der Beratungen beantragtes Nichtvertrauensvotum gegen den Parteivorstand zurück. Der Vorsitzende Genosse Bliegen erklärt, daß da ein sonstiger Antrag nicht vorliege, die Haltung des Vorstandes vom Parteitage genehmigt werde; dasselbe sei mit der Tätigkeit der Kammerfraktion der Fall. Dann verläßt sich der Parteitag bis Montagmorgen.

19. Parteitag der Sozialdemokratie Ungarns.

An historischer Stelle, im alten Reichstagsgebäude in Buda-Pest, tagte während der Osterferien der diesjährige Parteitag der Sozialdemokratie Ungarns. Der Umstand, daß Ungarn sich zurzeit in großen politischen Wirren befindet und niemand weiß, was die nächsten Monate in der Politik der herrschenden Klassen für Veränderungen herbeiführen werden, die Tatsache, daß die heutigen Führer der feudalen und bürgerlichen Parteien und all die anderen „großen“ Staatsmänner Ungarns mit ihrer politischen Weisheit bereits zu Ende sind und noch viele andere interessante Nebenstände, so die Einstellung Rußens als des ärmsten Königreiches und die Drohung, daß der König abdante, wenn die königstreue Majorität an seinen Thronen zu deuten mag, alles dies hat im politischen Ungarn das unterste zu oberst gelehrt und alle diese feudalen, herrlichen und bürgerlichen Kreise, die stets bestrebt sind, das Wahlrecht zu hinstreben, sehen endlich mit Schaudern und Entsetzen, daß aus diesem Chaos kein anderer Ausweg, keine andere Rettung ist, als die Verwirklichung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts. Noch sind die Herren ängstlich bemüht, das Wahlrecht so lange zu hinstreben, solange es nur möglich ist, aber sie wissen, daß ihr lächerliches Spiel zu Ende geht und wenn alle Reichen nicht trügen, sie bald Heim bescheiden müssen.

In dieser gärenden Zeit, in diesem wirren Durcheinander von politischen Charakteristika und hinterlistiger Angstmeierei der

feudal-bürgerlichen Klasse für den Volkstreiben, gewannen die Tagungen des Parteitages doppelte Bedeutung. Wie ein großer mächtiger Afford des Ausbruchs des Volkswillens, wie ein Ausschall an jene gewaltige Demonstration am 4. März, da Hunderttausende für das Wahlrecht demonstrierten, kam nun am Parteitag der kraftvolle Willen des Volkes um die Erringung des Wahlrechts mit unerminderter Kraft weiterzukämpfen, zum Ausdruck.

Zum erstenmal seit dem Bestande der ungarländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei nahm auch ein Vertreter der mächtigen deutschen Bruderpartei, Genosse Otto Braun, an den Tagungen teil. Ueber die Verhandlungen des Parteitages geht folgender Bericht zu:

Genosse Karl Tesák als Präsident begrüßte die Vertreter der Bruderparteien, in erster Linie Genossen Otto Braun (Stürmische Hochrufe), den Vertreter der deutschen Sozialdemokratie, den österreichischen Reichstagsabgeordneten Genossen Leopold Winarsky und Genossen Puffsch, den Vertreter der kroatischen Sozialdemokratie.

Als Erster sprach nun der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie, Genosse Otto Braun, aus dessen oft von starkem Beifall unterbrochener Rede wir folgendes entnehmen. Ich freue mich, daß mir der ehrenvolle Auftrag geworden, Ihnen, den Vertretern der ungarländischen Bruderpartei, die herzlichsten begrüßen des in der sozialdemokratischen Partei vereinten Klassenbewußten Proletariats Deutschlands zu übermitteln. (Hochrufe.) Trennen uns auch Grenzen, Sprache und Sitten, so fühlen wir uns doch eins in dem Streben nach Verwirklichung der höheren Menschheitsideale, des Sozialismus. Wir kennen keine nationalen Eifersüchteleien, keinen Nationalitätenhaß. Der von der kapitalistischen Regierungselite aus eigennützigem Profitinteresse und imperialistischer Ländergier geführte Chauvinismus prallt wirkungslos ab von dem Klassenbewußten Proletariat, das von dem Geiste wahrer Internationalität und weltumspannender Volkserhebung erfüllt ist.

Überall, wo der Kapitalismus sich entwickelt, da redt und frecht auch der Riese Sozialismus seine kraftstrotzenden Glieder. Ich komme aus einem Lande, wo es der Kapitalismus zur höchsten Entfaltung gebracht hat. Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in den letzten vier Jahrzehnten steht beispiellos da in der Kulturwelt. Nicht zuletzt durch die Intelligenz und die Tatkraft seiner Arbeiterschaft. Wo ja der Kapitalismus in höchster Blüte steht, da ist auch der Sozialismus auf dem Marsche. Noch Millionen zählen seine Anhänger, die durchdrungen von unerlöschlicher Siegesgier mit Ueberzeugungstreue und Opfermut den Kampf zur Befreiung der Menschheit vom kapitalistischen Antlitz führen. Nicht Ausnahmefälle, nicht Willkür für noch Klassenjustiz haben den Siegeszug des Sozialismus in Deutschland aufhalten können. Als vor fünf Jahren in einer verlogenen Wahlstunde es gelungen war, uns die Hälfte der Reichstagsmandate zu entreißen, da jubelte die bürgerliche Welt. Der 12. Januar, der Tag der Reichstagswahlen, hat die Siegeshaftigkeit der sozialistischen Idee wieder auf das glänzendste bewiesen. Gewiß, wir sind noch nicht am Ziel. Aber wir haben doch wieder eine Stufe auf dem unaufhaltsamen Siegeszuge erreicht. Wir sehen mit Freuden die Früchte unserer unermühten Organisations- und Agitationsstätigkeit ernten. Gerade der diesjährige Wahlkampf hat es gelehrt, was eine schlagfertige Organisation, eine gut ausgebaute und weitverbreitete Presse und eine gefüllte Kasse für den proletarischen Befreiungskampf bedeutet. Nachdem ich unsere herrlichen Wahlsiege gedenke, der Sie alle mit ebenso stolzer Freude erfüllt wie uns — denn unsere Siege sind auch Ihre Siege und Ihre Erfolge sind auch unsere Erfolge (Beifall) —, glaube ich doch auch etwas den Schleier lüften zu müssen, hinter dem sich das Geheimnis unseres Erfolges verbirgt.

Uns deutschen Sozialdemokraten begegnet im Auslande oft die verwunderte Frage, wie es komme, daß wir bei unserer gewaltigen Organisation, bei der großen Zahl der Vertreter in den parlamentarischen Körperschaften, doch so verhältnismäßig geringen politischen Einfluß auf die Geschicke unseres Landes ausüben, kurz, so wenig politische Macht haben. Nun, so ganz gering ist unser Einfluß nicht. Es ist aber nicht nur auf die halb-absolute Junkerregierung in Preußen-Deutschland zurückzuführen, sondern findet vielmehr auch darin seine Begründung, daß die Entmündigung der deutschen Arbeiterbewegung so weit vorgeschritten ist, daß nicht mehr um mehr oder weniger Einfluß, oder um mehr oder weniger politische Macht gekämpft wird, sondern in Deutschland wird zwischen dem Klassenbewußten Proletariat und den beamteten und unbeamteten Vertretern des Kapitalismus bereits um die politische Macht gerungen. Da sind hüten wie dräben keine Konzessionen mehr und mehr ausgeschlossen. Der kleinste wirtschaftliche Kampf wird zum politischen Machtkampf. Es toben daher in zahlreichen Kulturstaaten heftige Wahlrechtskämpfe. Ebenso wie Sie hier in Ungarn für ein gerechtes, für ein ehrliches Wahlrecht kämpfen, führen die Arbeiter Preußens, die Vormacht Deutschlands, seit Jahren einen zähen Kampf gegen das niederträchtige aller Wahlrechts, das elende Dreiklassenwahlrecht, das die Besitzlosen entrechtet und der Häufung der Volksmeinung, dem Volksvertrauen, Tür und Tor öffnet. Der Wahlrechtskampf verkörpert den Kampf um die politische Macht zwischen den Vertretern der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung und den proletarischen Vorkämpfern für eine gerechtere Wirtschaftsordnung, für eine höhere Kulturstufe. Die Bourgeoisie weiß, daß es bei diesem Kampf um ihre Ausbeuteregierung geht. Sie sieht daher der stürmischen Forderung des arbeitenden Volkes nach mehr Recht den zähesten Widerstand entgegen und wird darin unterstützt von ihren junkerlichen und agrarischen Mitinteressenten, die sich in ihren Privilegien bedroht und in der schamlosen Ausbeutung des Volkes gesichert sehen. Doch das Proletariat muß, will es seine geschichtliche Mission erfüllen, diesen Widerstand brechen. Es wird ihm allen Schlägen und Drangsalierungen zum Trotz brechen und sich die Rechte erzwingen, die man ihm brutal vorenthalten hat. Das Klassenbewußte Proletariat ist fähig der Helotenrolle, die ihm seine kapitalistischen Ausbeuter zuweisen. Es erfüllt seine Pflicht der Gesellschaft gegenüber und fordert daher von dieser gebieterisch sein Recht mitzubestimmen über sein Geschick. Die maßvolle Empörung der britischen Transport- und Verkehrsarbeiter gegen die kapitalistische Ausbeutung, die im vorigen Jahre das Wirtschaftsleben in England lahmlegte, das gigantische Ringen des zum Klassenbewußten erwachten englischen Grubenproletariats, das in den letzten Wochen die Welt in Atem hielt, der durch christlichen Verrat und die preußische Soldateska zum schnellen Abbruch gebrachte gewaltige Lohnkampf der Ruhr-bergleute in Deutschland hat wieder einmal aller Welt gezeigt, daß das ganze komplizierte kapitalistische Wirtschaftsgebäude auf der willigen Mitarbeit des Proletariats beruht. Dieses darf nur einmal nicht mehr wanken und der ganze goldglänzende Grundbau der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, in dessen oberen höheren Hallen die Ruhmstempel des kapitalistischen Profits sich in üppigem Lebensgenuss und in schweigerischen Daseinsfreuden ergehen, während das rastlos schaffende Proletariat im Dunkel des Aeltergeschickes sein Licht- und freudloses Dasein dahinschiebt, fällt in sich zusammen. Die Regierungsweltlichkeit der Herrschenden, die Kanonen, harte Volksrechte gewährt, wird und kann die Völker nicht dauernd niederhalten, sondern wird sie nur zu kraftvollerem Widerstand gegen das wahnwitzige, verdrängende Weltverderben auffordern. Europa harret in Waffen, ein Zustand, der auf die Dauer unerträglich wird, an dem die Völker sich im Frieden verhalten, der zur Vernachlässigung aller dringenden Kulturaufgaben führen muß. Es ist dies aber auch ein Zustand, der die brutalen Raubtiergeleise des vom Taumel des Imperialismus ergriffenen Kapitalismus auffrischt und dadurch fortgesetzt die Gefahr eines mörderischen Weltkrieges heraufbeschwört. Das sozialistische Proletariat aller Kulturländer will aber keinen Krieg, es will den Frieden und wird daher wie bisher seinen ganzen Einfluß, seine ganze Macht für die Erhaltung des Friedens einsetzen. Deshalb bekämpfen die Sozialisten aller Länder auch grundsätzlich den Militarismus zu Lande, zu Wasser und in der Luft, wo er nunmehr auch bereits seine verberberliche Tätigkeit entfaltet. Das Volk braucht nicht mehr Soldaten, Wachposten und Kriegsschiffe, sondern es fordert mehr Rechte,

Stadtverordneten-Versammlung.

18. Sitzung vom Donnerstag, den 11. April, nachmittags 5 Uhr.

Nach Einführung des neugewählten Stadtv. Koschew

findet zunächst in gemeinschaftlicher Sitzung mit dem Magistrat unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner die Wahl von 3 Mitgliedern und 3 Stellvertretern der Abteilungen I und II des

Berliner Bezirksausschusses

statt. Durch Zuzug werden die bisherigen Inhaber dieser Posten wiedergewählt.

Darauf tritt die Versammlung unter Vorsitz des Vorsitzers Nischel in ihre Tagesordnung ein.

Künstlerische Anmalung der Aula des Königsstädtischen Gymnasiums.

Effektstrasse 57/58, sollen 53 000 M. verausgabt werden. Ein von der Kunstdeputation ausgeschriebener Wettbewerb hat zur Prämierung von 5 Künstlern geführt; den ersten Preis erhielt der Maler und Malier Professor Carl Köpping für seinen Entwurf mit dem Motto „Der Garten der Jugend“.

Stadtv. Köppling (K. P.): Es mußte uns in der Schuldeputation etwas eigenartig an dem für die Aula einer Schule, die ziemlich verengt liegt, einen solchen Aufwand treiben will, während sonst der Grünplatz des Magistratsbezirkens unsern Wünschen die Schulgebäude auch nur halbwegs würdig auszufüllen, unbeschädigt einen Strich durch die Rechnung macht.

Stadtv. Köppling (K. P.): Es mußte uns in der Schuldeputation etwas eigenartig an dem für die Aula einer Schule, die ziemlich verengt liegt, einen solchen Aufwand treiben will, während sonst der Grünplatz des Magistratsbezirkens unsern Wünschen die Schulgebäude auch nur halbwegs würdig auszufüllen, unbeschädigt einen Strich durch die Rechnung macht.

Stadtv. Köppling (K. P.): Es mußte uns in der Schuldeputation etwas eigenartig an dem für die Aula einer Schule, die ziemlich verengt liegt, einen solchen Aufwand treiben will, während sonst der Grünplatz des Magistratsbezirkens unsern Wünschen die Schulgebäude auch nur halbwegs würdig auszufüllen, unbeschädigt einen Strich durch die Rechnung macht.

Stadtv. Köppling (K. P.): Es mußte uns in der Schuldeputation etwas eigenartig an dem für die Aula einer Schule, die ziemlich verengt liegt, einen solchen Aufwand treiben will, während sonst der Grünplatz des Magistratsbezirkens unsern Wünschen die Schulgebäude auch nur halbwegs würdig auszufüllen, unbeschädigt einen Strich durch die Rechnung macht.

Stadtv. Köppling (K. P.): Es mußte uns in der Schuldeputation etwas eigenartig an dem für die Aula einer Schule, die ziemlich verengt liegt, einen solchen Aufwand treiben will, während sonst der Grünplatz des Magistratsbezirkens unsern Wünschen die Schulgebäude auch nur halbwegs würdig auszufüllen, unbeschädigt einen Strich durch die Rechnung macht.

Stadtv. Köppling (K. P.): Es mußte uns in der Schuldeputation etwas eigenartig an dem für die Aula einer Schule, die ziemlich verengt liegt, einen solchen Aufwand treiben will, während sonst der Grünplatz des Magistratsbezirkens unsern Wünschen die Schulgebäude auch nur halbwegs würdig auszufüllen, unbeschädigt einen Strich durch die Rechnung macht.

Stadtv. Köppling (K. P.): Es mußte uns in der Schuldeputation etwas eigenartig an dem für die Aula einer Schule, die ziemlich verengt liegt, einen solchen Aufwand treiben will, während sonst der Grünplatz des Magistratsbezirkens unsern Wünschen die Schulgebäude auch nur halbwegs würdig auszufüllen, unbeschädigt einen Strich durch die Rechnung macht.

Stadtv. Köppling (K. P.): Es mußte uns in der Schuldeputation etwas eigenartig an dem für die Aula einer Schule, die ziemlich verengt liegt, einen solchen Aufwand treiben will, während sonst der Grünplatz des Magistratsbezirkens unsern Wünschen die Schulgebäude auch nur halbwegs würdig auszufüllen, unbeschädigt einen Strich durch die Rechnung macht.

Stadtv. Köppling (K. P.): Es mußte uns in der Schuldeputation etwas eigenartig an dem für die Aula einer Schule, die ziemlich verengt liegt, einen solchen Aufwand treiben will, während sonst der Grünplatz des Magistratsbezirkens unsern Wünschen die Schulgebäude auch nur halbwegs würdig auszufüllen, unbeschädigt einen Strich durch die Rechnung macht.

Stadtv. Köppling (K. P.): Es mußte uns in der Schuldeputation etwas eigenartig an dem für die Aula einer Schule, die ziemlich verengt liegt, einen solchen Aufwand treiben will, während sonst der Grünplatz des Magistratsbezirkens unsern Wünschen die Schulgebäude auch nur halbwegs würdig auszufüllen, unbeschädigt einen Strich durch die Rechnung macht.

Stadtv. Köppling (K. P.): Es mußte uns in der Schuldeputation etwas eigenartig an dem für die Aula einer Schule, die ziemlich verengt liegt, einen solchen Aufwand treiben will, während sonst der Grünplatz des Magistratsbezirkens unsern Wünschen die Schulgebäude auch nur halbwegs würdig auszufüllen, unbeschädigt einen Strich durch die Rechnung macht.

Stadtv. Köppling (K. P.): Es mußte uns in der Schuldeputation etwas eigenartig an dem für die Aula einer Schule, die ziemlich verengt liegt, einen solchen Aufwand treiben will, während sonst der Grünplatz des Magistratsbezirkens unsern Wünschen die Schulgebäude auch nur halbwegs würdig auszufüllen, unbeschädigt einen Strich durch die Rechnung macht.

Stadtv. Köppling (K. P.): Es mußte uns in der Schuldeputation etwas eigenartig an dem für die Aula einer Schule, die ziemlich verengt liegt, einen solchen Aufwand treiben will, während sonst der Grünplatz des Magistratsbezirkens unsern Wünschen die Schulgebäude auch nur halbwegs würdig auszufüllen, unbeschädigt einen Strich durch die Rechnung macht.

Stadtv. Köppling (K. P.): Es mußte uns in der Schuldeputation etwas eigenartig an dem für die Aula einer Schule, die ziemlich verengt liegt, einen solchen Aufwand treiben will, während sonst der Grünplatz des Magistratsbezirkens unsern Wünschen die Schulgebäude auch nur halbwegs würdig auszufüllen, unbeschädigt einen Strich durch die Rechnung macht.

Stadtv. Köppling (K. P.): Es mußte uns in der Schuldeputation etwas eigenartig an dem für die Aula einer Schule, die ziemlich verengt liegt, einen solchen Aufwand treiben will, während sonst der Grünplatz des Magistratsbezirkens unsern Wünschen die Schulgebäude auch nur halbwegs würdig auszufüllen, unbeschädigt einen Strich durch die Rechnung macht.

Stadtv. Köppling (K. P.): Es mußte uns in der Schuldeputation etwas eigenartig an dem für die Aula einer Schule, die ziemlich verengt liegt, einen solchen Aufwand treiben will, während sonst der Grünplatz des Magistratsbezirkens unsern Wünschen die Schulgebäude auch nur halbwegs würdig auszufüllen, unbeschädigt einen Strich durch die Rechnung macht.

Stadtv. Köppling (K. P.): Es mußte uns in der Schuldeputation etwas eigenartig an dem für die Aula einer Schule, die ziemlich verengt liegt, einen solchen Aufwand treiben will, während sonst der Grünplatz des Magistratsbezirkens unsern Wünschen die Schulgebäude auch nur halbwegs würdig auszufüllen, unbeschädigt einen Strich durch die Rechnung macht.

Stadtv. Köppling (K. P.): Es mußte uns in der Schuldeputation etwas eigenartig an dem für die Aula einer Schule, die ziemlich verengt liegt, einen solchen Aufwand treiben will, während sonst der Grünplatz des Magistratsbezirkens unsern Wünschen die Schulgebäude auch nur halbwegs würdig auszufüllen, unbeschädigt einen Strich durch die Rechnung macht.

Stadtv. Köppling (K. P.): Es mußte uns in der Schuldeputation etwas eigenartig an dem für die Aula einer Schule, die ziemlich verengt liegt, einen solchen Aufwand treiben will, während sonst der Grünplatz des Magistratsbezirkens unsern Wünschen die Schulgebäude auch nur halbwegs würdig auszufüllen, unbeschädigt einen Strich durch die Rechnung macht.

Stadtv. Köppling (K. P.): Es mußte uns in der Schuldeputation etwas eigenartig an dem für die Aula einer Schule, die ziemlich verengt liegt, einen solchen Aufwand treiben will, während sonst der Grünplatz des Magistratsbezirkens unsern Wünschen die Schulgebäude auch nur halbwegs würdig auszufüllen, unbeschädigt einen Strich durch die Rechnung macht.

Stadtv. Köppling (K. P.): Es mußte uns in der Schuldeputation etwas eigenartig an dem für die Aula einer Schule, die ziemlich verengt liegt, einen solchen Aufwand treiben will, während sonst der Grünplatz des Magistratsbezirkens unsern Wünschen die Schulgebäude auch nur halbwegs würdig auszufüllen, unbeschädigt einen Strich durch die Rechnung macht.

daß der Richter mißspricht. Niemand kann, auch in Preußen, ohne den Richter auch nur zu 1 M. Geldstrafe verurteilt werden. Hier aber trägt man kein Bedenken, das kostbare Gut der persönlichen Freiheit den Verwaltungsbehörden anzubereitern — vielleicht kann es sich sogar um

Lebenslängliche Freiheitsberaubung

handeln! Wird die Bestimmung Gesetz, kann sich nicht mehr weit von russischen Zuständen entfernen: von der administrativen Einperrung! Mit Recht hat Oberbürgermeister Kirchner im Herrenhaus auf das Bedenkliche der Verquickung von Verwaltung und Justiz hingewiesen. Auch Kinder sollen einer Arbeitsanstalt überwiesen werden können, wenn sie ihrer Unterhaltungspflicht gegenüber den Eltern nicht nachkommen; also eventuell auch 15-, 16- und 17-jährige Kinder! Andererseits können Kranke, Arbeitsunfähigkeit und Streik die Voraussetzungen für das Gesetz liefern; der Wortlaut wenigstens steht dem nicht entgegen, und wir müssen befürchten, daß die Vorlage den Verwaltungsbehörden neue Mittel liefert, die Arbeiterbewegung zu schikanieren, ja, die

Arbeitskraft unter ein Ausnahmegeretz

zu stellen. Ist ein solches Gesetz überhaupt notwendig? Die Regierung rechnet auf die abschreckende Wirkung des Arbeitsgesetzes. Die Wirkung des betreffenden preussischen Gesetzes in den Jahren 1855—1871 rechtfertigt diese Hoffnung nicht im geringsten. Wir hoffen, daß unsere Bedenken in der Hauptsache auch von der Versammlung geteilt werden. Das Gesetz geht direkt unter der Devise: „Zurück ins Mittelalter!“ Im Namen der Bürgerschaft, im Namen des Rechts und der Freiheit protestieren wir gegen dieses Gesetz! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Golland (A. L.): In der überwiegenden Mehrheit haben meine Freunde große Bedenken gegen die materielle Bestimmung des Gesetzes geäußert. Andererseits gehört die Rechtsfrage, um die es sich hier handelt, nicht zur Kompetenz dieser Versammlung; wie schon mit einem Beschlusse in die Kompetenz der gesetzgebenden Körperschaften eingreifen. Die Frage, ob es sich um eine Weidmännerei handelt, ist sehr strittig. 5 oder 6 deutsche Staaten haben schon die Gesetze und eine Verletzung der Reichskompetenz ist darin aber nicht erblidt worden. Der berufene Kommentator Olschowsky sieht die Materie als eine landesrechtliche an. Eine Beschränkung der persönlichen Freiheit kann durch Gesetz, also auch durch Landesgesetz, vorgeesehen werden. Hauptächlich aber veranlaßt uns die Zweckmäßigkeitfrage zu einer ablehnenden Stellung zu dem Antrage. Der Oberbürgermeister hat sich im Herrenhaus lediglich über die Kompetenzfrage geäußert. § 261 des Strafgesetzbuches hat in der Frage der Unterbringung in eine Arbeitsanstalt durchaus verjagt. Gegen die materielle Absicht des Gesetzes uns zu wenden haben wir gar kein Interesse angeführt der erscheidenden Zahl der festgestellten Arbeitslosen und säumigen Rückpflichtigen.

Oberbürgermeister Kirchner: Die Zahl der Arbeitslosen und derer, die den Verpflichtungen gegen ihre Familie nicht nachkommen, ist fortgesetzt im Steigen, und alle Anstalten, die dazu imstande sind, haben die erste Pflicht, mitzuwirken, daß diese traurige Erscheinung verschwindet. (Beifall.) Unsere Bevölkerung hat sich in dieser Beziehung besonders im Obdach große Mühe gegeben, jedoch ohne Erfolg. Die Versuche müssen aber fortgesetzt werden; man wird möglichst spezialisieren müssen; man wird sich namentlich der Jugend annehmen, aber gegen die wirklich Arbeitslosen auch mit aller Strenge und auch mit Strafen vorgehen haben. (Beifall.) Ich halte das für unbedingt notwendig, auch gegenüber denen, die immer predigen, daß es doch Folgen des gegenwärtigen Gesellschaftszustandes seien, daß eine andere Gesellschaftsordnung diese Zustände von selbst beseitigen würde. Gewiß mögen die sozialen Verhältnisse viel dazu beitragen, aber deswegen soll man doch den Versuch nicht unterlassen, denjenigen, die denen es möglich ist, den Segen der Arbeit, wenn auch zwangsweise, begreiflich zu machen.

Dieses Gesetz aber kann ich nicht billigen.

Auf das Detail eingegangen ist hier nicht der Ort; ich halte an der Ueberzeugung fest, daß die preussische Regierung 1871 die Aufhebung des preussischen Gesetzes wohlüberlegt veranlaßte, und daß es ein Rückschritt ist, wenn sie 1912 unter künstlicher Begründung den alten Zustand wiederherstellen will. Es ist auch außerordentlich bedenklich, wenn im Wege des Verwaltungsverfahrens über die Freiheit der Person abgeurteilt werden soll. Aus diesen Erwägungen bin ich gegen das Gesetz. Etwas anderes ist es mit einer Stellungnahme der Berliner Behörden gegen den Entwurf. Ob besonders lokale Verhältnisse vorliegen, welche die Petition rechtfertigen würden, ist sehr zweifelhaft. Ein Bedenken, die Meinung der Berliner Verwaltung noch schärfen, besteht nicht, denn über diese Stellung ist kein Zweifel; der Magistrat hat schon im vorigen Jahre auf Aufforderung der Regierung ein Gutachten abgegeben, die Regierung ist also durchaus informiert. Vom Petitionsrecht soll man einen nicht zu häufigen Gebrauch machen, sondern es für solche Fälle aufbewahren, wo ganz besonders vitale Interessen auf dem Spiele stehen.

Stadtv. Golland (A. L.): Ich stelle den Antragstellern nach der ausführlichen Erklärung des Oberbürgermeisters anheim, den Antrag zurückzuziehen, eventuell behält er sich vor, Ausschuhberatung zu beantragen. Die Vorlage würde Mißbräuchen Tür und Tor öffnen; den Stadt- und Kreis-Ausschüssen eine solche Strafverurteilung zu geben, sei überaus bedenklich. Auch würden die wirklich Schuldigen mit einem solchen Gesetz nicht getroffen.

Stadtv. Dove: Entgegen der Ansicht des Kollegen Golland möchte ich betonen, daß die „Schuld“ nicht nur bei den Straßensüßern liegt, die durch die Vorlage getroffen werden sollen, sondern, daß an den beklagten Zuständen alle Klassen der Gesellschaft schuld sind. Will man Abhilfe schaffen, so darf doch der Rechtsboden keineswegs verlassen werden; die „juristischen Zwangsmaßnahmen“, von denen hier so wehrwundt gesprochen wurde, hollen unser ganzes Recht zusammen. Daß die Richter so vorsichtig im Gebrauch von ihren Befugnissen machen, liegt daran, daß sie sich bewußt sind, welche Gewalt sie eventuell in die Hände der Verwaltungsorgane legen; ich könnte aus meiner richterlichen Praxis kräftige Fälle anführen. Helfen wird uns eine Petition freilich doch nicht; da sollten wir unser Pulver nicht unnütz verschleudern. Die Antragsteller sollten den Antrag zurückziehen, nachdem festgestellt ist, daß Magistrat und Versammlung eine Mehrheit gegen diesen Gesetzentwurf aufweisen.

Stadtv. Rommien: Wir hätten kein Bedenken gehabt, dem Antrag Avons zuzustimmen. Auch mit der Annahme des Antrages erklären wir uns ja nicht gegen jede Änderung des bestehenden Zustandes; wir wollen aber nicht, daß man die Landesgesetzgebung vorschleibt, anstatt den richtigen Weg der Reichsgesetzgebung zu beschreiten. Die Kosten dieses neuen preussischen Gesetzes werden wieder die Berlin Steuerzahler zu tragen haben, während die erhoffte Erleichterung der Armenlohn sich bald als eine Illusion herausstellen würde. Den geordneten Rechtsweg soll man nicht verlassen. Besteht wirklich ein ähnliches Gesetz in Hamburg, Bremen oder Oldenburg, so stüßt dort der Spruch der Verwaltungsbehörden vielleicht Seger; wir in Preußen haben aber allen Grund, unseren Verwaltungsbehörden zu mißtrauen, nachdem wir den großen Gegensatz zwischen dem platten Lande nebst den Kleinstädten und der Landeshauptstadt so seltfam kennen gelernt haben. Das erwähnte Magistratsgutachten sollte und zur Kenntnisnahme gebracht werden; die Veröffentlichung würde die Sache wesentlich klären und fördern; eine Ausschuhberatung hätte keinen Zweck.

Oberbürgermeister Kirchner: Der Magistrat dürfte keine Bedenken haben, sein Gutachten mitzuteilen. Stadtv. Dr. Rosenfeld: Nachdem der Oberbürgermeister erklärt hat, daß bereits gesprochen ist, was unser Antrag erstrebt, ziehen wir ihn zurück.

Damit ist diese Angelegenheit erledigt. Die Wünsche des Schwesternpersonals im Rudolf Virchow-Krankenhaus bezüglich der Errichtung eines eigenen Schwestern-Speisehauses

sollen jetzt derpetals erfüllt werden, daß im Südflügel des Verwaltungsgebäudes 3 Speisefläche nicht unmittelbar daneben gelegenen Konversationszimmer geschaffen werden. Lokation und Schwesternschaft haben sich mit diesem Plan, der die Erbauung eines eigenen Hauses überflüssig macht und anstatt 250 500 nur 35 000 Mark Kostenaufwand erfordert, einverstanden erklärt.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): In der Vorlage finde ich u. a. nichts davon, daß auch erweiterte Schlafgelegenheit, wie die Krankenhausdeputation wünschte, für die Schwestern geschaffen wird, denn sie sollen doch nicht etwa in den Speiseflächen oder in dem Konversationszimmer ihr Schlafbedürfnis befriedigen? Schon aus diesem Grunde ist Heberweisung der Vorlage an einen Ausschuh notwendig. Die Ablehnung des Projektes eines eigenen Hauses, wie es die Krankenhausdeputation verlangt hat, wurde vor etwa 4 Wochen vom Bürgermeister auch damit motiviert, daß es einen schlechten Eindruck machen würde, wenn so bald in einem neuen Krankenhause so einschneidende bauliche Veränderungen vorgenommen werden müßten. Natürlich würde dieser Eindruck ein sehr ungünstiger sein; aber tatsächlich befriedigt dieses Haus auch weit mehr die Augen des Architekten als die Anforderungen des Hygienikers. Wie spottischleicht die Krankenhausdeputation vom Magistrat behandelt wird, dafür ist diese Vorlage wieder ein Beweis. Auf die Zustimmung der Deputation kann sich der Magistrat für dieses sein neuestes Projekt nicht berufen. Welche Stellung der Magistrat zu dem schon 2 Jahre alten Projekt einnimmt, davon haben wir bis zu dieser Vorlage oder zu der Erklärung des Bürgermeisters von vor 4 Wochen nicht ein Wort gehört. Gegen eine derartige Brückierung legen wir nachdrücklich Verwahrung ein. Diefem unheilvollen Zustande wird erst die

Schaffung eines städtischen Medizinalrates

ein Ende machen. Wenn der Magistrat eine Kommission in Krankenhausfragen einsetzt, sagt es sich häufig, daß die Magistratsmitglieder der Krankenhausdeputation nicht dazu gehören. Nur ein städtischer Medizinalrat wird sich im Magistrat den nötigen Respekt verschaffen. Ich beantrage Heberweisung der Vorlage an einen Ausschuh.

Stadtv. Körte (K. P.): Ich erkläre sich auch für Ausschuhberatung, da die gelieferten Unterlagen für eine Entscheidung nicht ausreichen. Früher seien allein für Inventar 36 000 M. als erforderlich veranschlagt gewesen, jetzt solle die ganze Sache nur 35 000 M. kosten! Den Stadtbaurat treffe kein Vorwurf; das Bauprogramm sei eben ohne den richtigen ärztlichen Beirat aufgestellt worden. Damit sei das Erfordernis des städtischen Medizinalrats von neuem erwiesen.

Bürgermeister Dr. Reide sucht ausführlich die Vorlage zu rechtfertigen und die dagegen gerichteten Angriffe zu entkräften. Die vorgelegte Skizze zu verheßen sei ihm, einem Laien, ein Rätsel gewesen. Die Beschwerde des Dr. Wehl über illoyales Verhalten des Magistrats gegenüber der Krankenhausdeputation sei völlig unbegründet.

Stadtv. Körte beharrt dem Bürgermeister gegenüber bei seinen Ausführungen, indem er dem größten Teil der Argumente des Kollegen Wehl auch seinerseits zustimmt.

Stadtv. Wehl protestiert gleich dem Vortredner gegen den Vorwurf, daß die Krankenhausdeputation unwirtschaftlich arbeite. Die Zentralkasse sei auch kein Beweis von Wirtschaftlichkeit. Der Direktor des Virchow-Krankenhauses habe der Deputation erklärt, er sehe auf ihrem Standpunkt; wunderbar, daß er anders denke, sobald er in den Dunstkreis des Magistrats gelange. Bei dem Vorwurf der Inaktivität müßte es leider bleiben.

Die Vorlage geht an einen Ausschuh. Vom 16. bis 19. April d. J. tagt in der Universität der fünfte Kongress der Gesellschaft für experimentelle Pädagogik. Zu den Kosten der gleichzeitig stattfindenden Ausstellung, die auch die Hilfsmittel der experimentellen Pädagogik und Diaktil umfassen und zu Pflingten anlässlich des Deutschen Lehrertages wiederholt werden wird, soll eine

Beihilfe von 1000 M.

aus städtischen Mitteln gewährt werden. Stadtv. Heilmann (Soz.): Es ist mir eine angenehme Pflicht, zum Ausdruck zu bringen, daß wir mit der Art, wie heute von uns Gelder für die Erhaltung dreier wissenschaftlicher Vereinigungen gefordert werden, durchaus einverstanden sind und nur wünschen können, daß diese Methode, im Gegensatz zu der bisher üblich gewesenen Festscherei, immer mehr Platz greifen möge. Die Beihilfe wird bewilligt. Für die Begründung des im August d. J. stattfindenden

Deutsch-Amerikanischen Lehrertages

im Stadthause, für die Darreichung einfacher Erfrischungen und für eine Beihilfe zu den Kosten einer Festschrift über das Erziehungsweisen von Groß-Berlin sollen aus dem Dispositionsquantum 2100 M. hergegeben werden.

Die Bewilligung erfolgt ohne Debatte. Die Reichs- und Telegraphenverwaltung will von der Stadt ein Grundstück von 2039 Quadratmeter an der Eberswalder Straße für 203 000 M. zum Bau eines Soldatenheim erwerben. Die Auflösung soll am 1. April 1913 erfolgen. Die Versammlung stimmt ohne Diskussion zu.

Zu den Kosten der Deutschen Verein zur Schulgesundheitspflege gemeldeten Festschrift über die in Berlin der Schulgesundheitspflege gemeldeten Einrichtungen, beantragt der Magistrat, einen Beitrag von 1000 M. zu gewähren. Der Verein tritt vom 28. bis 30. November 1912 in den Räumen des Hygienischen Instituts der Universität zu seiner Jahresversammlung zusammen. Der Magistratsantrag wird ohne Debatte genehmigt.

Das Reichsviehseuchengericht vom 26. Juni 1909 tritt mit dem 1. Mai 1912 in Geltung. Auch für Berlin als Provinzialverband wird dadurch der Erlass einer

Viehseuchenentschädigungssatzung

nötig. Der Magistrat legt einen entsprechenden Entwurf vor, der ohne Diskussion genehmigt wird. Der 1911 auf Anordnung des Potsdamer Regierungspräsidenten zwangsweise beseitigte

Zunfernhof bei Pöthenke

soll neu gebaut werden, nachdem sich der Pöthenke als Unternehmer des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin bereit erklärt hat, die Hälfte der Baukosten mit 30 000 M. zu tragen, wenn die Stadt die wegen des Abbruchs angelegte Straße zurücknimmt.

Die Versammlung erteilt ihre Zustimmung. Eine neue städtische Straßenbahnlinie soll von der Christianiastraße über die neue Pöthenke nach der Zitadelle in Moabit geführt werden. Der Kostenschlag ist 110 000 M. Eine Debatte findet nicht statt; die Vorlage wird genehmigt.

Zur Errichtung von Gemeindebepfellschulen

sollen Grundstücke an der Prenzlauer Allee 88, an der Greifstraße und an der Straße 4a, Alt. XI, 2, 3, 4, für je 75, 71, 62 M. pro Quadratmeter zum Preise von 406 650, 418 687 und 323 400 M. erworben und außerdem zum gleichen Zweck ein Teilgrundstück von 5325 Quadratmetern aus dem städtischen Besitz an der Christianiastraße gegenüber der Zumpffstraße veräußert werden.

Ohne Diskussion tritt die Versammlung den Magistratsvorschlägen bei. Schluß der öffentlichen Sitzung 9 1/2 Uhr.

Vierter Bundestag des Arbeiter-Schwimmerbundes.

Elberfeld, den 8. April 1912.

Während der Osterferien hielt der Arbeiter-Schwimmerbund seinen Bundestag im „Volkshaus“ zu Elberfeld ab. Derselbe am Sonntagabend wurde die Tagung durch ein Begrüßungslied der Mitglieder eingeleitet. Anwesend sind 67 Delegierte und die Mitglieder des Bundesvorstandes. Näherdem hatten die Arbeiter-Turner, Arbeiter-Radfahrer, Arbeiter-Athleten und der Freie deutsche Ruderverband je einen Vertreter entsandt.

Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten werden gewählt Klasse-Berlin und Harm-Elberfeld, zu Schriftführern Krummenohl und Kerino-Elberfeld, zu Mandatsprüfern werden bestimmt Ulrich-Leipzig, Kottel-Elberfeld, Schulz-Hamburg und Kalarh-Köln.

Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß trotz aller Schwierigkeiten die Entwicklung des Bundes in erfreulicher Weise vorwärts gegangen ist. Die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder für den Bund wurde in den letzten Geschäftsjahren fast ausschließlich von den Kreisen betrieben. Zu Beginn des Geschäftsjahres 1910 hatte der Bund einen Kreis, jetzt sind es deren vier. Die Mitgliederzahl stieg von 2624 im Jahre 1909 auf 5999 Ende 1911. In den letzten beiden Jahren war es una möglich, die Zahl der Vereine von 28 auf 44 zu erhöhen und haben hierzu hauptsächlich Kreis II und III beigetragen.

Der Kassenbericht balanciert mit 5015,83 M. in Einnahmen und Ausgaben.

Die Arbeiterschwimmerzeitung erscheint zurzeit in einer Auflage von 4000 Exemplaren. Für die Kontrollkommission gibt Lehmann-Elberfeld den Bericht, der sich im wesentlichen mit dem wegen Veranstaltung von Preischwimmern ausgefallenen Schwimmverein „Welle“ Berlin beschäftigt. Die Maßnahmen des Bundesvorstandes und der Kontrollkommission in dieser Angelegenheit werden gutgeheißen.

Die Einführung einer Unfallunterstützungskasse wird im Prinzip beschlossen, mit der weiteren Verfolgung dieser Angelegenheit wird eine Kommission von 7 Personen betraut.

Ein Antrag auf Einführung einheitlicher Bodenschuhe usw. und Bekleid der Artile durch den Bund wird ebenfalls angenommen. Ein Antrag auf Erhöhung der Bundesbeiträge wird nach heftiger Debatte angenommen.

Beitragabkommene und Beitrag wird für die Zukunft zusammen erhoben.

Der Punkt Zentralisation entfeilt ebenfalls eine lebhaft Auseinandersetzung, der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Es darf also an jedem Ort nur noch ein Verein bestehen. Die Berliner Einzelvereine müssen sich bis zum 1. Juli 1912 zusammenschließen. Die verschiedenen heimischen Anträge werden ebenfalls einer Kommission überwiesen.

Nach einem Schlußwort des wiedergewählten Vorsitzenden Klasse wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Resolution.

Die heute in Elberfeld versammelten Vertreter der unterzeichneten Arbeiter-Sportverbände müssen zu ihrem Bedauern konstatieren, daß fast zwei Drittel der bürgerlichen Sport- und Turnvereine aus gewerkschaftlich oder politisch organisierten Arbeitern besteht. Sie glauben diese Tatsache den betreffenden Organisationen nicht vorenthalten zu dürfen, die um so beschämender ist, als diese Arbeiter als Werkzeug in dem jetzt mit so großem Eifer betriebenen patriotischen Jugendfang dienen müssen und nur diese Mitglieder die daran beteiligten bürgerlichen Verbände aktionsfähig erhalten.

Wir erwarten daher von Partei und Gewerkschaft, daß diese mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln versuchen, diesem unwürdigen Zustande ein Ende zu machen, indem sie die betreffenden energisch auffordern, ihre sportliche Betätigung in den zuständigen Arbeiterorganisationen auszuüben.

Arbeiter-Schwimmerbund, Arbeiter-Turnerbund, Arbeiter-Radfahrerbund, Arbeiter-Athletenbund, Freier deutscher Ruderverband.

Soziales.

Krankenkassenverbände und Leipziger Metzgerverband.

Von den großen Krankenkassenverbänden werden wir um Veröffentlichung der folgenden Erklärung gebeten:

Der Leipziger Metzgerverband verbreitet in der Öffentlichkeit die Mitteilung, daß die Krankenkassen den Kampf gegen die Ärzte im stillen vorbereiten. Diese Behauptung ist wahrheitswidrig und irreführend. Die Krankenkassen wünschen nichts feindseliger, als mit den Ärzten in Frieden zu leben, um ungehindert die ihnen vom Gesetzgeber zugewiesenen bedeutsamen Aufgaben zu erfüllen. Die Verbände der verschiedenen Kassenarten, welche über 13 Millionen Versicherte umfassen, und Arbeitgeber, Angestellte und Arbeiter aller Parteien in sich vereinigen, erklären einmütig, daß die Krankenkassen nach wie vor bereit sind, den für die Kassen tätigen Ärzten eine durch langfristige Verträge zu sichermehrende würdige Stellung und Bezahlung ihrer Leistungen zu gewährleisten.

Die unterzeichneten Verbände stellen aber fest, daß der Leipziger Verband seinerseits unmittelbar nach Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung den Entschluß angekündigt hat, seine bekannten Forderungen bei den Krankenkassen mit den Mitteln der Selbsthilfe durchzusetzen. Die grundlegenden Beschlüsse hierzu wurden bereits auf dem Stuttgarter Metzgerkongress am 22. bis 24. Juni 1911 gefaßt. Weiter haben am 18. Februar d. J. der Leipziger Verband und der Metzgervereinsbund gemeinsam beschlossen, daß zur erfolgreichen Durchführung der Forderungen alle örtlichen Organisationen nach den Weisungen des Leipziger Verbandes „gleichzeitig, geschlossen, gleichmäßig und einheitlich“ gegen die Krankenkassen vorgehen sollen. Das kann nur die Androhung des Generalstreiks bei den Krankenkassen bedeuten!

Trotz ihrer Bereitwilligkeit, allen berechtigten Wünschen der Ärzte entgegenzukommen, sind die Krankenkassen in Wahrung der ihnen anbetrauten öffentlichen Interessen nicht in der Lage, die maßlosen Forderungen der im Leipziger Verbande vereinigten Metzger zu erfüllen. Wamentlich weisen sie entschieden zurück, daß, nachdem es der Gesetzgeber mit guten Gründen abgelehnt hat, die freie Arztwahl den Kassen vorzuschreiben, der Leipziger Verband jetzt den Krankenkassen seine einseitigen Forderungen durch die rätselhafte Ausnutzung seiner Nachtmittel aufzuzwingen sucht.

Als Träger der öffentlich-rechtlichen, im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt geschaffenen Krankenversicherung erwarten die Krankenkassen von den gesetzgebenden Stellen und von den Behörden, daß sie vor den Bedrohungen und Vordrängungen des Leipziger Verbandes ausreichend geschützt werden, und daß ihnen unter allen Umständen die Möglichkeit sichergestellt wird, die ihnen für einen großen Teil des deutschen Volkes übertragene Fürsorge in Krankheitsfällen ordnungsmäßig durchzuführen.

Hauptverband deutscher Krankenkassen, Dresden.
Hauptverband deutscher Betriebskrankenkassen, Essen.
Allgemeiner deutscher Anknüpfungsverband, Berlin.
Verband deutscher Inanspruchnahmen, Hannover.
Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen, Berlin.

Jugendbewegung.

Der Kampf des Baridismus gegen die Jugendpflege.

Unser finnlandischer Mitarbeiter schreibt uns: Die finnischen Arbeiterinnenorganisationen hatten es sich angelegen sein lassen, sich der Kinder der Arbeiterklassen anzunehmen. Kinder unter schulpflichtigem Alter wie auch Schulkinder wurden in sogenannten „Höfnest-Läden“ oder Idealverbänden organisiert. Opferwillige Frauen beschäftigten sich mit der aufwachsenden Jugend, deren Lebensbedingungen sie mit den wertvollsten Kenntnissen für das Leben vermittelten. Diese Arbeit verpochte einen schönen Erfolg und die Arbeiterschaft freute sich, die Jugend schon von Kindesbeinen an

gleichzeitig dem Leben entgegengehen zu sehen. Aber — den russischen Gewalttätigen hätte diese Kulturarbeit nicht in den Arm. Der Generalgouverneur ließ die Organisationen nicht gern blühen und ließ sie jetzt im ganzen Lande die Kinderorganisationen auf. Er hat dazu keinerlei gesetzliche Handhabe, aber er gebietet und die Polizei führt seine gegenwärtigen Befehle aus. Natürlich leisten die Organisationen nach Möglichkeit Widerstand. Aber da fast die gesamte Administration aus den Kreaturen des Generalgouverneurs besteht, wird man bei den Behörden vergeblich Hilfe suchen.

„Arbeiter-Jugend.“

Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 8 des vierten Jahrgangs heben wir hervor: Die preussische Jugendpflege und ihre Kräfte. — Wie ich vom Antifeminismus kurier wurde. (Schluß) Von Emil Unger. — Rechte und Pflichten eines Lehrlings. Von M. Bogler. — Der Hofbrosen. Von Felix Kantsch. (Austriert.) Der Pfadfinder. Von Karl Oronsky. — Aus der Jugendbewegung. Die Gegner an der Arbeit usw.

Beilage: Waffschjagd. Von J. C. Sörensen. — Thomas Alva Edison, der Arbeiter. — Die Leipziger Wesse. Von P. M. Grempe. (Austriert.) — Aus der alten Edda. Von Otto Koenig. — Bekehrungsstreich. Von August Wysocki. — Allerhand Kurzweil.

Aus Industrie und Handel.

Nordamerika für den Panamakanal.

Aus Washington wird berichtet, daß dem Kongress ein Antrag vorgelegt ist, der von der Regierung verlangt, daß das Antitrustgesetz auch auf ausländische Schiffahrtsgesellschaften angewandt wird. Und zwar soll auf den Schiffen, die einem Trust, Kartell oder Pool angehören, das Anlaufen in amerikanischen Häfen verboten werden. Dieser Antrag richtet sich vornehmlich gegen den Atlantischen Pool, dem außer großen englischen Schiffahrtsgesellschaften auch die Norddeutsche Lloyd und die Hamburg-America-Linie angehören. Während die Prozesse gegen die einheimischen Trusts langsam sind, will man also die Sherman-Akte (das Antitrust-Gesetz) gegen die tätigen ausländischen Konkurrenten anwenden. Eine allerdings sehr probable Anwendung! Der Zweck der Uebung ist natürlich, den die amerikanischen Schiffahrtsgesellschaften gegen die europäischen zu unterstützen. Die Eröffnung des Panamakanals soll eine wesentlich vergrößerte amerikanische Handelsflotte vordringen, damit sie gegen die europäischen Flotten günstig abschneidet, und damit die Förderung der Amerikaner durch den Kanal für den Weltmarkt nicht durch größere Leistungsfähigkeit der europäischen Handelsflotten weitgemacht wird. Unter den Schiffbauern der Erde steht Nordamerika heute erst an dritter Stelle.

Gleichzeitig wird gemeldet, daß der Ausschuss für die Handelsmarine in den Vereinigten Staaten seinen Vorschlägen beauftragt hat, Erhebungen über Wools, Wolllinnen und Kartelle europäischer Schiffahrtsgesellschaften durch die amerikanischen Konsulate in Europa anstellen zu lassen. Begründet wird dieser Plan ebenfalls damit, daß es sich um Material für den Prozeß gegen den amerikanischen Schiffahrtshandel.

Fürstentum und Hapag-Lloyd.

Der Konflikt zwischen den Schiffahrtsgesellschaften des Fürstentums und den beiden großen deutschen Schiffahrtsgesellschaften äußerte sich kürzlich in dem Austritt der Vertreter von Hapag und Lloyd aus dem Ausschussrat der vom Fürstentum beherrschten Lebenslinie. Er scheint sich weiter zu verschärfen. Der Fürstentum bewirkt sich bei der Regierung um die Konzession für die Auswanderer-Verkehrung von Emden nach New York. Bisher war das Auswanderer-Geschäft geradezu ein Monopol der beiden Gesellschaften. Nicht allein, daß 18 000 deutsche Auswanderer über Hamburg und Bremen, den einzigen Auswandererhäfen nach Nordamerika überfuhren; den beiden Gesellschaften fällt auch durch besondere Abkommen mit der Regierung fast die gesamte Verschiffung von osteuropäischen Auswanderern (einschließlich der Beförderung innerhalb Deutschlands) zu. Ob die Verbindungen des Fürstentums bei der Regierung ausreichen, um die Konzession zu erlangen, ist allerdings weniger fraglich, als ob der Fürstentum kapitalkräftig genug sein wird, gegen Hapag und Lloyd zu konkurrieren. Hapag soll als Gegenmaßnahme bereits vor einiger Zeit in Emden Grundstücke gekauft haben, um durch eine Filialstation der drohenden Konkurrenz zu begegnen!

Nationale Wirtschaftspolitik!

Die Ausfuhr von Roggen ist schon seit Monaten ganz außerordentlich stark forciert worden. In den letzten Wochen nimmt nun auch der Export von Weizen beträchtlichen Umfang an. Das treibt die Preise hinauf, und so haben wir jetzt trotz der guten Ernte der letzten Jahre und auch des letzten Jahres einen Preisrückgang erreicht. Da zeigt sich wieder der „Segen“ der Ausfuhrprämien. Selbst Melioranten verschaffen sich keine niedrigen Preise mehr. Die nachfolgende Aufstellung zeigt das recht sinnfällig. Sie registriert die Erntemengen in Millionen Tonnen und die Preise pro Tonne nach dem Durchschnitt der betreffenden Jahre.

	Weizen		Roggen	
	Ernte	Preis	Ernte	Preis
1908	3,55	161,1	9,90	132,3
1904	3,80	174,4	10,06	135,1
1905	3,70	174,8	9,90	131,9
1906	3,94	179,6	9,93	130,6
1907	3,48	206,3	9,76	139,2
1908	3,77	211,2	10,74	188,5
1909	3,73	233,9	11,35	176,8
1910	3,88	211,5	10,51	152,8
1911	4,07	204,0	10,87	168,3
Februar 1912	—	212,4	—	191,9
9. März (Mai) 1912	—	224,2	—	195,0

Die Hölle sollen angeblich nur dazu dienen, den Preisfall im Inlande durch die Einfuhr billigen Auslandgetreides zu verhindern. In der Praxis gestaltet es sich nun so, daß deutsches Getreide mit Hilfe der deutschen Ausfuhrprämien sogar auf den Weltmarktpreis drücken kann, während gleichzeitig in Deutschland die Preise immer weiter hinaufschwellen. Und das deklarieren man als — nationale Wirtschaftspolitik!

Aus der Frauenbewegung.

Das Allzuweibliche.

„Ein Buch von neuer Erziehung und Lebensgestaltung“ ist der gepreizte Untertitel des Werkes mit der obigen geschulden Aufschrift, gleich als wolle die Verfasserin, Frau Hulda Maurerbrecher, schon durch das Etikette die ideologisch-pädagogische Grundstimmung ihres Buches andeuten. In bürgerlichen Kreisen wird es gewiß beträchtliches Aufsehen machen, Proletarierinnen dürften jedoch nicht allzu viel Gewinn von der Lektüre haben.

Genau die Schäden der heutigen Mädchenerziehung und deren Folgen für die Frau als Berufsarbeiterin, Gattin, Hausfrau und Erzieherin werden kräftig gekennzeichnet. Das dunkle Wort vom „Allzuweiblichen“ bedeutet nämlich die Summe aller Mängel, die zusammen das Unsoziale im Fühlen und Denken der Durchschnittsfrauen von heute ausmachen. Leider preist das die Verfasserin nirgends klar und deutlich aus, wie auch kein Versuch gemacht wird, die bisherige Erziehungspraxis und die Zukunftsorderungen aus der verschiedenen geschichtlichen Situation zu erklären. Es erscheint vielmehr so, als ob alle bisherige Erziehung weisungsfähig gewesen sei, bis nun endlich das richtige Prinzip entdeckt worden ist! Auch die Mehrzahl der proletarischen Frauen steht heute noch leider tief in kleinbürgerlichen Anschauungen; auch sie machen die von Hulda Maurerbrecher mit Recht bekämpfte scharfe Scheidung in der Erziehung von Knaben und Mädchen schon vor der körperlichen Reife mit. Und die schweren Schäden, die sich aus der

Verkopplung von Hausfrauenberuf, Erwerbsarbeit und Kindererziehung ergeben, zeichnen sie noch mehr als die Kleinbürgerfrau. Aber seltsam: Obgleich hier Hulda Maurerbrecher das beste Bild für ihre Kritik an der heutigen Familienform gefunden hätte, ist doch das Kleinbürgertum der Gegenstand ihres Buches. Auf das Proletariat wirft sie nur gelegentlich berückichtigende Seitenblicke. Nun mag immerhin der proletarische Haushalt im allgemeinen sich heute noch prinzipiell nicht von dem Kleinbürgerlichen unterscheiden — wie kann die Verfasserin aber hoffen, das Kleinbürgertum werde auf ihren Ruf hin sich von der bisherigen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau lösen und damit den Akt abgeben, auf dem es ruht? Und doch fordert sie diese Klasse recht eigentlich auf, die Kinder von frühester Jugend an Berufsarbeitern zu übergeben und die Einzelhaushaltungen genossenschaftlich zu zentralisieren.

In der Kritik der heutigen widerspruchsvollen weiblichen Erziehung und der Stellung des Weibes in der Gesellschaft ist das Buch immerhin von beachtenswerter Konsequenz. Es mühte, um für das Proletariat wirksam zu werden, gewissermaßen ins Proletarische überziet werden. Die Arbeiterklasse ist zunächst und am dringendsten interessiert an der Aenderung der kleinbürgerlichen Familienform in der Richtung zur Begründung der häuslichen Frauenarbeit; und wer den Klassenkampf von heute versteht, würde hier die Kämpfer für solche Ideen zu gewinnen suchen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 15. April, 8 1/2 Uhr, in Kellers „Neue Philharmonie“, Köpenicker Straße 98/97; Reiter-Abend. Einleitender Vortrag und Regitation: Dr. Ernst Jander. Gäste, Männer und Frauen, willkommen.

Gerichts-Zeitung.

Ein 70jähriger Heiratsschwindler

mit langem weißen Vollbart hatte sich gestern vor dem Strafgericht zu verantworten. Wegen wiederholten Betruges hatte die 1. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bahr gegen den aus der Unterjochungshaft befreiten Privatier Paul Seitzoff zu verhandeln. — Der Angeklagte, welcher äußerlich einen sehr soliden und würdigen Eindruck machte, hat schon eine sehr ereignisreiche Vergangenheit hinter sich. Er ist u. a. wegen ähnlicher Betrügereien in Wien mit 2 1/2 Jahren schweren Kerkers bestraft worden. Der Angeklagte behauptet zwar, daß er sich niemals im Leben etwas habe zuschulden kommen lassen. Er sei infolgedessen das Opfer einer Verleumdung geworden, daß nicht er, sondern sein „Zwillingsbruder“, der aber leider nicht auffindbar ist, jene Verleumdungen erlitten habe. — Die Anklage behauptet jetzt, daß er trotz seiner 70 Jahre sich als Heiratsschwindler größeren Stils betätigt habe. Er erlieh selbst Inserate, in denen er sich als „wohlhabender Haus- und Fabrikbesitzer“ ausgab, teils auch meldete er sich auf Inserate, in welchen „vermögende Damen in gefestigten Jahren“ einen Lebensgefährten suchten, um mit diesem ein „spätes Glück“ zu genießen. Auf diese Weise machte er u. a. die Bekanntschaft einer Frau A., die trotzdem sie selbst schon fast bejahrt ist, den Mut gefunden hatte, auf diesem Wege nochmals eine „junge Frau“ zu werden. Der Angeklagte gab sich als Villenbesitzer in Wien und Reuflist aus und erklärte ferner, daß er Besitzer einer Fabrik in Neufölln sei, die ihm einen Gewinn von jährlich 12 000 M. bringe. Nach kurzer Bekanntschaft wurde festerlich die Verlobung proklamiert. Als der alte Herr noch einiger Zeit, trotz seines angeblichen Vermögens, der jungen Frau erklärte, daß er sich augenblicklich in Geldverlegenheit befinde, fiel ihr dies nicht weiter auf. Sie gab ihrem Zukünftigen so viel Geld, wie er nur verlangte, nachdem er ihr erklärt hatte, er wolle seinem Bruder eine Fabrik kaufen. Nachdem Frau A. nach und nach etwa 40 000 M. gesendet hatte, wurde eines Tages ihr junges Liebesschild schmählich zertrümmert, denn sie mußte zu ihrem Leidwesen erfahren, daß sie einem unehrlichen Schwindler in die Hände gefallen war, der zu gleicher Zeit mehrere andere löhnende Bekanntschaften eingegangen war. — Sie stellte sich heraus, daß der Angeklagte auch noch mehrere andere ähnliche und alle Damen um teils recht erhebliche Beträge betrogen hatte. — In der Verhandlung, in welcher der Angeklagte in Bräunen der ehrlichsten Lieberzeugung und anscheinend in tiefen heiligsten Gefühlen tief gekränkt, jede betrügerische Absicht bestritt, waren zwei volle Sitzungstage angefaßt. Am ersten Verhandlungstage wurde der Angeklagte, der nach dem Gutachten des Gerichtsarztes Dr. Marx an schwerer Arteriosklerose leidet, von einem Unwohlsein befallen, so daß die Sitzung abgebrochen werden mußte. — Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die schweren Vorstrafen des Angeklagten und die in Frage kommenden hohen Summen eine Gefängnisstrafe von 5 Jahren. Das Urteil lautete auf 4 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust unter Anrechnung von drei Monaten der erlittenen Untersuchungshaft.

Witterungsüberblick vom 11. April 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Temp. in Grad F.
Emmende	753,8	SW	2	Schnee	1,0	33,8
Hamburg	757,8	SW	0	Schnee	0,0	32,0
Berlin	759,8	SW	0	Schnee	0,0	32,0
Frankfurt	759,8	SW	0	Schnee	0,0	32,0
München	762,8	SW	0	Schnee	0,0	32,0
Wien	767,8	SW	0	Schnee	0,0	32,0

Weiterprognose für Freitag, den 12. April 1912.

Nachts wieder kalt, am Tage etwas wärmer, windig heiter, aber noch veränderlich bei mäßig frischen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Wasserstands-Nachricht

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 10. 4.	seit 9. 4.	Wasserstand	am 10. 4.	seit 9. 4.
	cm	cm		cm	cm
Regel, Mühl	421	-9	Saale, Großh.	128	-4
Bregel, Jüterburg	89	0	Saale, Spandau	88	-4
Wesche, Torg	292	+68	Rathenow	118	-4
Oder, Kottbus	270	-43	Spree, Spremberg	98	0
„ „ „ „	225	+9	„ „ „ „	86	-4
„ „ „ „	216	-34	„ „ „ „	207	-1
„ „ „ „	68	+8	„ „ „ „	292	-4
„ „ „ „	64	+1	Rhein, Maximiliansau	43	-28
„ „ „ „	64	0	„ „ „ „	222	-6
„ „ „ „	86	-10	„ „ „ „	243	-6
„ „ „ „	34	-12	„ „ „ „	90	-3
„ „ „ „	213	-5	„ „ „ „	186	+2
„ „ „ „	164	-8	„ „ „ „	101	-5

+) + bedeutet Hoch, — Fall. — ?) Unterpegel.

Poliklinik für Kinderkrankheiten

einzelne 63/17
Kinderneurosenkrankheiten
hatte ich täglich 9-10 Uhr Schopenhauer Allee 55 ab.
Dr. med. Schwalbe
Kurfürstendamm 36.

Damenhüte

Ausverkauf neuer Aufgäbe der Feinfilz- und Stoffhüte ungarnierte Formen usw. 100 M. an. Rückgängige Bienenkörbe werden sofort unentgeltlich und ohne Aufgäbe 182/3
Modellhaus Rigge, Brückenstr. 7
(Hauptbahnhof).



Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.
Ortsgruppe Berlin.

Touren

zum Sonntag, den 14. April:
1. Abt.: 7 Uhr: Vellen. 1 Uhr: Schulgenhof bei Zegel. Start: Bülowstr. 58.
2. Abt.: 6 Uhr: Ruckentolde (Wesellshaus). 12 1/2 Uhr: Neu-Dabendorf (Seefisch). Start: Schönleinstr. 6.
3. Abt.: 7 Uhr: Oramenburg-Sandhausen (Waldschloß). 12 Uhr: Birkenwerder (Paradiesgarten). Start: Rauffiger Weg 12.
4. Abt.: 8 Uhr: Gungliger Woll. 1 Uhr: Mt-Randberg (Rudas). Start: Köstermer Platz.
5. Abt.: 1 Uhr: Schildow-Mönchmühle. Start: Ostsum.
6. Abt.: 7 Uhr: Königs-Büsterhausen. 12 1/2 Uhr: Neuthen (Waldschloß). Start: Eberberger Straße 29.
7. Abt.: 7 Uhr: Rante (Stadmann). 1 1/2 Uhr: Schönwalde (Schulz). Start: Schulstr. 21.
8. Abt.: 5 Uhr: Ruckentolde. 11 Uhr: Neu-Dabendorf. Start: Leechowstraße 21.
9. Abt.: 1 1/2 Uhr: Sautwinkel. Start: Schillingstr. 22.
11. Abt.: Am 17. 9 Uhr: Spitzmühle. Start: Große Hamburger Straße 18. 11/3

Donnerstag, den 18. April.
abends 8 1/2 Uhr, findet bei Lesmann, Straauer Brücke 3, eine außerordentl. Samariter-Zugung statt. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen sämtlicher Samariter eine dringende Notwendigkeit.

Reinickendorf.
1. Abt.: 1 Uhr: Stolpe. Start: Schillingstr. 1.
2. Abt.: 10 Uhr: Friedelsdörfer. Start: „Zum Senefelder“, Holländerstraße.

Orts-Krankenkasse des Maurergewerbes zu Berlin.

Montag, den 22. April, abends 8 Uhr, findet im „Gewerkschaftshaus“, Ungeluser 15 (Saal 3)

General-Versammlung der Vertreter der Klassenmitglieder und der Arbeitgeber statt.

Tagesordnung:
1. Vorlegung des Verwaltungsberichts und Rechnungsabschlusses pro 1911.
2. Bericht der Prüfungskommission und Beschlußfassung über die Annahme der Jahresrechnung.
3. Antrag auf Bewilligung einer Zuschußzahlung für die Klassenmitglieder des Rechnungsprüfungsabscchlusses.
4. Änderung der §§ 13, 42, 58 des Statutensatzes.
5. Beschlußfassung über zu gewählende Lenkungsorgane oder anderweitige Regelung der Entschädigung für die Angestellten der Kasse.

Berlin, 10. April 1912.
Der Vorstand.
R. Rehnig, Schriftführer. H. Daebue, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse für das Tapezierergewerbe zu Berlin.

General-Versammlung am Dienstag, den 16. April cr., abends 8 1/2 Uhr, bei

Götze, Beuthstr. 21, Industrie-Gesellsch.
Tagesordnung: 1. Rechnungsbericht. 2. Beschlußfassung über die Annahme der Jahresrechnung 1911. 3. Bekanntmachung der Beschlüsse des Vorstandes. 4. Statutenänderung (§ 31). 5. Stellungnahme zur Zentralisation der Orts-Krankenkassen. 6. Verschiedenes.
An Inbetracht der wichtigen Tagesordnung und Beschlüsse, welche zu fassen sind, bitten um pünktliches Erscheinen. 17/3/6
H. H. S. Labitz, 1. Vorsitzender.

Ziehung am 27., 29. u. 30. April
1. Strassburg. Münster Geld-Lotterie
Lose 3 Mk. 30 Pfg. extra.
2000 Gold-Gewinne ohne Abzug Mark

250000
75000
30000
20000
10000

Strassburg. Münster-Lose u. s. w. zu haben in all. Lotteriegeschäften, Loseverkaufsstellen und durch
Lud. Müller & Co.
Berlin C., Breitestrasse 5
J. Stürmer
Strassburg i. E., Langstr. 107

Verband der Sattler u. Portefeuller Ortsverwaltung Berlin.
Dreibriemen-Sattler.
Sonntag, den 13. April, abends 8 1/2 Uhr, in „Schulz' Prachtsälen“, Münzstr. 17, Eing. Königsgraben:
Branchen-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Munkle über „Neue Wirtschaftsformen“. — 2. Diskussion. — 3. Branchenangelegenheiten.
Zahlreichen Besuch der Versammlung erwartet
156/19 **Die Branchenleitung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.
Montag, den 15. April 1912, pünktlich abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Ungeluser 14/15, Saal 4 (Arbeitsloftsaal), Eingang B, parterre:
Zwanglose Aussprache sämtlicher jetzt ausgelerten jungen Gesellen d. Berl. Holzindustrie.
Möbelpolierer.

Montag, den 15. April 1912, abends 8 1/2 Uhr, in den „Andreas-Gesellschäften“, (Inh. Borgmann), Andreasstr. 21:
Branchen-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Menderung unserer Arbeitsvermittlung. — 2. Bericht von der Konferenz. — 3. Inneere Kasse.

Maschinenarbeiter.
Montag, den 15. April 1912, abends 8 Uhr, in „Doekers Gesellschäften“, Weberstr. 17:
Außerordentliche Branchenversammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag. — 2. Bericht von der Konferenz. — 3. Kasse.

Drechsler, Treppengeländer- u. Luxusmöbelbranche.

Montag, den 15. April 1912, abends 8 1/2 Uhr, in „Feuersteins Gesellschäften“, Alte Jakobstr. 75:
Versammlung.

Tagesordnung:
1. Die Bedeutung der diesjährigen Waisfeier. — 2. Stellungnahme hierzu. — 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
81/18 **Die Ortsverwaltung.**

Orts-Krankenkasse der Adler und Siebmacher zu Berlin.

Sonntag, den 20. April 1912, abends 8 Uhr, bei Wolfelager, Widalstr. 21:
Ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Berlesen der Protokolle. 11143
2. Kassenbericht.
3. Bericht des Rechnungsausschusses.
4. Beschlußfassung über die Vergütung der Mitglieder für das Jahr 1912.
5. Besprechung über die Zentralisation der Krankenkassen.
6. Verschiedenes.
Berlin, im April 1912.
Der Vorstand.
H. H. S. Labitz, 1. Vorsitzender.

Franken-Unterstützungs- u. Begräbniskasse der Federjurichter Berlins (E. N. No. 50).

Sonntag, den 21. April, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Ungeluser 15 (Saal 11):
General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Rechnungslegung vom 1. Quartal 1912. 2. Änderung des § 22 des Statuts. 3. Beschäftigtes.
Der Vorstand.
H. H. S. Labitz, Vorsitzender.

Treptower Lustgarten Parkstraße 2
empfiehlt seinen Saal und Garten zur Waisfeier sowie zu anderen Festlichkeiten.
Telephon: Rixdplatz 10 141.

H. Weltmann Nachf. Stefan Esders
BERLIN C
Kaiser-Wilhelm-Strasse 41-42
Spandauer Str. 70-71



Ulster
ein- und zweireihig
M. 26-37-45-52-60-70-80-

Paletots
M. 22-26-30-36-42-50-60-70-

Nur eigene Anfertigung!
Vorzügliche Stoffe
neuester Dessins.
Hervorragendste Passform

Das Haus hat keine Zweig-Niederlassung in Berlin

Michel-Salonbriketts
R. 7,75 pro 1000 frei Gehab. 21/7.
Koch. Rixdorf. Beipstr. 110 II*

Ziehung am 17. April.
93. Frankfurter Pferde-Lotterie

1200 garant. Gewinne, Gesamtwert M.
64000
Hauptgewinn:
22450
7 kompl. bespannte Wagen W.M.
1 Los 1 M., Porto und Liste 30 Pf.
5 Lose nur M. 4,80 franko Porto u. Liste
empfiehlt auch gegen Nachnahme
Carl Heinze,
Berlin W. Unter den Linden 8.

Möbel-Cohn
58 Gr. Frankfurter Str. 58
unweit der Kaiserstraße.

Möbel auf Kredit
Riesen-Auswahl
Anzahlungen auf Stube und Küche:
Mark 15 30 50 75
bis 25 bis 45 bis 70 bis 100
Moderne
Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer
Jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.
Einzelne Möbelstücke Größte Rücksicht bei
von 5 M. Anzahlung an. Krankheit und Arbeitslosigkeit.
Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich, resp. nach Ueberrolnkunft.
Verzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.
Sonntags 12 bis 2 Uhr geöffnet.

Möbel nur reelle Ware, auch auf Teilzahlung ohne Preis-Aufschlag

Ke'n Kredit-haus Billigste Preise ca. 600 qm Ausstellungs- u. Lager-raum

Otto Piehl Möbel-Magazin Berlin N. Brunnenstr. 120

Komplette Wohnungseinrichtungen von 230 M. an

Wohnzimmer . . . 235-825 M.	Rüchen 48 bis 180 Mark	Chaiselongues . . . 21-85 M.	Garnituren . . . 110-350 M.
Schlafzimmer . . . 295-800 M.		Sofas 52-480 M.	
Esszimmer . . . 315-900 M.			

Betrifft Herren!
welche sich elegant kleiden und doch beim Einkauf sparen wollen. Wir empfehlen aus unserer Abteilung sorgfältig gewählte Herrenanzüge, Hosen und Paletots. Diese Stücke sind zum Teil aus feinsten Stoffen gefertigt (einzelne auch auf Geheiß) und für jeden Herrn passend am Lager. Früherer Ankaufspreis bis 120 M., jetzt zu folgenden extra billigen Preisen: auch neue

Herren-Anzüge 9, 12, 16, 20 M. u.	Gehrock-Anzüge 18, 21, 24, 28 M. u.
Paletots u. Ulster 8, 12, 16, 18 M. u.	Baracken-Anzüge 7, 10, 12, 15 M. u.
Rock-Anzüge 12, 16, 19, 22 M. u.	Herrenhosen 2, 3 bis 6 M.

Verteilung von eleganten Grad- und Gehrock-Anzügen.
Haupt-Geschäft: **Große Frankfurter Straße 116.** an der Andrenstraße.
II. Geschäft: **Chausseestr. 89.** III. Geschäft: **Jägerstr. 11.**



Zum Scheuern wird-das seihich ein-stets nur

Blendax
das Beste sein

Pakete zu 10 u. 30 Pfennig.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Unserem Bezirksführer
Gustav Lenz nebst **Braut**
die herzlichsten Glückwünsche
zur Vermählung.
Die Genossen des 132. Bezirks,
2. Wahlkreis. (11015)

Unserem Genossen, dem
Bezirksführer 11045
Wilhelm Mews nebst **Frau**
die herzlichsten Glückwünsche
zur Silberhochzeit.
Die Funktionäre d. 7. u. 8. Aht.
d. 2. Berl. Reichstagswahlkr.

Ihrem langjährigen Bezirks-
führer
Wilhelm Mews
und seiner lieben **Frau**
zur Silberhochzeit
die herzlichste Gratulation!
Die Genossen des 127. Bezirks,
11065 II. Kreis.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzensir. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2, 3-7. Sonntags 10-12, 2-4

Auch Teilzahlung!

Nur **Witt.**
Möbel-Misch

Gr. Frankfurter Str. 45/46

Es wird öffentlich bekannt gemacht, daß
Knorr's Suppen

die besten sind. :-:
Probieren Sie selbst.

1 Knorr's Suppenwürfel = 3 Teller Suppe = 10 Pfennig.
40 verschiedene Sorten.

Jeder Arbeiter,
jeder Handwerker
sollte zur Arbeit
die Lederhose
Herkules



tragen.
= Unerreichte =
Leistungsfähigkeit.
Allein-Vorkauf.
Sehr starkes Leder
in grauen u. braunen
Streifen, auch ein-
farbig. Am Hund
aus einem Stück ge-
arbeitet, wodurch
besondere Haltbar-
keit bedingt ist.
Sehr feste Kapp-
nähte m. stark. Gaze.

Schwere Leder-Pilot-Taschen.
Große Flecken umsonst.
Trotz dieser vielen und
anderer Vorzüge kostet
die Herkules-Hose für
normale Mannes-Größe **4 M. 50**

Berufs- u. Schutzkleidung
für alle Zweige der Gewerke u.
Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestr. 20-30 - Brückenstr. 27
Gr. Frankfurterstr. 20
Schöneberg, Hauptstr. 18.
Haupt-Katalog gratis und franko

Nachdr. verbot.

Jeder **Arbeiter**, jeder **Handwerker**, jeder praktisch **Mann**

der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, faßt diese bei
Kohnen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufskleidung
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 - Landsberger Allee 148 - Neufölln: Bergstr. 66
Röhre Alexanderplatz. Ecke Weinmeisterstraße. am Friedrichshain. (Niederschlag) am Ringbahn.

Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Nachart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

SÄNGER:
REDNER:
RAUCHER:

WYBERT-TABLETTEN

schützen Sie vor:
HUSTEN
HEISERKEIT
KATARRH

Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien. Preis Mk 1.-

Theater und Vergnügungen

Freitag, 12. April 1912.
Anfang 7 Uhr.

Ag. Cyrenhaus. Die Kaiserin.
Deutschs. George Dandin.
Ariana 7 1/2 Uhr.

Ag. Schauspielhaus. Der große
Käse.
Girtus Rind. Gala-Vorstellung.
Girtus Sarrazani. Gala-Vor-
stellung.
Girtus Schumann. Gala-Vor-
stellung.
Gaberland. Spezialitäten.
Ariana 8 Uhr.

Urania. Lindenstraße 48/49.
Weltbäder an europäischen Küsten.
Kammerpiele. Gages und sein
Ring.
Zeffing. Gudrun.
Komische Cyer. Aufgelegtes Ge-
schäft.
Weser. Die schöne Helena.
Kleines. Lottchen's Geburtstag.
O. und J. Ullrich. Hedenjos.
Königgrätzer Straße. Die fünf
Frankfurter.
Neues Schauspielhaus. Unter
dem Schwert.
Kurireroper. Goldenes Kreuz.
Zorbarbar.
Neues. Der liebe Augustin.
Reizend. Alles für die Firma.
Festspielhaus. Das lausige Rest.
Berliner. Große Kostüm.
Schiller O. Windermeres Fächer.
Schiller u. Charlottenburg. Der
scharfe Junker.
Friedr. Wilt. Schauspielhaus.
Johannstheater.
Luzien. Ich lasse dich nicht.
Rosa. Es gibt nur ein Berlin.
Nerzovo. Die Nacht von Berlin.
Trianon. Der Mann am Fenster.
Ein angebrochener Abend.
Thalia. Antolleben.
Wintergarten. Spezialitäten.
Casino. Die lustige Strohwitwe.
Apoll. Spezialitäten.
Vasana. Spezialitäten.
Herrnfeld. Der Handstapel. Wie
man Männer bessert.
Reichshallen. Eine Hochzeit in der
Wälderstraße.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Der Königs-
leutnant.
Königshadi-Kasino. Spezialitäten.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Waldner.
Freitag, abends 8 Uhr:
Lady Windermeres Fächer
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Kyritz-Pyritz.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Probekandidat.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld

**Schiller-Theater Charlotten-
burg.**
Freitag, abends 8 Uhr:
Der scharfe Junker.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Don Carlos.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Lady Windermeres Fächer

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Der Vogelhändler.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Rosinen.

Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die schöne Helena.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Wiener Blut.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
8 Uhr:
Alles für die Firma.
Schwanz in 3 Akten von R. Pennequin
und G. Mühl.
Morgen u. folgende Tage: Alles
für die Firma.
Sonntag, 14. April, nachm. 3 Uhr:
Ein Walzer von Chopin.

Quiets-Theater.
Heute und folgende Tage:
Ich lasse dich nicht.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Griffe.

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Rauschen gefaltet.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von
Jul. Freund. Musik von B. Holländer.
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schütz.

Passage-Panoptikum.
Bis 14. April inkl.
Volkstage!
Jederm. 1 Kind frei. Jedes
Kind erhält ein Geschenk.
Das vereinte Riesenpaar
Brühild u. Durore
Deutschland u. Frankreich
Heide, das Löwenmädchen
halb Mensch - halb Animal
lebend zu sehen
Ohne Extra-Entree.

Passage-Theater.
Gastspiel
**Gertrude
Barrison**
Karl Hollitzer
Das Geisterfenster
und das große
April-Programm
mit 10 neuen Attraktionen!

Casino-Theater
Lottfelder Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Das glänzende Aprilprogramm
mit **Grete Gallus.**
Abendliche Nachspiele!
Der Postenstapler
Die lustige Strohwitwe.
Nachm. 3 1/2 Uhr:
Unsere lieben Frauen.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Saison-Schlager
Der Polizeihund.
Das Broadway-Girl.

**Apollo
Theater**
Ab 8 Uhr:
Ein sensationeller Erfolg der gr.
komischen Programms.
Ganz Berlin spricht
von
Bellini.

Kroll'sches Theater.
Vorführung
der
neuen
Sichtspiele
in wirklichen Naturfarben
(Kinemakolor).
Täglich von 4-11 Uhr.
Preis d. Plätze: 50 Pf. bis 3 M.

Voigt-Theater.
Gefundbrunnen Badstraße 58.
Freitag, den 12. April 1912:
Das Schloß am Meer.
Schauspiel in 4 Akten u. D. Wolfher.
Sonntag, den 14. April 1912,
nachmittags 3 Uhr:
Das Mädchen ohne Ehre.
Abends 7 Uhr:
Das Schloß am Meer.
Stoffeneröffnung 10 Uhr.

Zirkus Busch
Heute Freitag, abends 7 1/2 Uhr:
Humoristischer Gala-Abend.
Iwanoff (Looping
the Loop am schwing. Trapez).
Jack Joyce, d. berühmte amerik.
Cowboy u. Pferdezügler.
Vorführung und Meisterung
der wildesten Pferde, Schlä-
ger, Steiger und Beisser.
(Bucking Horses.)
Amateur-Konkurrenz-Reiten!
50 M. Belohnung, wer stehend
auf dem Pferde dreimal um die
Manege reitet. Anmeldung im
Bureau.
9 1/2
Uhr: „Die Hexe“.
Sonntag: 2 Vorstellungen.

**Herrnfeld
Theater**
Ein neuer
Sensationserfolg
Wie man
Männer bessert
3 Akte von Anton u. Donat Herrnfeld
mit den Autoren in den Hauptrollen.
Hierzu die Novität:
Der Hausteufel.
Anfang 8 Uhr.
Billetvorverkauf 11-2 (Theaterkassa)

Sarrasani
Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100
Freitag, 12. April, ab. 7 1/2 Uhr:
Gala-Abend.
Sonnabend und Sonntag
je
2 Vorstellungen 2
nachm. 3 Uhr u. 7 1/2 Uhr.
Nachmittags zahlen Kin-
der auf allen Plätzen
halbe Preise.
Vorverkauf a. d. Circus-
kasse und an sämtlichen
Billetverkaufsstellen von
A. Wertheim.
Schluss der Saison
Mittwoch, 17. April.

Zirkus A. Schumann
Heute Freitag, den 12. April,
abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
5 Auroras 5
mit ihrem
lebenden Karussell.
Auftr. von Fr. Dora Schumann
sowie d. übrige neue April-Prgr.
Um 9 Uhr:
Beginn des mit 20 großem Bei-
fall aufgenommenen Ausstattungs-
stückes
Das Motorpferd
Große Schlußapothose mit noch
nie dagewesenen Effekten.
Die 100 Fuß hohe Fontaine
lumineuse.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluß:
Eine Hochzeit in der
Wälderstraße.
Burlatte
von Weyfel.
Anfang:
Bohnenstag
8 Uhr,
Sonntag
7 Uhr.

Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße.
Eis-Arena.
Allabendl. d. sensat. Eishallent
„Yvonne“. Die kl. Wals-Königin
Charlotte Weltmar. Bror Meyer.
Nachm.: Kunstlauf-Produktionen.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
abends halbe Kassapreise.
Restaurant I. Ranges.
Wein- und Bier-Abteilung.

Königstadt-Kasino.
Ede Polymarkt u. Alexanderstraße
Rom 1. bis 16. April:
D. ausserwählte Neujahrprogramm
Unter anderem:
Die heiratslustige Witwe.
Große Rolle mit Gesang in 1 Akt.
Für den Inhalt der Inzerate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
8 Uhr:
Weltbäder an europäischen
Küsten.
(Von Hamburg bis Lissabon.)

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Es gibt nur ein Berlin.
Gr. Neuze in 6 Bildern von
Hardt und Strifke.
Sonnabend: Der Gefangene
von Jenda.
Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Ehemann am Fenster.
Hierauf: Ein angebrochener Abend.

„CLOU“
Berliner Konzert-Haus.
Mauerstr. 83 Zimmerstr. 90/91.
Heute: Großes Konzert!!!
Musik. d. 1. Grde.-Ulan-Regts. Dirig. Oberm. Loeser.
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachm.:
Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.
Heute: Musik. d. Leib-Grde.-Hus-Regts. Dirig. Oberm. Maasberg.

Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Die Genossen und Genossinnen treffen sich heute Freitag, abends 7 Uhr, in den bekannten Lokalen, um an der Werbe-

Strasau. Heute Freitag, den 12. April, abends 8 Uhr, findet eine „Vorwärts“-Agitation statt. Am Sonntag, den 14. April, vor-

Wilhelmsruh. Sonntag, den 14. April, findet ein Besuch der Arbeiterwohlfahrts-Ausstellung statt. Parteigenossen und Genossinnen,

Grünau. Heute Freitag findet die Stichwahl zwischen unserem Genossen W i z n e r und dem Kandidaten des Grundbesitzervereins statt.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordnetenversammlung

hat nun — dank dem Dreiklassenwahlrecht — Herrn Rosenow wieder, bei den Stadtverordnetenwahlen des letzten Herbstes von den Wählern der dritten Klasse hinaus-

Der größte Teil der Sitzung wurde in Anspruch genommen durch die Beratung des Antrags der sozialdemokratischen Fraktion, der sich gegen den dem preussischen Landtag vorgelegten Gesetzentwurf über die „Ausübung der Armenpflege bei Arbeitslosen und säumigen Nährpflichtigen“ wandte.

Auf Rosenfelds Appell an die Stadtverordnetenversammlung, dem Protest der sozialdemokratischen Fraktion sich einmütig anzuschließen, antworteten die Redner des Freisinn mit Ausführungen, bei denen sie mehr oder weniger sich des bewährten Rezeptes „war und aber, einerseits und andererseits“ bedienten.

Berlin im Winterfeld. Der April, der wie das Sprichwort sagt, macht was er will, hat auch diesmal eine wenig angenehme Überraschung gebracht. Die Frühauflöser entdeckten gestern morgen zu ihrem Erstaunen, daß die Rasenflächen und freien Plätze noch einmal ein weißes Gewand angelegt hatten, das erst gegen Mittag unter den Strahlen der wärmenden Sonne dahinschwand.

Mit dem Patriotenrummel auf den Freilichtbühnen wird es auch in diesem Sommer wieder losgehen. Die vaterländischen Festspiele in Bernau und an anderen Orten haben kaum die Unkosten eingebracht.

streit um die national zu imprägnierende Jugend in Reinkultur geblüht, voraussichtlich einen starken Einfluß auf Schüler ausüben, um sie zum Besuch der Festspiele zu drillen.

Das Postamt 58 in der Danziger Str. 3 wird nicht, wie die Bewohner hoffen, nach dem Gergierplatz an der Schönhauser Allee in der Front der letzteren, sondern nach dem 2089 Quadratmeter großen Magistratsgrundstück in der Eberswalder Straße neben der dortigen Gemeindeschule verlegt.

Im Irrenhaus totgeschlagen?

Ein Todesfall in der Irrenanstalt Herzberge, dessen Ursache der Aufklärung bedurfte, hat vor einigen Wochen die Staatsanwaltschaft beschäftigt.

Der Verstorbene war ein 64jähriger Tischler Baden, den seine Angehörigen wegen einer Erkrankung an Bronchialkatarrh in das Urban-Krankenhaus gebracht hatten.

Auf diese Unterzeichnung hin wurde noch an demselben Tage der kranke Vater aus dem Krankenhaus nach der Irrenanstalt Herzberge geschafft. Als am nächsten Sonntag vier erwachsene Töchter ihn dort besuchen wollten, konnte ihnen nur noch mitgeteilt werden, daß er bereits am Sonnabend früh, am 18. März um 10 Uhr gestorben sei.

Die Familie des Verstorbenen ist der Meinung, daß sie von der Anstaltsdirektion noch eine schriftliche Mitteilung über das Ergebnis der Untersuchung erhalten möchte.

Am Schwurgericht des Landgerichts I beginnt am 15. d. M. eine neue Tagung unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Deileskamp. Dem Vernehmen nach wird der Raubmörder Trenker in dieser Tagung noch nicht vor die Geschworenen kommen.

Beschlagnahme Bücher. Drei hochbeladene Kraftdroschken mit unflätlichen Büchern, Bildern, Altstudien und die zu deren Herstellung benutzten Platten wurden durch die Zentralpolizeistelle zur Befämpfung unzüchtiger Bilder und Schriften bei einem alten Herrn im Westen Berlins beschlagnahmt.

Zweihundert weiße Ratten aus der Charité geschlachtet. Ein gewisser seltener Diebstahl ist in der königl. Charité verübt worden. In den Keller eines der Bauwerke sind zahlreiche Ställe für Versuchstiere untergebracht.

Die Lichterfelder Mädchenmordaffäre, welche schon zweimal das Schwurgericht des Landgerichts II beschäftigt und mit der Verurteilung des Täters, des früheren Eisenbahnwärters Walter Ewig zu fünf Jahren Gefängnis geendet hatte, wird nunmehr vorläufig nochmals im Wege des Wiederaufnahmeverfahrens zur Verhandlung gelangen.

Von einem tragischen Geschehnis ist Mittwochabend die Frau des Schlossers Hensel aus der Lillster Str. 10 betroffen worden. Frau H. hatte mit ihrem 2 1/2-jährigen Söhnchen Ewald ihren Mann nach der Lungenheilstätte in Veelitz überführt und war gegen Abend nach Berlin zurückgekommen.

Zu dem Mordanschlag in der Mariannenstraße wird mitgeteilt, daß der Steinweg Alfred Ahmann ergriffen ist. Ahmann, der zuletzt für sich allein in der Eisenbahnstr. 13 wohnte, verging sich, wie wir mitteilten, an seinen eigenen Töchtern und verletzte am zweiten Feiertage seine Frau, die sich nach Aufdeckung seines Treibens mit ihren Kindern von ihm getrennt hatte.

Zu der Revolverdieberei in der Liniestraße erfahren wir, daß die 45 Jahre alte Grüntrömhändlerin Frau Alwine Gohle, die von dem Arbeiter Hermann Neubert aus der Strahburger Straße durch zwei Schüsse am Hinterkopf und am rechten Arm verwundet wurde, wieder hergestellt ist.

Ein Straßenbahnunfall ereignete sich gestern mittag gegen 1 Uhr in der Veinstraße, Ecke Sebastianstraße. Dort verließ der Lehrtre Johann Bauer aus Schmalkalden, der sich in Berlin zu Besuch aufhält, den Vorderramp eines Motorwagens der Linie 28 während der Fahrt.

Wegen falscher Anschuldigungen in den Tod. Ein tragischer Vorgang hat sich gestern abend in der Freienwalder Straße abgespielt. Die 22 Jahre alte Ehefrau Luise Gohle, Freienwalder Str. 8 wohnt, hat beschuldigt worden, Diebstähle ausgeführt zu haben.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln. (Nitzdorf).

Eine mysteriöse Schießaffäre beschäftigt gegenwärtig die Kriminalpolizei. In der Nacht zum Mittwoch gegen 4 Uhr wurde der Schützmannsposten in der Hermannstraße von einem Manne angesprochen, der stark blutete und den Beamten bat, er möge ihn nach der nächsten Unfallstation bringen, da er schwer verletzt sei. Der Schützmann kam dem Wunsche des Unbekannten nach und führte ihn nach der Rettungswache, wo der Arzt feststellte, daß der junge Mann einen Schuß in die rechte Brust erhalten habe. Der Verletzte, der 31jährige Techniker Karl Spieß aus Berlin, Schönberger Str. 12b, gab an, daß er in einem Tempelhofer Lokale einen Mann kennen gelernt habe, mit dem er in Streit geraten sei, weil der Unbekannte in der Trunkenheit von ihm 20 Pf. gefordert habe. Der Techniker verweigerte die Zahlung und verließ nach einiger Zeit das Lokal. Auf der Straße wurde er von dem Fremden eingeholt und als er sich umwandte, feuerte dieser einen Revolverbeschuß ab, dessen Kugel ihm in die linke Brustseite eintraf. Wiewohl es noch nicht gelungen, des Täters habhaft zu werden. Der Verletzte wurde nach dem Eriger Krankenhaus geschafft.

Tegel.

Ein Hubschiff, das glücklicherweise ohne schwere Folgen blieb, ist am Mittwochmorgen in dem Hause Eggenlostr. 88 entdeckt worden. Als die Bewohner morgens um 5 1/2 Uhr ihre Wohnungen verließen, um sich an die Arbeitsstätten zu begeben, machten sie die Entdeckung, daß die Treppenhäuser der ersten und dritten Etage vollkommen verbrannt und die Stufen zum Teil angekohlt waren. Sie benachrichtigten sofort die Polizei, die auf dem Treppenhause der vierten Etage zwei geleerte Spiritusküchen entdeckte. Der Brandstifter hat die Kofolmatten der Treppe mit dem gefährlichen Brennstoff begossen und dann angezündet. Zum Glück fuhr das Holz des noch neuen Hauses nicht Feuer, so daß nur die Matten abbrannten. Da das dichtverwahrte Haus nur den einen Ausweg besaß, hätte der Streich leicht namenloses Unheil anrichten können.

Reinickendorf.

Bei der am 10. April stattgefundenen Stichwahl für die zweite Abteilung der Gemeindevorstellung erhielten der Bauerngutbesitzer Müller 252, der Baubeamte Nikolaus 281, der Bäckermeister Liebling 198 und der Kaufmann Lerche 190 Stimmen. Die ersten beiden sind somit gewählt.

Spandau.

Durch einen eigenartigen Umstand ist hier der Härder Ploß um den größten Teil seiner Rafe gekommen. Er lag in einem Restaurant am Vindemüser. Während des Gesprächs wollte er plötzlich etwas vom Ploßboden aufheben. Die bündende Bewegung verstand aber der neben dem Gast liegende Hund des Restaurateurs falsch; er sprang auf Ploß zu und biß ihm über die Hälfte der Rafe ab. Der Verletzte mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben.

Nowawesd.

Bei der Verlosung, welche gelegentlich des Aufschadens am 28. März im Eingangslokal vom Bildungsverein veranstaltet wurde, blieb der auf die Nummer 55 gefallene Gewinn — ein Wandbild — zurück. Der Besitzer des betreffenden Loses möge sich daher beim Inhaber des Lokals zwecks Aushändigung des Gewinnes melden.

Aus aller Welt.

Der Wettersturz.

Wetterstürze in Deutschlands Gauen hat der Wettersturz der letzten Tage der Landschaft ein winterliches Gepräge gegeben. In der vergangenen Nacht hat — vor allem im südwestlichen Deutsch-

land — ein starkes Schneetreiben eingesetzt, das in Verbindung mit den heftigen Stürmen und der empfindlichen Kälte umfangreichen Schaden an den Kulturen anrichtete. In einzelnen Gegenden ist das Thermometer bis 5 Grad unter dem Gefrierpunkt gesunken. — In der Gemarkung Dohhelm in der Nähe Wiesbaden wurde gestern morgen der 24 Jahre alte verheiratete Arbeiter Fuchs erfroren aufgefunden. Fuchs hatte sich auf dem Heimwege abseits vom Wege aus Ermüdung schlafen gelegt und erfor in der Nacht. — Aus Meseritz (Posen) wird gemeldet, daß durch den starken Sturm der Sohn des Landwirts Wojcik in einen See gestochen wurde und darin ertrank.

Angeheurer Schaden ist durch Schneestürme und Hagelschlag auch in Rußland in den letzten Tagen angerichtet worden. Besonders im südlichen Teil des Landes haben viele Städte und Dörfer schwere Beschädigungen erlitten. Am Schwarzen Meer ist die Schifffahrt seit mehreren Tagen vollständig unterbrochen. In Südrußland konnte der Eisenbahnverkehr nur mit großen Verpätungen aufrecht erhalten werden. In Nikolajew sind verschiedene öffentliche Gebäude durch den Sturm schwer beschädigt worden. 89 Personen sind dem Unwetter zum Opfer gefallen.

Automobilunglück in Oporto.

Ein schreckliches Unglück ereignete sich gestern morgen in Oporto. Ein Automobilomnibus, der dicht mit Passagieren besetzt war, fauchte in der Nähe der Stadt eine steile Straße hinunter, als plötzlich die Bremse versagte. Das Fahrzeug, dessen Geschwindigkeit sich infolge der steilen Bahnrichtung kolossal erhöht hatte, stieß an einer Ecke mit einem ihm entgegenkommenden Automobilomnibus zusammen. Der Anprall war so stark, daß der erste Omnibus umtippte und einen Abhang hinunterrollte. Neun Personen wurden auf der Stelle getötet und sieben andere schwer verletzt. Die Passagiere des anderen Automobilomnibusses kamen mit dem Schrecken davon.

Furchtbare Erdbebenkatastrophe in Zentral-Amerika.

Wie ein Telegramm aus Mobile im Staate Alabama meldet, berichtet der Kapitän eines dort eingetroffenen Frachtschiffes, daß am 6. April durch eine Eruption des Vulkanes Chimiqui bei Boca del Toro in Panama viele Indianerdörfer zerstört und Tausende von Menschenleben vernichtet worden. Einzelheiten über das entsetzliche Unglück stehen noch aus.

Ein Aeroplanflug Peking-Paris.

Seit einiger Zeit werden in Paris Verhandlungen gepflogen, um für den Sommer dieses Jahres einen Aeroplanflug Peking-Paris zu veranstalten. Der „Matin“ veröffentlicht in der letzten Nummer das Ausschreiben für den Flug. Das Wettfliegen soll im Monat August stattfinden und längs der transsibirischen Eisenbahn von Peking aus über Charkin, Irkutsk, Tomsk, Moskau, Warschau, Wien, Triest, Venedig, Genua, Marseille, Lyon, Paris führen. An Preisen stellt das Blatt die Summe von 155 000 Fr. zur Verfügung und zwar sollen hiervon 100 000 Fr. auf den Sieger, 25 000 Fr. auf den zweiten und je 10 000 Fr. auf die drei nächstfolgenden Flieger entfallen.

Die nicht alle werden.

Der wegen Vergehens gegen das Lotteriegeseß seit einigen Monaten im Pariser Untersuchungsgefängnis befindliche Bankier Jucco hat es trotz seiner fast zuwege gebrachten, ein neues Lotterieuunternehmen zu gründen, das ihm durch Ausbeutung leichtgläubiger Sparer an 1500 Frank täglich einbringt. Infolge der eingelaufenen neuen Klagen nahm die Polizei im Bureau Juccos eine Untersuchung vor, beschlagnahmte sämtliche Bücher und entließ die Angestellten des Bankiers.

Kleine Notizen.

Gefährliches Spielzeug. In Piesusahyee bei Wrettenfeld im Kreise Jaroschin vergnügten sich, wie die „Ostdeutsche Rundschau“ meldet, Knaben damit, Löcher in Steine und andere Gegenstände zu bohren und diese durch Pulver zu sprengen. Als sie das Pulver mit einem Streichholz entzündeten, hatte die darauffolgende Explosion zur Folge, daß zwei Knaben eine Hand völlig weggerissen wurde. Außerdem trugen sie Verletzungen im Gesicht davon.

Eisenbahnunfall. Am Mittwochnachmittag verlagte bei der Einfahrt des Filzuges Proßjeda-Rüdnitz in den Samberger Bahnhof die Grabsche, und der Zug fuhr mit mäßiger Geschwindigkeit durch die Station. Dank der Umsicht eines Locomotivführers gelang es, den Zug auf ein Gleis zu dirigieren, auf welchem nur eine Rangiermaschine stand. Diese wurde bei dem Zusammenstoß demoliert, die Maschine des Filzuges und ein Postwagen stark beschädigt. Ein Zugführer, ein Schaffner aus Leipzig sowie ein Oberpostkassener aus Nürnberg wurden schwer verletzt.

Ein spitzbübiger Kritiker. Die Pariser Polizei verhaftete einen gewissen George Le Prevoist, der als Theaterreporter mehrerer Blätter zu den Generalproben zugelassen zu werden pflegte und die Gelegenheit benutzte hatte, um Schauspielerinnen wertvolle Schmuckstücke zu stehlen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist (eben das 28. Heft des 30. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Parteifragen. — Die Geschichte der großen amerikanischen Vermögen. Von Fritz Krummer. — Goldproduktion und Lernerung. Von Otto Bauer (Wien). (Schluß). — Frauenarbeit und Lohnpolitik. Von Iverrie Schleginger. — Die Sozialdemokratie in Stadt und Land. Von A. Kolb. Das Heft enthält ferner: Ergänzungsheft Nr. 12 enthält: Freilicht und Natur in dem Reichsteil. Von F. Rehring. Bei besonderen Bestellungen kostet Heft 28 der Neuen Zeit mit dem Ergänzungsheft 75 Pf., das Ergänzungsheft allein 50 Pf.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportageure zum Preise von 1,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Universal-Bibliothek. 5391. Meraner Geschichten von R. Wagner. 5392. Der Fremde. Eine Legende von Jerome K. Jerome. 5393. Verurteilte Kriminalfälle. Herausgegeben von Dr. R. Rehbelt. 5394-97. Die Frau des Botenführers. Roman von E. Daudet. — 5398. Paradies und Trapezium. Gemalt von D. Daudet. — 5399. Spieltheater. Schwank von V. Alexander. — 5400. Aus dem Leben. Zwei Novellen von Carmen Epla. Einzelnummer brosch. 20 Pf. 5401. Reichum Leipzig.

Taschenbuch der Hausmittel. 900 Haus- und Volksmittel. Von H. Dinand. J. B. Schreiber, Göttingen. Geb. 2,50 M.

Marktbericht von Berlin am 10. April 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidenten. Kartoffelpreise (Reinbündel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Sojabohnen, weiße, 35,00—50,00. Linen 40,00—50,00. Kartoffeln (Reinbündel) 8,00—12,00. 1 Kilogramm Rindfleisch von der Keule 1,50—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20—1,80. Schmalzfleisch 1,40—1,90. Kalbfleisch 1,40—2,00. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,20—3,20. 60 Stück Eier 3,00—6,00. 1 Kilogramm Äpfel 1,10—2,40. Äpfel 1,60—3,20. Bänder 1,60—3,60. Heide 1,40—2,60. Borste 1,00—2,00. Schote 1,60—3,20. Weite 0,80—1,40. 60 Stück Krebse 4,00—30,00.

Todes-Anzeigen

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former **Bernhard Schaarschmidt** am 9. d. M. an Herzschwäche verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. April er., nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Trauerbause, Oldenburger Str. 34, nach dem Heilands-Kirchhofe, Wlöhensee, aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, als Arbeiters **Frida Mitscher** am 8. d. M.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Schlosser **Theodor Kaczmarek** am 10. d. M. an Magenleiden.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Hedwigs-Kirchhofes in Reinickendorf-West aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Bohrer **Anton Bargenda** am 9. d. M. an Lungenerkrankung.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Hedwigs-Kirchhofes in Reinickendorf-West aus statt. Ein Beisitzer geht mit.

Ehre ihrem Andenken! Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Anton Sowinski am 10. d. M. an Magenleiden.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Hedwigs-Kirchhofes in Reinickendorf-West aus statt. Ein Beisitzer geht mit.

Ehre ihrem Andenken! Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Am 9. April verstarb unser Genosse, der Arbeiter **Bernhard Schaarschmidt** Oldenburger Straße 34.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Freitag, den 12. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Trauerbause aus auf dem Heilands-Kirchhofe in Wlöhensee statt.

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für Schöneberg.

Am 9. April verstarb nach langen schweren Leiden an der Prostataerkrankung unser Mitglied, der Schuhmacher **Otto Kahlert** im Alter von 37 Jahren. 15/12

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. April, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Schöneberger Krankenhauses, Rudenstraße, aus, nach dem St. Mariens-Kirchhof, Mariendörfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Treptow-Baumschulenweg.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 10. April unsere Genossin Frau **Emma Hofert** geb. **Höbner** Baumschulenstr. 65, nach langem, schwerem Leiden verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. April, vormittags 11 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Neue Krug-Afse, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Wilhelm Schmock und Kinder.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur traurigen Nachricht, daß die Kollegin **Martha Gerner** am 9. April verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet am 12. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Auferstehungs-Gemeinde in Weihenfer, Oldenburger Straße, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Sattler und Portefeuller.

Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Portefeuller **Franz Baumgart** Werkstatt Karl Stephan verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Michaels-Kirchhofes in Neukölln, Mariendörfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Bauarbeiter-Verband (Zweigverein Berlin.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maurer **Erdmann Kommol** (Bezirk Osten II) am 9. April verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute, den 12. April, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Josef Protzer, Bädermeister, und Frau.

Deutscher Banarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin. Sektion der Stukkatoren. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Stukkatour **Theodor Seifert** (Bezirk Weihenfer) am 9. April im Alter von 41 Jahren an Lungen- und Herzschwäche verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute, 12. April, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Adltsstraße in Weihenfer, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Verband der Brauerel- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.

Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Flaschenfester-Arbeiter **Hermann Witt** (Schultheiß-Brauerei, Wdt. II) nach schwerer Krankheit verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung erfolgt heute Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde, Gubrunstraße, aus.

Zahlreiche Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage allen Bekannten und Verwandten meinen herzlichsten Dank.

Frau **Ww. Schmidt.**

Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, Sohnes, Bruders, Schwagers und Neffen **Robert Klann** sprechen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Genossen des vierten Berliner Reichstagswahlkreises, den Kollegen der Buchdrucker „Vorwärts“, dem Malabrerbund „Solidarität“, insbesondere Adelt. 6, den Kollegen des Transportarbeiter-Verbandes, dem Sparverein „Genialität“ und den Kollegen des sozialdemokratischen Vereines, insbesondere dem Genossen Gähner für seine tröstlichen Worte an der Bahre des Entschlafenen unseren herzlichsten Dank aus.

Auguste Klann 355 und die Hinterbliebenen.

Dankfagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Großvaters und Schwelgeraters, des Parteilagers **Gustav Meyer** sagen wir allen Bekannten, Freunden und Verwandten unseren herzlichsten Dank.

Wwe. Meyer nobel Kindern.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage allen Bekannten und Verwandten meinen herzlichsten Dank.

Frau **Ww. Schmidt.**

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Großvaters und Schwelgeraters, des Parteilagers **Karl Rudolf** sagen allen Verwandten und Bekannten, der Geschätzten und dem Vorstand der Firma Berthold H. G., dem Verein aller in Schriftführer beschaftigten Arbeiter aus, dem Verein „Jugendheim“, den Kollegen der Firma Labisch sowie den Sängern unseren herzlichsten Dank.

Berlin-Daumshuldenweg. 11155 **Witwe Veria Rudolf** und Kinder.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Großvaters und Schwelgeraters, des Parteilagers **Karl Rudolf** sagen allen Verwandten und Bekannten, der Geschätzten und dem Vorstand der Firma Berthold H. G., dem Verein aller in Schriftführer beschaftigten Arbeiter aus, dem Verein „Jugendheim“, den Kollegen der Firma Labisch sowie den Sängern unseren herzlichsten Dank.

Berlin-Daumshuldenweg. 11155 **Witwe Veria Rudolf** und Kinder.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Großvaters und Schwelgeraters, des Parteilagers **Karl Rudolf** sagen allen Verwandten und Bekannten, der Geschätzten und dem Vorstand der Firma Berthold H. G., dem Verein aller in Schriftführer beschaftigten Arbeiter aus, dem Verein „Jugendheim“, den Kollegen der Firma Labisch sowie den Sängern unseren herzlichsten Dank.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres guten Vaters **Karl Rudolf** sagen allen Verwandten und Bekannten, der Geschätzten und dem Vorstand der Firma Berthold H. G., dem Verein aller in Schriftführer beschaftigten Arbeiter aus, dem Verein „Jugendheim“, den Kollegen der Firma Labisch sowie den Sängern unseren herzlichsten Dank.

Berlin-Daumshuldenweg. 11155 **Witwe Veria Rudolf** und Kinder.



Schreibe ich nicht aus, dafür enthält jedes Paket des so beliebten Dr. Geamers **„Goldperle“** ein reiches Geschenk. Weniger Fabrikant auch des süßigen Metallpulvers „Gentol“ Carl Geamer, Fabrik Chem.-Ind. Proa. Köpplinger.

Vertretung für Groß-Berlin: 900/12* **Max Haisch, Neukölln, Kaiser-Friedrichstr. 276.** Telefon Neukölln 9280.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Wonn Sie

Möbel direkt in der **Möbelfabrik**

H. Walter Inh.: **Willi Maaß**, Brunnenstr. 35, kein Laden, Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35